

PARTIZIPATION RESPEKT DEMOKRATIE INTEGRATION

Aktuelle Beispiele politischer Jugendbildung in Volkshochschulen

Herausgegeben vom:



Obere Wilhelmstraße 32
53225 Bonn
E-Mail: info@dvv-vhs.de
Netz: www.dvv-vhs.de

Redaktion: Lisa Freigang, Anna Grüner,
Johannes Schillo

Satz, Layout: shetani.media
www.shetanimedia.com

Druck: Druckerei Engelhardt

Fotos: DVV und Volkshochschulen;
photos.com; Frank Nürnberger
(Seite 14, 15, 94, 97, 98).

Die Publikation wurde durch das
Bundesministerium für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

ISBN: 978-3-942755-97-9

Bibliografische Information der
Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte
bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© DVV, Bonn 2012



I. EINLEITUNG

II. PRAXISBEISPIELE

Normalfall Migration	16
Kann Zivilcourage gelernt werden?	24
Von Rollen, Klischees und Gleichberechtigung	32
Partizipation statt Zuschauerdemokratie!	40
Stadt – Land – Quartier	48

III. ANHANG

IV. LITERATUR

Netzwelten und Netzgänger	56
Baumpflanzpartys und Bildung im Biotop	64
Erinnerung lebendig halten	72
Was hat das mit mir zu tun?	80
Mach den Mund auf!	90

100

110







Einleitung



„Bürgereigenschaften entwickeln!“ – so bringt Rita Süßmuth die Aufgabe politischer Bildung auf den Punkt. Die Präsidentin des Deutschen Volkshochschul-Verbands betont: „Integration schafft man nicht nur über den Kopf, sondern über gemeinsames Handeln. Über Projekte, in denen Jugendliche spüren: In dieser Gemeinde – Dorf oder Stadt – gehöre ich dazu.“

Damit ist ein Kerngedanke politischer Jugendbildung an Volkshochschulen beschrieben. Nahe am Lebensumfeld junger Menschen vermitteln die vielfältigen Veranstaltungen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern gesellschaftspolitische Zusammenhänge und Zugänge zu Beteiligungsmöglichkeiten. Sie binden die jungen Menschen dabei aktiv ein und motivieren sie zu eigenem Denken und Handeln. Im projektbezogenen Lernen vor Ort – sei es bei der gemeinsamen lokalpolitischen Aktion für ein Jugendzentrum im Rahmen des Demokratieführerscheins oder bei der Produktion eines Audio-Guides zur Einwanderungsgeschichte im Stadtteil – steht im Mittelpunkt, was den jungen Menschen selbst wichtig ist. Sie machen die positive Erfahrung, dass sie etwas zu sagen haben, dass sie durchaus Gehör für ihre Anliegen finden können und dass es sich lohnt, sich für gemeinsame Ziele einzusetzen.

Politische Bildung hat einen besonderen Stellenwert im Bildungsangebot der deutschen Volkshochschulen: „Das Selbstverständnis der Volkshochschulen als Orte der Demokratie manifestiert sich darin, dass sie mit ihren offenen Bildungsangeboten und beteiligungsorientierten Methoden öffentlichen Raum für Auseinandersetzung und Verständigung schaffen.“ (DVV, *Die Volkshochschule – Bildung in öffentlicher Verantwortung*, 2011, S. 38) Gerade für junge Menschen engagieren sich die Volkshochschulen. Seit 1956 bereits gibt es das Förderprogramm Politische Jugendbildung an Volkshochschulen, das aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes gefördert wird.

Die Volkshochschulen reagieren mit ihrem Angebot auf aktuelle Bildungserfordernisse. Dass wir eine aktive Bürgerrolle und keine „Zuschauerdemokratie“ brauchen, ist unbestritten. Die Förderung von Partizipation ist deshalb auch eine vorrangige Aufgabe politischer Bildungsarbeit. Mit der Entwicklung der Bundesrepublik seit den Tagen der Reeducation ist klar geworden, dass die alte Vorstellung vom Obrigkeitsstaat endgültig ausgedient hat. Selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger sind verlangt, die ein aktives Verhältnis zur Politik eingehen, die sich einmischen und gegebenenfalls den Betrieb stören. Hier müssen gerade im Blick auf Europa neue Anstrengungen un-

ternommen werden – wie zuletzt die diversen Krisenerscheinungen in aller Deutlichkeit gezeigt haben. Die nationale und die europäische Staatlichkeit müssen als eine politische Gestaltungsaufgabe vermittelt werden, die man von unten beeinflussen kann. Politik darf nicht länger als Obrigkeit erfahren und verstanden werden, die in fernen Metropolen residiert. Dies sehen auch die politisch Verantwortlichen in der Bundesrepublik so. Ein besonderes Anliegen der Politik ist es dabei, Kinder und Jugendliche in die zukunftsorientierten Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse des Gemeinwesens einzubeziehen, denn dies gilt für die Zukunftsfähigkeit der demokratischen Ordnung als unverzichtbar.

Mit der aktiven Bürgerrolle unmittelbar verbunden steht das bürgerschaftliche Engagement auf der Agenda der Bildungsarbeit. Es geht ja nicht allein um die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an staatlichen Entscheidungen. Enquete-Kommissionen und andere Experten-Gremien haben immer wieder die Bedeutung der Zivil- und Bürgergesellschaft in den Vordergrund gerückt. Es geht also um die Frage nach gesellschaftlicher Selbsttätigkeit, nach den Gegenkräften, die in einem Zeitalter der Ökonomisierung, Privatisierung und Deregulierung den vielfältigen Desintegrationstendenzen entgegenwirken können, ohne dass immer gleich die staatliche

Aufsicht bemüht wird. Integration ist mittlerweile so etwas wie das neue Paradigma der Bildungsarbeit, denn der gesellschaftliche Zusammenhalt ergibt sich nicht von selbst. In der alten Bundesrepublik beruhte er zu wesentlichen Teilen auf der Bindekraft der Sozialen Marktwirtschaft. Heute, im Zeitalter der globalisierten Marktwirtschaft, werden solche Bindungen zunehmend in Frage gestellt und der soziale Zusammenhang selbst erscheint als eine prekäre Größe. Die ökonomischen und politischen Verwerfungen seit Ausbruch der großen Finanzkrise 2008 haben dies überdeutlich gemacht. Allenthalben werden gesellschaftlichen Spaltungstendenzen registriert und dabei zeigt sich auch, wie soziale Ausgrenzung mit Bildungsbenachteiligung einhergeht und den neuen Imperativ des lebenslangen Lernens blockiert.

Schließlich führt die Technisierung und Verwissenschaftlichung moderner Gesellschaften zum pädagogischen Erfordernis der Medien- und Informationskompetenz. Wir leben heute, wie es in vielen Diagnosen heißt und wie die Vereinten Nationen auf einem eigenen Weltgipfel resümiert haben, in einer Informations- und Mediengesellschaft. Der Politikwissenschaftler Thomas Meyer hat von der „Mediokratie“ gesprochen, die speziell dem politischen Leben ihren Stempel aufdrückt. Dies hat Konsequenzen für die Bildungspraxis: Informationen sind heute



zwar überall zu haben – im Unterschied zu früheren Zeiten, wo außerschulische Bildungsangebote sich quasi um die Erstversorgung bei der Institutionen- und Sachkunde kümmern mussten –, doch zeigt sich auch, dass die Informationsfülle gerade zum Motor der Desinformation werden kann. Zu solchen desinformierenden Konsequenzen trägt wesentlich die Aufbereitung des politischen Materials nach Art der modernen Medienlogik bei, was sich etwa in den Wahlkämpfen zeigt. Politische Bildung erhält so fast den Status einer Gegenöffentlichkeit. Sie muss Bildungsprozesse initiieren und unterstützen angesichts einer verbreiteten Vorstellung, man sei schon über alles im Bilde – vom Eheleben der Kanzlerin bis zu den jüngsten Parteiskandalen. Und mit den neuen Technologien, Stichwort: Web 2.0, werden die medialen Gegebenheiten beständig umgewälzt und erweitert – lokal und weltweit, so dass heute fast die Vision eines global village, in dem technisch alle am öffentlichen Palaver, am gesellschaftlichen Diskurs teilnehmen können, Wirklichkeit geworden ist.

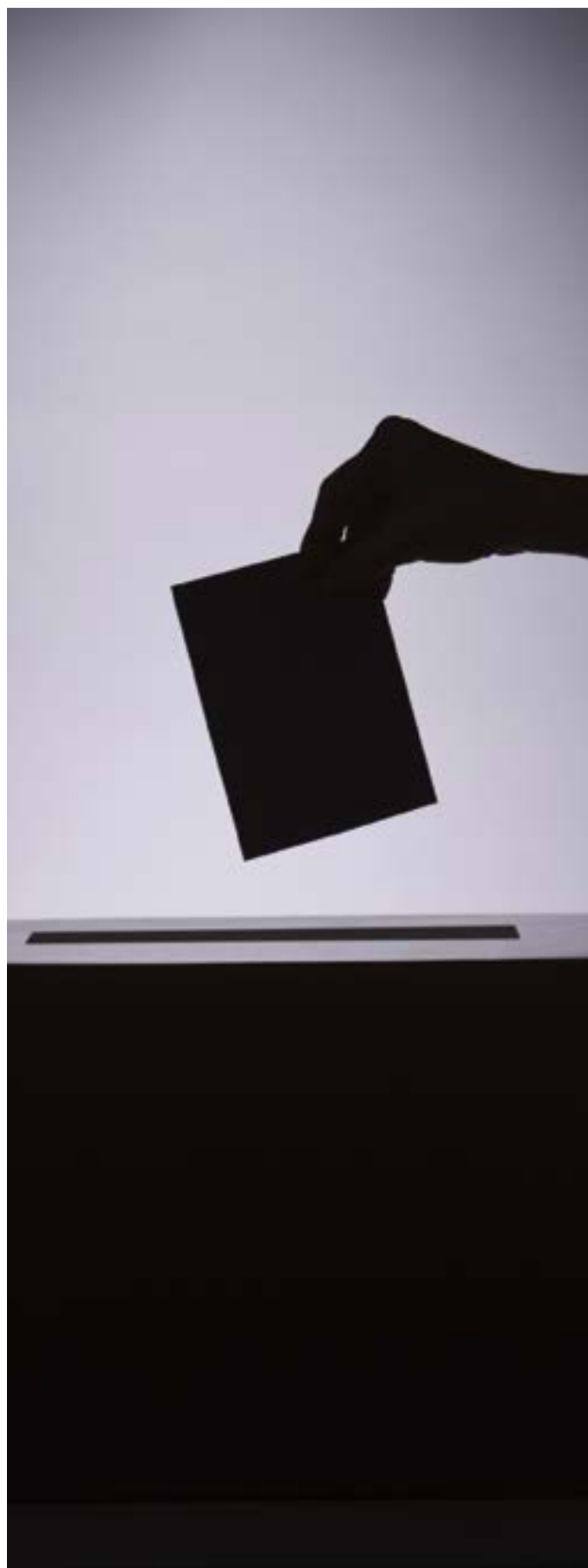
Der Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP), der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) verwaltet wird, ist das wichtigste Förderinstrument für die außerschulische (politische) Jugendbildung auf Bundesebene. Dem liegt der fachpolitische Konsens zu Grunde, dass eine rein staatliche Jugendarbeit/-bildung im bestehenden System der Kinder- und Jugendhilfe der Bundesrepublik nicht gewollt ist. Für die praktische Planung und Umsetzung von überregionalen Projekten müssen vielmehr „bundeszentrale Träger“ der Kinder- und Jugendhilfe vorhanden sein, also Organisationen und Initiativen, die den gesellschaftlichen Pluralismus abbilden und mit Leben erfüllen. Da diese auf unterschiedlichen Traditionen und Wertorientierungen basierenden Institutionen die überregionalen Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe wahrnehmen, hat der Bund grundsätzlich ein erhebliches Interesse an der Existenz bundeszentraler Träger in der Vielfalt der Kinder- und Jugendhilfe.

Politische Bildung soll jungen Menschen Kenntnisse über Gesellschaft und Staat, europäische und internationale Politik einschließlich der politisch und sozial bedeutsamen Entwicklungen in Kultur, Wirtschaft, Technik und Wissenschaft vermitteln. Sie soll die Urteilsbildung über gesellschaftliche und politische Vorgänge und Konflikte ermöglichen, zur Wahrnehmung eigener Rechte und Interessen ebenso wie der Pflichten und Verantwortlichkeiten gegenüber Mitmenschen, Gesellschaft und Umwelt befähigen sowie zur Mitwirkung an der Gestaltung einer freiheitlich-demokratischen Gesellschafts- und Staatsordnung anregen.

Richtlinien Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) vom 29.03.2012 (GMBI 9/12), Nr. III1.: Politische Bildung

Das Leitmotiv des deutschen Kinder- und Jugendhilferechts, die partnerschaftliche Zusammenarbeit, gilt demzufolge als Maßstab für die Ausgestaltung von Bundeszentralität und die Weiterentwicklung des KJP. Im Gesamtsystem der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland stellen die bundeszentralen Träger gewissermaßen das Rückgrat der konkreten Jugendbildungsarbeit dar. Dabei ist die Zentralstelle für den KJP beim DVV für die Initiierung, inhaltliche Planung, Koordinierung und Verwaltung der an den Volkshochschulen stattfindenden Veranstaltungen zuständig (siehe Anhang). Sie gestaltet diese Aufgabe im Blick auf eine verstärkte Kommunikation und Vernetzung mit den einzelnen Volkshochschulen sowie durch eine inhaltliche Schwerpunktsetzung in der Bildungspraxis.

Im Rahmen des Förderprogramms Politische Jugendbildung werden über den DVV jedes Jahr 150 bis 200 Maßnahmen aus der breiten Palette außerschulischer politischer Bildung an Volkshochschulen gefördert. Bis zu 6000 junge Menschen von 10 bis 26 Jahren profitieren davon. An die hundert Volkshochschulen aus dem gesamten Bundesgebiet sind mittlerweile im Programm registriert. Darüber hinaus finden Vernetzungstreffen, Methodenschulungen und Fachtagungen für die hauptamtlichen und nebenberuflichen Kräfte an den Volkshochschulen statt. Dabei geht es um mehr als inhaltliche und pädagogische Kompetenzen: Bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung



hat sich ein professionelles Profil herausgebildet, das über die unterrichtende Tätigkeit weit hinausgeht und Planung, Konzeptbildung, Bildungsberatung, Marketing, Vernetzung etc. einbezieht.

Eine externe Evaluation des Förderprogramms Politische Jugendbildung im Deutschen Volkshochschul-Verband aus dem Jahr 2011 zeigt, dass es den Volkshochschulen gelingt, passgenaue Angebote für ihre Teilnehmenden zu machen: „Die enge Ausrichtung der Angebote an den Adressaten und Teilnehmenden bei gleichzeitiger Ausdifferenzierung der Zielgruppen führt zu einer großen Bandbreite von Konzepten, Formaten, Themen und methodischen Ansätzen der Angebote politischer Jugendbildung“, konstatiert Dr. Helle Becker in ihrem Abschlussbericht. Sie bescheinigt den befragten Einrichtungen eine hohe Innovationskraft und Experimentierfreude: „Das Motto des DVV für die politische Bildungsarbeit für Jugendliche – ‚Partizipation-Respekt-Demokratie-Integration‘ – bildet sich auch in den Angeboten [...] ab. Im Rahmen dieser Überschriften werden verschiedene, durchgängig aufwändige Formate, Methoden, Medien und andere Mittel eingesetzt. Alle befragten Letztempfänger schöpfen ihre konzeptionellen, methodischen und kommunikativen Möglichkeiten umfassend aus, experimentieren mit alten und neuen Medien oder setzen [...] kulturelle, spielerische oder erlebnispädagogische Elemente ein, um einerseits auf die Vorlieben und Interessen der Zielgruppen einzugehen und andererseits politische Bildung sachgerecht und zielgruppenadäquat zu vermitteln.“

Die Gemeinsame Initiative der Träger außerschulischer politischer Jugendbildung (GEMINI), in der auch die Volkshochschulen aktiv sind, formuliert für die gemeinsame Lernkultur in ihren Maßnahmen:

Deshalb ist politische Bildung

- partizipativ – denn sie beteiligt die Jugendlichen am Bildungsprozess,
- emanzipativ – denn sie begreift den Einzelnen als selbstverantwortlich und regt zu eigenem Denken und Handeln an,

- ganzheitlich – denn sie berücksichtigt den Menschen mit allen seinen geistigen, seelischen und körperlichen Fähigkeiten und Bedürfnissen,
- handlungsorientiert – denn sie versteht Wissen, Erfahrung und Kompetenz als Ausgangspunkt des Handelns.

Junge Menschen nehmen in den Angeboten der politischen Bildung der Volkshochschulen nicht nur Wissen mit – sie lernen darüber hinaus, sich einzubringen. Aktivierende Methoden und ungewöhnliche Formate zeichnen die Angebote aus. Der außerschulische Lernort bietet Chancen gerade auch für diejenigen, für die „Schule“ – und das in ihr übliche Lernsetting – mit dem „Versagen“ in der eigenen Bildungsbiographie verknüpft ist. Die Volkshochschulen haben sich das Ziel gesetzt, besonders auch junge Menschen aus so genannten bildungsfernen oder bildungsungewohnten Milieus für ihre politische Bildungsarbeit zu gewinnen. Vielfach besuchen diese Zielgruppen bereits andere Bildungsangebote aus dem breiten Spektrum der Volkshochschulen – beispielsweise Integrationsmaßnahmen oder Kurse zum Nachholen von Schulabschlüssen und im „Übergangsmanagement“ von der Schule ins Berufsleben. Darüber hinaus stellt die enge Vernetzung der Volks-



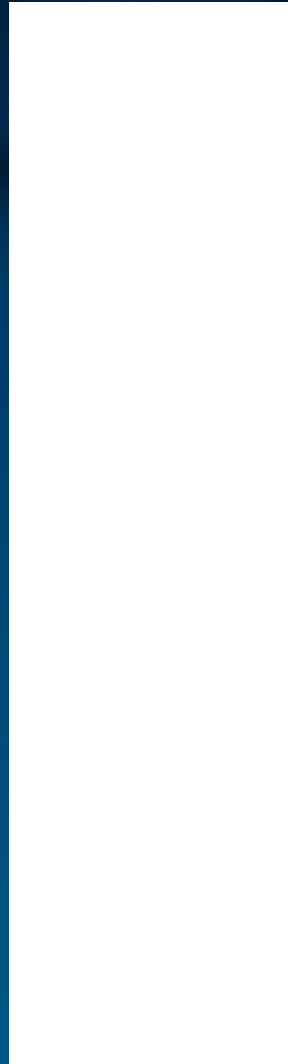
hochschulen in der Kommune eine Möglichkeit dar, neue Zielgruppen anzusprechen. „Meist sind bereits in die Planung mehrere Parteien, oft auch Jugendliche, einbezogen“, resümiert Helle Becker. Die Volkshochschulen kooperieren etwa mit Jugendzentren und Schulen, mit Migrantenselbstorganisationen, aber auch mit Museen und Instituten vor Ort. So entstehen besondere Angebote zu Themen, die junge Menschen interessieren und die eine demokratische Kultur in den Kommunen beleben.

Der Hauptteil dieser Broschüre bietet einen Einblick in die Praxis der politischen Jugendbildung an deutschen Volkshochschulen. Anhand von zehn Arbeitsfeldern, die zugleich wichtige politische Herausforderungen der modernen Industriegesellschaften repräsentieren, werden konkrete Praxisdarstellungen und -reflexionen geboten. Die Texte verstehen sich als exemplarische Darstellungen, sie wollen nicht ein vollständiges Bild der im VHS-Bereich geleisteten (politischen) Jugendbildung zeichnen. Die Angebote wurden zum großen Teil – aber nicht ausschließlich – mit Fördermitteln aus dem Kinder- und Jugendplan realisiert.

In die Präsentation der Praxisbeispiele sind die Erfahrungen zahlreicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Volkshochschulen eingeflossen. Die wichtigsten Personen und Institutionen, auf die sich die Darstellung stützt, sind jeweils in den Kapiteln genannt. Sonstige Adressen und Kontakthinweise finden sich im Anhang. Dieser informiert zunächst über die herausgebende Einrichtung, den Deutschen Volkshochschul-Verband, und dann über weitere institutionelle Zusammenhänge, die für die außerschulische politische Bildung von Bedeutung sind. Abschließend folgt eine Literaturliste zu konzeptionellen, organisatorischen und praktischen Fragen der politischen Jugendbildung. Verzeichnet sind in der Regel Titel, die die Bildungspraxis im Umkreis der Volkshochschulen betreffen und die die Entwicklung der letzten Jahre dokumentieren. Aufgeführt sind auch Aufsätze zur politischen Erwachsenen-/Weiterbildung, die grundsätzliche didaktische Fragen der außerschulischen Bildungsarbeit oder Angebote für junge Erwachsene betreffen. Zur Erschließung weiterer Materialien – gerade auch der ‚grauen Literatur‘ aus dem Bereich der Verbände und Organisation – sei auf die Websites der aufgeführten Institutionen verwiesen.

Sascha Rex und Lisa Freigang, DVV







Normalfall Migration



Politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft

Integration ist ein Top-Thema der Politik, das auch in der politischen Bildung eine zentrale Rolle spielt. Es hat viele Facetten: von der Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt angesichts sozialer oder regionaler Differenzen über das Verhältnis von Mehrheit und Minderheiten bis hin zu den Herausforderungen, die sich aus dem Faktum der Einwanderungsgesellschaft ergeben. Seit Beginn des 21. Jahrhunderts, speziell seit dem neuen Zuwanderungsrecht aus dem Jahr 2005, versteht sich auch die Bundesrepublik Deutschland als Einwanderungsland – eine späte Einsicht, die vielen Expertinnen und Experten, gerade in der Bildungsarbeit, schon lange vertraut war und die zudem meist die Grundlage ihrer Arbeit bildete. So bezeichnete der Bundesausschuss Politische Bildung (bap), in dem der Deutsche Volkshochschul-Verband (DVV) mitarbeitet, in seinem Trendbericht 2011 Integration als das neue Paradigma der politischen Bildung nach der Wiedervereinigung.

Zu- und Einwanderung war in der Bundesrepublik lange ein Reizthema. Das hat sich auch mit dem Paradigmenwechsel nicht geändert. Viele Verunsicherungen und Bedenken sind im Umlauf; Besorgnisse

werden im Blick auf die Ausbreitung von „Parallelgesellschaften“ geäußert; die Notwendigkeit einer gemeinsamen gesellschaftlichen Anstrengung, vielfach unter dem Stichwort der „Leitkultur“ gefasst, wurde immer mal wieder betont. Die große Koalition von CDU/CSU und SPD, die das Zuwanderungsrecht reformierte, schrieb in ihrem Vertrag zur 16. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages (Kapitel VIII): „Die Integration von Ausländern und Aussiedlern in die deutsche Gesellschaft ist eine Querschnittsaufgabe vieler Politikbereiche. Sie bleibt ein Schwerpunkt der Politik der Bundesregierung [...] Ein interreligiöser und interkultureller Dialog ist nicht nur wichtiger Bestandteil von Integrationspolitik und politischer Bildung; er dient auch der Verhinderung und Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und Extremismus.“

Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) hat in seinem Jahresgutachten 2012 als erste Kernbotschaft herausgestellt, dass es „die“ Integration in die Gesellschaft nicht gibt. Es sei vielmehr von einem bereichs- und teilhabeorientierten Integrationsverständnis auszugehen, das Integration als die empirisch messbare Teilhabe an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens versteht: „Sie reicht von Erziehung, Bildung, beruflicher Ausbildung und

Zugang zum wirtschaftlichen Leben, insbesondere zum Arbeitsmarkt, über die sozialen Schutz- und Sicherheitssysteme bis hin zur (statusabhängigen) politischen Partizipation.“ (www.svr-migration.de)

Mit dem grundsätzlichen Konsens, dass Integration eine vorrangige politische und gesellschaftliche Aufgabe darstellt, sind allerdings vielerlei Detailfragen und Differenzen verbunden. Wenn z.B. die Politik betont, dass Integration „keine Einbahnstraße“ ist, dann wird an die Bereitschaft der hier lebenden Zuwandererinnen und Zuwanderer gedacht, einen solchen Integrationsprozess aktiv mitzutragen und zu gestalten. Menschen mit Migrationshintergrund wiederum haben allzu oft den Eindruck, dass sie sich mit den verordneten oder empfohlenen Maßnahmen auf eine Einbahnstraße in die deutsche „Leitkultur“ begeben sollen, und wünschen sich eine größere Offenheit für ihre Anliegen.

Hinzu kommt, dass mit dem Integrationspostulat ein Spannungsverhältnis zu dem gegeben ist, was die interkulturelle Pädagogik gerade im außerschulischen Bereich praktiziert. Sollen Vielfalt und Pluralität durch einen Prozess der Vereinheitlichung aufgehoben werden? Kann Kurzzeitpädagogik überhaupt etwas bewirken angesichts der gesellschaftlichen Desintegrationsprozesse und der zahlreichen Integrations-

barrieren? Was ist schließlich Integrationskompetenz? Kann man sie als Lernziel verordnen und in einem Trainingsprogramm operationalisieren?

Alles deutsch – oder was?

„Typisch deutsch – gibt es das?“ oder „Normalfall Migration“: So lauten Titel von Veranstaltungen, wie sie von Volkshochschulen im ganzen Bundesgebiet angeboten werden. Typisch deutsch wollen diese Bildungsangebote allerdings nicht sein. Wie auch junge Migrantinnen und Migranten bei solchen Veranstaltungen häufig zu erkennen geben, kann es nicht darum gehen, die vielfältigen Migrationserfahrungen und die Pluralität der deutschen Gesellschaft über einen Leisten zu schlagen.

Im Fokus steht die Unterschiedlichkeit der Herkunft- und Ankunftserfahrungen, woraus sich jedoch bei aller Differenziertheit oft eine Gemeinsamkeit ergibt: die Unsicherheit gerade bei jugendlichen Zuwanderinnen und Zuwanderern, die in vielen Fällen notgedrungen der familiären Entscheidung zur Emigration gefolgt sind, die sich also jetzt die Frage vorlegen, wo man hingehört, wo die „Heimat“ ist und wie man sich selber verstehen soll. In solchen Fällen kann die außerschulische Bildung selber zu einem Ort werden, an dem sich junge Leute in der Gruppe aufgehoben



und zuhause fühlen – sozusagen als beispielhaftes Angebot, wie sich die starren ethnischen Definitionen der eigenen Biographie aufheben und neue Gestaltungs- und Handlungsmöglichkeiten entdecken lassen.

In solchen Veranstaltungen wird nicht über „Ausländerpolitik“ doziert. Die Teilnehmenden werden vielmehr angeregt, ihre persönliche Situation – dass sie sich, verallgemeinernd formuliert, bei ihrer Identitätsfindung im Spannungsfeld zwischen einem monokulturellen Familienrahmen und multikulturellen Außenbeziehungen bewegen – in einem politischen Kontext zu sehen. So setzen die Kurse bei Alltagserfahrungen an, z.B. bei den Differenzen zwischen türkischen Jungen und Mädchen in Sachen Ehe- und Partnerschaftsmoral, bei den aktuellen Trends der Jugendkultur oder bei pauschalen bis abwertenden Äußerungen – so etwa der Rede von den „Kopftuchmädchen“ (Thilo Sarrazin) –, mit denen sich die Mehrheitsgesellschaft von den Minderheiten abgrenzt.

Kommunikation stärken - Chancen ermöglichen

Im regelmäßig angebotenen Wochenendseminar „Aufwachsen in der Zuwanderungsgesellschaft“ der VHS Gelsenkirchen werden grundsätzliche Fragen der Identitätsfindung im Zusammenhang mit der sozialen, politischen und interkulturellen Lebenssituation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund thematisiert. Die Leitungen der Angebote sind immer selbst nicht-deutscher Herkunft. Themen der Angebote sind emotionale Befindlichkeiten, ethnische Identitätsvorstellungen und religiöse Unterschiedswahrnehmungen, Konflikte und Gemeinsamkeiten. Durch Filme und Übungen werden die Jugendlichen angeregt, die eigene Wahrnehmung zu beschreiben, „typisch Deutsches“ und „typisch Türkisches“

beispielsweise. Diese Bilder werden anschließend in weiteren Übungen differenziert und diskutiert. Dabei geht es um Vorurteile, mangelnde Informationen, um Fragen nach Autorität und Herrschaft.

So werden in einer Übung Konfliktsituationen aus dem Alltag in Rollenspielen dargestellt. Die Jugendlichen haben in der Schule, auf der Straße oder in sozialen Netzwerken im Internet vielfach Diskriminierungserfahrungen gesammelt – und dies sowohl in der Rolle des Täters als auch des Opfers. Spielerisch arbeiten sie mit diesen Erfahrungen und diskutieren unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten und Lösungen. So wird nicht nur der Umgang in interkulturellen Konfliktsituationen trainiert – auch das Selbstwertgefühl der jugendlichen Teilnehmenden wird gestärkt. Kommunikation ist dabei das Schlüsselwort. Unter dem Motto „Raus mit der Sprache!“ lernen Jugendliche in Volkshochschulangeboten wie diesem, in der Gruppe ihre Meinung zu sagen und gemeinsame Positionen zu bestimmen.

In einem anderen Programm der VHS steht das Thema Chancengerechtigkeit im Mittelpunkt. Seit dem PISA-Schock 2001 ist die öffentliche Aufmerksamkeit für die Benachteiligung von Kindern aus armen Familien und von Kindern mit Migrationshintergrund im deutschen Bildungssystem stark gestiegen. Politische Jugendbildung kann und muss auch solche Fragen mit aufgreifen, wie es etwa die VHS Gelsenkirchen mit ihrem Mentorenprogramm für „Bildungsferne“ praktiziert. Dabei ist die besagte „Ferne“ oft gar keine Haltung der Betroffenen, sondern eine Zuschreibung von außen. İlhan Gündogan, 27 Jahre alt, nach erfolgreichem Studium der Wirtschaftswissenschaften bei einem großen Unternehmen tätig, erzählt: „Als ich 15 war, kam ein Berufsberater in die Schule und riet mir, Maurer oder Frisör zu werden. Damals glaub-

te ich nicht mehr daran, je das Abitur zu machen, auch, weil ich aus einer türkischen Familie stamme.“ Gündogan beteiligt sich als Mentor an dem Programm der VHS, das Anfang 2012 zum dritten Mal durchgeführt wurde. Seine Ängste und das Gefühl, keine Chance zu haben, hat Gündogan nicht vergessen. So war er Feuer und Flamme, als die Idee geboren wurde, als Mentor in Schulen angehenden Abiturienten aus eher bildungsfernen Familien beim Start in eine akademische Laufbahn zu helfen. Geboren wurde die Idee übrigens bei der TD-Plattform, einem Zusammenschluss türkisch-deutscher Studierender und Akademiker. Um das Mentoren-Programm zu verwirklichen, brauchte man dann allerdings erfahrene Partner. So machte in dem Netzwerk etwa die Westfälische Hochschule mit und eben die Volkshochschule Gelsenkirchen. Konkret werden verschiedene Workshops, Besuche in Bildungseinrichtungen und Betrieben angeboten, zudem gibt es regelmäßige Treffen der Gruppe. „Das Wichtigste aber ist, dass wir an unseren Mentoren sehen konnten, dass man es schaffen kann“, bestätigt ein Schüler den Erfolg des Projektes.

Nicht abseits stehen!

Was macht eigentlich ein Schulentwicklungs- oder Stadtplanungsamt? Und worum kümmert sich ein Bürgeramt im Stadtbezirk? Das sind Fragen, auf die eine Gruppe Kölner Mädchen und Jungen vor allem aus Migrantenfamilien jetzt genauer Antwort geben kann. Drei Tage lang konnten die Jugendlichen die Arbeit von zwölf Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus sechs städtischen Stellen kennen lernen. Veranstaltet wurde das Projekt 2012 von der VHS Köln und der Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung Kinder und Jugendlicher aus Zuwandererfamilien (RAA). Die „Ämterrallye“ kommentierte die beteiligte Jour-

nalistin Chantal Louis: „Die Kinder lernen hier, was die Stadtverwaltung für uns tut, auch für die jungen Menschen.“ Die Journalistin half den jungen Teilnehmenden mit einer Schreibwerkstatt dabei, ihre in den Amtsstuben gewonnenen Erkenntnisse journalistisch zusammenzufassen. Die Ergebnisse sind auf der Webseite der Stadt Köln (www.stadt-koeln.de) einsehbar. Hintergrund des Projekts war die Tatsache, dass die Stadtverwaltung sich stärker interkulturell öffnen möchte. Ziel war zum einen, Jugendliche mit Migrationshintergrund für kommunale Aufgaben zu begeistern. Gleichzeitig sollten aber auch die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter etwas lernen. In einem „interkulturellen Coaching“ wurden sie auf das Projekt vorbereitet – eine Fortbildungsnotwendigkeit, die die Volkshochschulen auch bei ihrem eigenen Personal sehen und wozu sie spezielle Angebote unterbreiten (siehe Kasten).

2006 begannen die Volkshochschulen mit flächendeckenden Fortbildungen zum Thema „Interkulturelle Kompetenzen für die Bildungsarbeit mit Jugendlichen“. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Volkshochschulen und kooperierenden Einrichtungen werden mit Hilfe des europaweit anerkannten Lehrgangssystems „Xpert Cultural Communication Skills“ geschult und abschließend zertifiziert.

Speziell für junge Menschen, die sich auf den Übergang von der Schule in den Beruf vorbereiten oder bereits eine Ausbildung begonnen haben, wurde das Basiszertifikat Interkulturelle Kompetenz entwickelt, das den nahtlosen Anschluss an das Europaweite Xpert Lehrgangssystem für Erwachsene bietet.

Weitere Informationen unter www.xpert-ccs.de

Eine Broschüre zur Interkulturalität für die Bildungsarbeit mit Jugendlichen finden Sie unter www.materialien.politischejugendbildung.de



Die Veranstalter machten mit diesem Projekt deutlich, dass das Integrationsthema viele Facetten hat. Entscheidend ist hier eben auch die Bereitschaft der einheimischen Bevölkerung, sich mit Migration auseinander zu setzen und das Fremde zuzulassen. Relevante Zielgruppen sind also nicht nur Migranten und Migrantinnen. Daher bemühen sich die Veranstaltungsangebote der Volkshochschulen – neben speziellen Maßnahmen für und mit speziellen Bevölkerungsgruppen – in der Regel, einen gemischten Teilnehmerkreis anzusprechen oder zur Mitwirkung zu gewinnen. Wichtig ist, dass das Thema alle angeht.

In Marl angekommen?

Die Einwanderungsgeschichte vor Ort war Gegenstand eines groß angelegten Projekts, das die Volkshochschule Marl in Kooperation mit mehreren Schulen zum 75-jährigen Stadtjubiläum im Jahr 2011 maßgeblich mitgestaltete. Das Projekt wurde unter anderem beim Bundeswettbewerb „Demokratisch Handeln“ 2011 (www.demokratisch-handeln.de) ausgezeichnet. Um die 100 Jugendliche begaben sich unter dem Motto „In Marl angekommen?!“ sowohl einzeln als auch in Gruppen auf Entdeckungsreisen in ihre Stadt. Sie machten sich auf die Suche nach den Spuren ihrer eigenen Familie („Woher komme ich?“), erforschten Quellen zur Geschichte der Zuwanderung in Marl, interviewten Marlerinnen und

Marler mit Migrationshintergrund („Fühlen Sie sich in Marl angekommen?“) und befragten Experten wie die Integrationsbeauftragte zum aktuellen Stand der Integration in Marl. Ihre Ergebnisse zur Vielfalt der Kulturen und zur Herkunft der Familien verarbeiteten die Jugendlichen in kreativer und produktiver Weise: Comics, Gedichte, Kurzgeschichten, Portraits, Fotos und „Schachtel-Museen“ gehörten zu den Produkten ihrer Spurensuche. Die Ergebnisse werden 2013 in einem Buch (im Essener Klartext-Verlag) veröffentlicht.

Die VHS hatte das Thema „Geschichte der Stadt Marl: Zuwanderung & Stadtwerdung“ ab 2007 mit den Planungen zur Kulturhauptstadt RUHR.2010 aufgegriffen. Leitung sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der VHS, der Heimatverein und der Leiter des Unternehmensarchivs Evonik Industries begannen mit entsprechenden Planungen und konnten nach und nach immer mehr Mitstreitende gewinnen. Ausgangspunkt war die Einschätzung, dass das Phänomen Zuwanderung für das Ruhrgebiet und die angrenzenden Regionen konstitutiv ist, aber weder entsprechend erforscht wurde noch im Bewusstsein der Bevölkerung verankert ist und breit diskutiert wird. Seitdem hat die VHS dazu im Sinne einer nachhaltigen Strategie kontinuierlich Bildungsangebote entwickelt. Grundidee ist immer die Verbindung von Profis und Laien beim forschenden Lernen, das projekt-, prozess- und produktorientierte Vorgehen



sowie die Einbindung möglichst vieler Marler Bürgerinnen und Bürger. So beteiligten sich mehrere Schulen, mit denen die VHS auch beim Biografieprojekt kooperierte, im Herbst und Winter 2010/2011 am Abrahamsfest in Marl, das den Dialog der Religionen fördern wollte. Die Schülerinnen und Schüler führten einen kreativen Workshop zum Thema Abrahams-Geschichten durch und stellten ihre Ergebnisse dann in einer großen Sonderveranstaltung Anfang 2011 im Theater Marl vor. Die Vorführung im Theater wurde auf einer DVD dokumentiert, und die Jugendlichen waren Ende 2011 beim Bundespräsidenten zu Gast, um ihre Arbeit vorzustellen.

Kontakt:

Brigitte Schneider
Volkshochschule Gelsenkirchen
Bildungszentrum
Ebertstraße 19
45875 Gelsenkirchen
Tel. 0209-1692422
E-Mail: brigitte.schneider@gelsenkirchen.de
Netz: www.vhs-gelsenkirchen.de

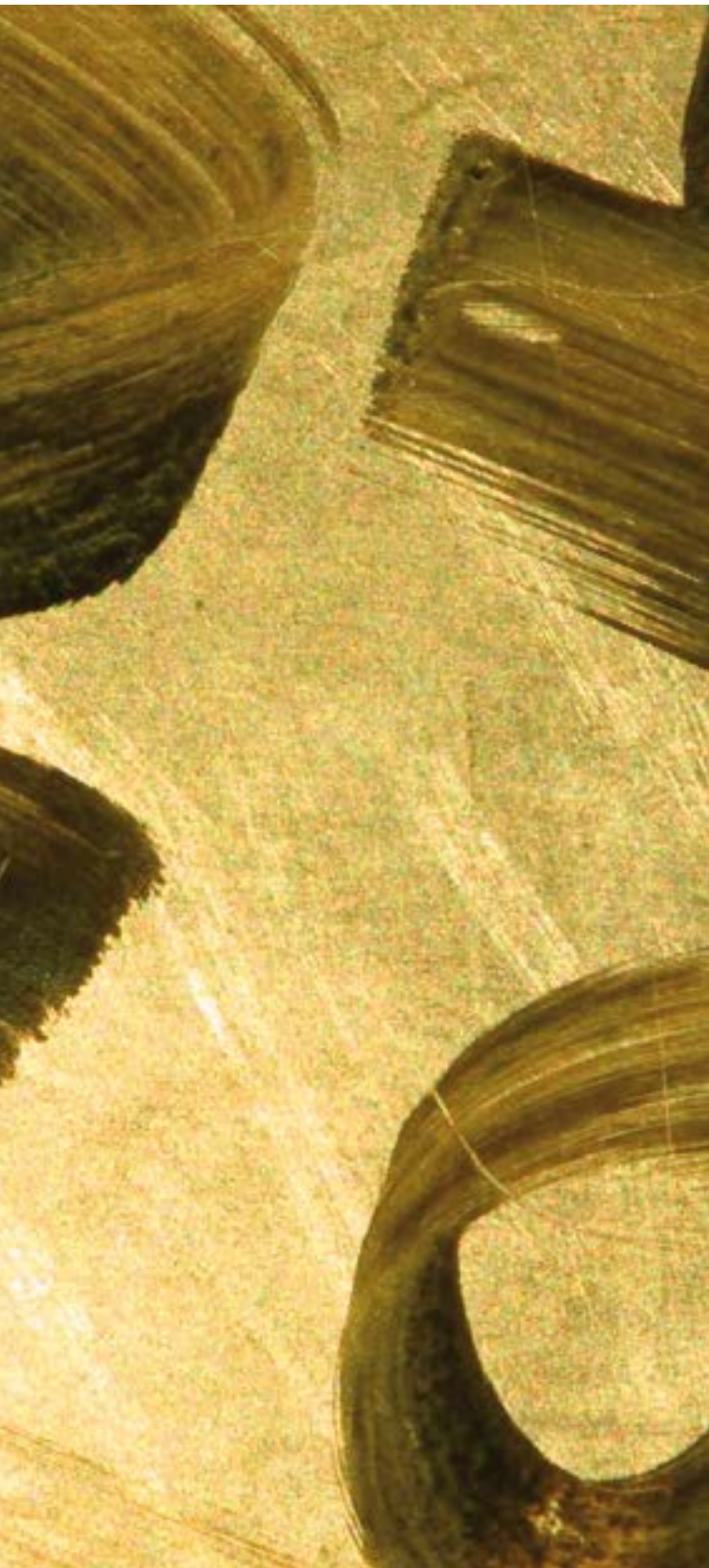
Dr. Renate Strauch
Volkshochschule Marl
Bergstr. 230
45768 Marl
Tel. 02365-99 4210
E-Mail: renate.strauch@marl.de
Netz: www.vhs-marl.de

Andrea Pohlmann-Jochheim
Volkshochschule Köln
Aachener Straße 220
50931 Köln
Tel. 0221-221-93580
E-Mail: andrea.pohlmann-jochheim@stadt-koeln.de
Netz: www.stadt-koeln.de/vhs



A hand with a silver ring on the ring finger is raised in the foreground, palm facing forward. The background is a brick wall with colorful graffiti in shades of blue, green, and black. A pink rectangular box is overlaid on the lower half of the image, containing the text.

Kann Zivilcourage gelernt werden?



Bildungsarbeit gegen Gewalt und Intoleranz

Die staatsbürgerliche Tugend der Zivilcourage erfährt zurzeit verstärkte öffentliche Aufmerksamkeit. Die Entdeckung des „braunen Terrors“ in Deutschland 2011 hat eine breite Debatte angestoßen, die sich mit dem Versagen der zuständigen Behörden oder mit politischen Konsequenzen befasst, die aber auch auf pädagogische und zivilgesellschaftliche Anstrengungen, auf deren Defizite, Behinderungen oder Chancen zu sprechen kommt. Dass eine starke Zivilgesellschaft, die sich gegen Gewalt und Intoleranz zur Wehr setzt, des dauerhaften Engagements der Politik bedarf, haben die Verantwortlichen der pädagogischen Praxis immer wieder betont. Von politischer Bildung kann nicht wie von einer Art Feuerwehr erwartet werden, dass sie auf Kommando einer organisierten rechtsextremistischen Strömung oder zunehmender Gewaltbereitschaft Einhalt gebietet. Politische Bildung kann nur als breite Daueraufgabe im Vorfeld wirken und die demokratische Abwehr stärken.

Eine genuine Aufgabe der politischen Bildung besteht darin, Jugendliche und junge Erwachsene in der diskursiven, argumentativen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zu bestärken. Dessen politische Relevanz liegt allerdings nicht nur in den Einstellungen und Strömungen, die sich am rechten Rand der Gesellschaft formieren. Eine von Wilhelm Heitmeyer in den Jahren 2002 bis 2012 durchgeführte Erhebung zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (publiziert in der Jahrbuchreihe „Deutsche Zustände“) belegt, dass rassistische oder sozial abwertende Vorurteile nicht nur an den gesellschaftlichen Rändern, sondern in der Mitte der Gesellschaft

ihre Heimat haben. Sie geben sich nicht offen als rechtsextrem zu erkennen – und sind vielleicht oft gar nicht in diesem dezidiert politischen Sinne gemeint, sondern sollen das „gesunde Volksempfinden“ der Mitte zum Ausdruck bringen.

Eine tolerante Gesellschaft muss hier dagegenhalten und darf nicht wegsehen: Zivilcourage ist gefragt. Das Engagement für Demokratie und Toleranz fällt nicht allein in den Bezirk der institutionalisierten Politik, also der staatlichen Instanzen und Zuständigkeiten, sondern bedarf des gesellschaftlichen Handelns. Im Grundsätzlichen herrscht hierüber Einigkeit, und letztlich geht es um ein Postulat, das der politischen Bildung schon seit Langem ein Anliegen ist: dass nämlich die Zivilgesellschaft ein zentraler Akteur im demokratischen Gemeinwesen sein muss. Schwieriger ist die pädagogische Umsetzung der Aufgabe. Gewiss, es gibt viele Beispiele dafür, wie Menschen couragiert handeln. Doch was sind ihre Motive? Können solche Personen zum Vorbild dienen? Lässt sich eine im Prinzip riskante, selbstlose Haltung als Lernziel aufstellen – und wenn ja: wie ist sie im pädagogischen Prozess zu vermitteln?

„Ich kann was tun“

Die Junge Volkshochschule Hamburg ist der Meinung, dass sich zivilgesellschaftliches Engagement durchaus pädagogisch vermitteln lässt, und hat dazu eine Menge an Erfahrungen gesammelt und entsprechende Kompetenzen entwickelt. Schon seit dem Jahr 1997 gibt es hier den Arbeitsschwerpunkt „Zivilcourage, Konfliktfähigkeit, Gewaltprävention“, und Ende 2004 erhielt die Junge VHS im Rahmen des Wettbewerbs „Aktiv für Demokratie und Toleranz“,

der vom „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ ins Leben gerufen wurde, eine Urkunde. Damit wurde sie für ihr „vorbildliches und nachahmenswertes“ Bemühen ausgezeichnet, zivilgesellschaftliche Aktivitäten von jungen Menschen zu fördern.

Alles in allem fanden in den letzten 16 Jahren über 1.000 Workshops zum Thema Zivilcourage mit mehr als 15.000 Kindern und Jugendlichen statt, und die Nachfrage von Schulen oder Jahrgangsstufen nach solchen Angeboten ist kontinuierlich gestiegen. Ziel der Programms der Jungen VHS Hamburg zur Gewaltprävention ist es, Jugendliche dazu anzuleiten, Konflikte nicht zu provozieren, in konfliktträchtige Konstellationen zu intervenieren und bei auftretenden Kollisionen deeskalierend zu agieren. Sinnvolle Verhaltensstrategien werden vermittelt, in Spielsituationen ausprobiert und weiter entwickelt. Schwerpunkte sind z.B. Konfliktbearbeitung in der Schule/Klasse (Mobbing, Ausgrenzung, Autoritätskonflikte etc.) oder die Stärkung von Zivilcourage für Alltagssituationen (Fremdenfeindlichkeit, unterschiedliche, z.B. geschlechtsspezifische Diskriminierungen). Wie die Auswertung durch das mit der VHS kooperierende Hamburger Institut für konstruktive Konfliktaustragung und Mediation (IKM) erbrachte, sind die Maßnahmen geeignet, die demokratische Handlungskompetenz von Jugendlichen zu erweitern; und sie erhalten auch bei den Teilnehmenden ein positives Feedback. Zivilcourage ist nicht nur eine „viel beschworene große Tugend“, wie Dieter Lünse vom IKM schreibt, sondern sie „ist die kleine Tat, die von allen Menschen in vielen Situationen geleistet werden kann. Es ist der kleine Schritt, nach Abwägung der Möglichkeiten und Folgen den eigenen Schatten zu überspringen. Die möglichen Hindernisse rücken

in den Hintergrund, weil die Hilfe für einen Menschen in Not wichtiger ist. Durch Übungen erweitern sich die Möglichkeiten zu handeln, die eigene Angst zu überwinden und in schwierigen Situationen selbstbewusster zu sein.“

Zivilcourage gegen Rechts

Weitere Angebote der Hamburger VHS sind Trainings zum interkulturellen Lernen und ein Programm gegen Rechtsextremismus. In diesem Programm werden Jugendliche befähigt, sich gegen Parolen von Rechts zur Wehr zu setzen. „Wie wurde ich Neonazi?“ – dieser Frage gingen Jugendliche in den zwei Phasen eines Projekts der Jungen VHS mit der Jungen Akademie für Zukunftsfragen und unter Schirmherrschaft der Hamburger Bischöfin Kirsten Fehrs Ende 2011 nach. Gemeinsam mit der Organisation EXIT, die Aussteiger aus der rechten Szene betreut, und dem Journalisten und Buchautor Andreas Speit als Spezialisten beschäftigten sich die beteiligten Jugendlichen mit den Biografien ehemaliger Neonazis. Die Hamburger Volkshochschule berichtet vom gemeinsamen Besuch der Jugendlichen bei der Organisation EXIT: „Die Stimmung ist beklemmend, die Jugendlichen erfahren ungläubig, dass es Orte in Deutschland gibt, in denen Rechte das Sagen haben und andere ungestraft einschüchtern und verletzen können. Verunsichert stellen sie auch fest, dass die Adresse des Büros anonym ist. Kein Hinweisschild außen, konspirativ rufen wir erst via Handy an, um dann eine Tür am abgemachten Ort geöffnet zu bekommen.“

Ein besonderer Schwerpunkt des Projekts war auch das Phänomen rechtsextremer junger Frauen, das im Dokumentarfilm „Die Kriegerin“ thematisiert wird. Um auf das Phänomen aufmerksam zu machen, wurde eine Informationsveranstaltung durch die Jugendlichen geplant und durchgeführt. Daneben setzten sich die Jugendlichen mit rechtsextremer Symbolik und mit Anwerbemethoden der Rechten unter Jugendlichen auseinander. So analysierten sie die Texte von Neonazibands, denn, so die VHS: „zu den klassischen Anwerbemethoden der Szene gehören nun mal schmissig produzierte, provokative Songs und CDs, die teilweise kostenlos an Jugendliche verteilt



werden.“ Thema waren natürlich auch das Web 2.0 und entsprechende Foren, in denen Jugendliche gezielt in rechtes Denken eingeführt und für Parteinahme zu ködern versucht werden. Um dies methodisch umzusetzen, wurde eine Chat-Simulation entwickelt und umgesetzt.

Die Berichterstattung rund um die Ereignisse um die „Zwickauer Terrorzelle“ haben sich „massiv auf das Interesse der Jugendlichen und die Bereitschaft an den Workshops teilzunehmen ausgewirkt“. Die Hamburger VHS zieht folgendes Fazit: „Das Thema Nationalsozialismus begegnet den jugendlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern in vielfältiger Variation und in diversen Unterrichtssituationen. Rechtsradikalismus wird offenbar weniger häufig thematisiert. Die Teilnehmenden wünschten sich insbesondere praxisorientierte Übungen. Sie wollten auch von sich selbst wissen, wie ‚angreifbar‘ sie für Argumente der rechten Szene sind. Einige waren sehr erschrocken, als ihnen bewusst wurde, wie leichtfertig sie im eigenen Alltag mit diskriminierenden, ausgrenzenden, ‚flapsigen‘ Bemerkungen umgehen.“

Im Anschluss an die erste Projektphase wurden dann sechs dreitägige Workshops vorwiegend für junge Leute aus sozialen Brennpunkten zum Thema „Zivilcourage gegen Rechts“ angeboten. Die Seminare wurden in Teams geleitet, die sich aus erfahrenen Dozentinnen und Dozenten der Hamburger VHS und Jugendlichen aus den Projekten der ersten Phase zusammensetzten. Neben Inputs wurden Diskussionen in der Seminargruppe durchgeführt, Kooperationsaufgaben gestellt und Planspiele, Improtheater und Interviews als aktivierende Methoden eingesetzt. Besonderes Engagement und Interesse zeigten die Jugendlichen, wenn es um ihr eigenes Handeln in ihrem alltäglichen Lebensumfeld ging. „Mit dem Blick auf die eigene Person und der Frage nach Zivilcourage im Zusammenhang mit Alltagsrassismus wurde es noch einmal spannungsreicher und emotionaler – gleichwohl zeigten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer hier das stärkste Interesse, was auch im Abschlussfeedback immer wieder geäußert wurde. Laut VHS zogen die Teilnehmenden folgendes Fazit: „Sie hätten doch viel Neues gelernt und die Hoffnung,

dass die erworbenen Erkenntnisse auch in den Schulalltag einfließen. Wie weit sie sich selbst im Alltag rassistisch verhalten, war vielen vorab nicht bewusst.“

Rechtsextremismus und Jugendkultur

Besonderes engagiert in der Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus ist ebenfalls die VHS Aachen. Seit Jahren bietet sie spezielle Angebote für Jugendliche, in denen die jungen Teilnehmenden trainieren, wie sie menschenfeindlichen Parolen in ihrem Alltag begegnen können. Mit Blick auf das europaweite Erstarken rechtsextremer Ideologien bot die VHS 2010 für Schülerinnen und Schüler und für Jugendliche aus Offenen Treffs eine Workshopreihe zum Thema „Rechtsextremismus und Jugendkultur“ an. Die Teilnehmenden setzten sich – passend zum Standort der VHS im Dreiländereck – mit europäischen Ideen und dem Erstarken rechtsextremistischer Ideologie im europäischen Vergleich auseinander. Die teilnehmende Gruppe war bunt gemischt. Es gab Jugendliche, für die die Beschäftigung mit dem Thema neu war; andere engagierten sich hingegen in Bürgerinitiativen gegen Rechts und konnten so ihre eigenen Erfahrungen einbringen. Wichtig war für alle Teilnehmenden, dass sie in aktiver Form, etwa in Rollenspielen oder in der Konzeption medialer Aufklärungsmöglichkeiten, gefordert waren, einen Beitrag zu leisten. Eine Fortsetzung fand der Workshop in einer zweiten Veranstaltung, die den Schwerpunkt auf rechtsextreme Musik, Codes und Zeichen sowie auf die verstärkte Online-Präsenz rechter Gruppen setzte. Auch hier gab es ein gemischtes Bild im Teilnehmerkreis. Einige Jugendliche wussten von zahlreichen Beispielen rechtsextremistischer Kontaktversuche zu berichten, andere hingegen waren bislang weder in der Schule noch in Freizeiteinrichtungen von dem Thema betroffen.

Bei diesen Veranstaltungen arbeiten die Teamerinnen und Teamer auch mit dem Konzept „Argumentationstraining gegen Stammtischparolen“, das von Klaus-Peter Hufer (Volkshochschule Viersen und Universität Duisburg-Essen) entwickelt wurde und das mittlerweile zu einem Erfolgsmodell der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung avanciert ist.

Leitgedanke dieses Seminarangebots ist es, die Teilnehmenden in die unmittelbare Auseinandersetzung mit fest verankerten, speziell ausländerfeindlichen und nationalistischen Vorurteilen und Stereotypen zu involvieren. Es werden keine Referate zur Vorurteilstheorie gehalten. Vielmehr sind die Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer selbst gefragt, die schlichten Parolen und Sprüche, die so schwer zu widerlegen sind, dingfest zu machen und in eine rationale Gesprächssituation einzubringen.

Im „Wörterbuch Politische Bildung“ (2007) hat Klaus-Peter Hufer die Aufgabe umrissen, die der Bildungsarbeit mit dem Rechtsextremismus gestellt ist. Er hält vor allem folgende Punkte fest, die sich auch auf den breiten Erfahrungshintergrund der Volkshochschulen stützen:

- Es geht bei Nationalismus, Rassismus etc. um Phänomene, die aus der Mitte der Gesellschaft stammen. Unter Berufung auf Wilhelm Heitmeyers groß angelegte Erhebungen zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) müsse man festhalten, dass der organisierte Rechtsextremismus relativ klein, sein Umfeld aber sehr groß ist. Das Problem liegt also nicht in einem rechten Rand, sondern in einer verbreiteten Empfänglichkeit für rechtes Gedankengut.
- Es geht um politische Urteile, namentlich um Vorurteile, die durch spezifische Inhalte bestimmt sind, so dass eine allgemeine Extremismus-Definition in die Irre führt. Diese fasst ja linke, rechte, inzwischen auch islamische und andere Positionen zu einer Einheit zusammen, die als politische Größe nicht existiert, sondern nur aus dem Abwehr-Standpunkt des Staatsschutzes resultiert.
- Dem muss politisch bildend, also argumentativ, diskursiv, aufklärend, begegnet werden. Historisches Wissen über den Nationalsozialismus oder interkulturelle Begegnungen können die Auseinandersetzung mit den aktuellen politischen Einstellungen flankieren, aber nicht ersetzen. Genau so wenig ist eine „akzeptierende Jugendarbeit“, die die politische Einstellung ausklammert und leicht vom Verstehen zum Billigen führt, sinnvoll.

Hufer hat mit seinem „*Argumentationstraining gegen Stammtischparolen*“ (2000) ein Konzept für die Bildungsarbeit vorgelegt, das solche Anforderungen an die Praxis einzulösen versucht; inzwischen wurde es um eine Neuausgabe ergänzt (siehe Literaturverzeichnis im Anhang). Und es hat sich eine didaktische Diskussion über das Argumentieren gegen Rechts ergeben, die nicht nur in der außerschulischen Jugendbildung, sondern auch in Schule oder Berufsbildung Wirkung zeigt.

Beim Thema Rechtsextremismus geht es stets auch darum, Zusammenhänge zwischen Vergangenen und Gegenwärtigem herzustellen. Im Workshop „Nazis in Aachen“ 2010 fanden Elemente historisch-politischer Bildung ebenso wie die Auseinandersetzung mit aktuellen Vorgängen in der Region ihren Platz. Bei einer historischen Stadterkundung und der Begegnung mit Zeitzeugen, die zur NS-Zeit im Alter der Jugendlichen heute waren, spürten die Teilnehmenden der nationalsozialistischen Vergangenheit ihrer Stadt nach. Gleichzeitig fragten sie nach heutigen Formen von Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus. Auch bei einer Veranstaltung der VHS Aachen im Jahr 2011 wurde ein Bezug zur nationalsozialistischen Geschichte hergestellt. „Theater gegen Diskriminierung“ hieß die Projektwoche, die die VHS in Kooperation mit einer Schule gestaltete. Ziel der Projektwoche war es, Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund über die Themen Verfolgung, Ausgrenzung und Migration reflektieren zu lassen und damit einen aktuellen Bezug zum Holocaust-Gedenktag herzustellen. Bei einer öffentlichen Veranstaltung zu dem Gedenktag wurden die Ergebnisse dann einem größeren Publikum präsentiert. Eine wichtige Erfahrung war dabei, dass Jugendliche, die ansonsten in der Schule eher als leistungsschwach galten, bei der Theaterarbeit Kompetenzen entdecken und entwickeln konnten, die sie sich vorher gar nicht zugetraut hätten. Was die Inhalte angeht, wurde vielen Teilnehmenden erst mit der medialen Auseinandersetzung (sie mussten Texte selber verfassen und in eine angemessene Dialogform



bringen) wirklich klar, was der Holocaust-Gedenktag mit ihren Leben zu tun hat. Ausgrenzung ist nämlich ein Thema – so resümierte die verantwortliche Pädagogin –, das alle angeht. Theaterpädagogik erwies sich also als eine wichtige Methode bei der Arbeit mit bildungsbenachteiligten Jugendlichen.

Bildung im Verbund

Bildungsarbeit gegen Gewalt und Intoleranz findet heutzutage immer mehr in einem Verbund von Beratung, Prävention und sozialräumlicher Intervention statt. Wie in vielen Kommunen und Landkreisen wird in Aachen seit Mai 2011 ein Lokaler Aktionsplan (LAP) gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus realisiert, für den die Volkshochschule Aachen gemeinsam mit „Arbeit und Leben“ (DGB/VHS NW) als Koordinierungsstelle fungiert. Lokale Aktionspläne sollen gemeinsame Handlungsstrategien gegen rechtsextreme Tendenzen in enger Kooperation von Zivilgesellschaft und Kommune ausarbeiten. Das zivilgesellschaftliche Engagement wird aus Mitteln des beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend angesiedelten Bundesprogramms „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN (TFKS)“ gefördert.

Die Junge VHS Hamburg beteiligt sich seit 2003 am Hamburger „Fachkreis Gewaltprävention“, der sich als übergreifendes Forum von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus Hamburger Behörden, freien Trägern, Bildungs- und Betreuungseinrichtungen versteht.

Es besteht der Konsens, dass Gewalt als individuelles Problem von auffälligen Kindern und Jugendlichen und zugleich als gesellschaftlich bedingte Problemlage zu sehen ist. Das heißt, dass sich präventive Bemühungen sowohl an der persönlichen Verantwortlichkeit von Jugendlichen und ihrer Bezugspersonen als auch an den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen orientieren müssen. Durch die Zusammenarbeit wird zudem in einer breiteren Öffentlichkeit das Bewusstsein dafür geschärft, dass hier eine genuine Aufgabe politischer Jugendbildung besteht – eine Aufgabe, die von den örtlichen Aktivitäten bis zur Bundesebene reicht. Denn ohne eine stabile Infrastruktur, ohne regionale oder bundesweite Vernetzung, ohne Kooperation und Transfer kann diese Aufgabe nicht bewältigt werden.

Kontakt:

Claudia Schneider
Junge Volkshochschule Hamburg
Mönckebergstraße 17
20095 Hamburg
Tel. 040-209421-19
E-Mail: C.Schneider@vhs-hamburg.de
Netz: www.vhs-hamburg.de

Dominik Clemens
Volkshochschule Aachen
Peterstraße 21-25
52062 Aachen
Tel. 0241-4792-182
Email: dominik.clemens@mail.aachen.de
Netz: www.vhs-aachen.de







Von Rollen, Klischees und Gleichberechtigung

Gender Mainstreaming in der politischen Jugendbildung

Geschlechtergerechtigkeit ist heute ein Leitmotiv der politischen Bildungsarbeit. Mädchenbildung, frauenpolitische Themen aus Geschichte und Gegenwart, Gender-Studies und feministische Bildungsarbeit sind integraler Programmbestandteil der außerschulischen Bildung. Besondere Seminare für Schülerinnen und Berufstätige, für Migrantinnen und Alleinerziehende, für engagierte Frauen in Politik, Kultur, Wirtschaft (oder solche, die es werden wollen) finden sich regelmäßig im Angebot. Die Weiterbildungsbeteiligung von Mädchen und Frauen im Volkshochschulbereich kommt mit über 75 Prozent auf erfreulich hohe Werte. Frauenpolitik im engeren Sinne als spezielles Themenangebot ist zwar in den letzten Jahrzehnten eher rückläufig. Doch dies wird dadurch ausgeglichen, dass sich das politische Engagement für Frauen und der Kampf gegen ihre Benachteiligung mittlerweile zu einem Querschnittsthema entwickelt haben, das in zahlreichen Zusammenhängen zur Sprache kommt.

Das Schlüsselwort heißt „Gender Mainstreaming“, gemeint ist damit der Geschlechterbezug als strategisches Prinzip, als Orientierung, die in den Mainstream der politisch-pädagogischen Bemühungen gehört. Damit ist gefordert, wie es in der offiziellen bundesdeutschen Definition heißt, „bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vornherein und regelmäßig zu berücksichtigen, da es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt“ (siehe die deutsche Website zur GM-Strategie: www.gender-mainstreaming.net).

In der politischen Jugendbildung der Volkshochschulen ist diese Orientierung aufgenommen und zum festen



Bestandteil der Arbeit gemacht worden. Gender Mainstreaming gehört zu den Leitprinzipien von Planung, Durchführung und Auswertung von Projekten und Veranstaltungen. Sowohl in den Einrichtungen als auch im Verband wurde die Strategie in den vergangenen Jahren implementiert.

Nach gemeinsamer Vereinbarung gilt für die Einzelveranstaltungen der Volkshochschulen in der politischen Jugendbildung:

- dass nach finanzieller Möglichkeit die Dozententeams der Einzelveranstaltungen paritätisch zusammengesetzt sind, um bei einer Benachteiligung von Mädchen oder jungen Frauen im Kursgeschehen eine getrennte Fortsetzung der Veranstaltung zu ermöglichen.
 - dass innerhalb der beschriebenen Dozententeams darauf geachtet wird, dass gleichberechtigt gearbeitet wird, damit es vor allem keine geschlechtsbezogenen Tätigkeitszuschreibungen gibt. Ziel dieser Maßnahme ist, dass die Kursleitung in jeder Hinsicht für die Jugendlichen eine Vorbildfunktion einnimmt.
 - dass alle angebotenen Veranstaltungen wenn möglich auch immer die unterschiedlichen Perspektiven der Geschlechter berücksichtigen und thematisieren sollen.
 - dass die planenden pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Volkshochschulen darauf achten, dass Dozentinnen und Dozenten in den Einzelveranstaltungen Kompetenzen in gendersensibler Bildungsarbeit mitbringen und ihnen ggf. Fortbildungen im Rahmen der Volkshochschule, der Landesverbände oder des DVV angeboten werden.
- dass die Ausschreibung und das Programm der Einzelveranstaltungen auf die verschiedenen Lebenswelten der Geschlechter Rücksicht nehmen.

Alle Veranstaltungen haben dabei immer im Blick, die Strategie Gender Mainstreaming zu einem umfassenden „Diversity-Konzept“ weiterzuentwickeln und zu öffnen. Auch bei Veranstaltungen, die sich nicht explizit mit dem Thema Gender oder Benachteiligungen von Minderheiten auseinandersetzen, sollen im Rahmen der Möglichkeiten die Unterschiede der Geschlechter und die spezielle Situation von Minderheiten und Benachteiligten thematisiert werden. So können die Veranstaltungen dahingehend wirken, das erlernte Rollenverhalten und andere Machtverhältnisse aufzubrechen und weisen die Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf die Vielfalt der Perspektiven und Lebenswelten in einer sich ständig wandelnden Gesellschaft hin.

„Girls World – Boys World“

Bei den unterschiedlichen Lebenswelten von jugendlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Kursen zum Nachholen von Schulabschlüssen im Zweiten Bildungsweg setzte die mehrmonatige, aufwändige Veranstaltungsreihe „Girls World – Boys World“ der VHS Bochum 2012 an. Gefördert im Programm „Globales Lernen in der Volkshochschule“ vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung beschäftigten sich die 22 jungen Teilnehmenden im Alter von 17 bis 27 Jahren mit dem Thema „Gender und Entwicklungsmöglichkeiten“ im globalen Kontext. Viele der Teilnehmenden hatten von dem Begriff Gender schon etwas gehört, konnten diesen aber nicht wirklich inhaltlich füllen. Somit

wurde zunächst im Rahmen eines Brainstormings alles gesammelt, was den Jugendlichen und jungen Erwachsenen dazu einfiel. Die gesammelten Äußerungen (Frauen über Männer, Männer über Frauen) enthielten alle nur erdenklichen Klischees: „Männer sind wehleidig“, „... denken nur an Sex“, „... drücken sich vor Pflichten“, „Frauen sind zickig, kauf-süchtig, pingelig“ – um nur einige wenige zu nennen. Aber es war nicht nur abwertend, ein Drittel der Angaben enthielt positive Elemente: „Männer sind beschützend“, „... können sensibel sein“, „Frauen sind geduldig, kreativ“. Schnell erkannten die Teilnehmenden: Man kann nicht alle über einen Kamm scheren!

Durch die Bearbeitung von unterschiedlichen Texten näherten sich die Projektbeteiligten dann dem Thema und befassten sich mit den unterschiedlichen Rollenbildern, mit Rollenverhalten, -klischees und -stereotypen. Gleichzeitig beschäftigten sie sich mit der Definition von Gender und mit den einschlägigen Fachbegriffen, auch mit der Geschichte des Kampfes um Gleichberechtigung. Dies schloss die Auseinandersetzung mit den Rechtsgrundlagen weltweit ein – mit der Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen, mit den Verlautbarungen auf europäischer Ebene, mit den Grundrechten im Grundgesetz und mit den Landesregelungen in Deutschland, so mit dem „Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land NRW“ vom 21. April 2009. Weiterhin diskutierten sie über Fragen der Gleichberechtigung – so etwa die Umsetzung von Gender Mainstreaming und die Frauenquote in den westlichen Industriegesellschaften und in den Ländern des Südens. Die jungen Leute stellten fest, dass die verschiedenen Kulturen und Traditionen in der Entwicklung von Gender eine große Rolle spielen.

Einem brisanten Thema wandten sich die jungen Männer und Frauen mit der Frauenbeschneidung zu. Das Thema, das hin und wieder in den Medien aufgegriffen wird, führte zu hoher Betroffenheit im Teilnehmerkreis. Anhand von Filmdokumentationen, Kartenmaterial und Internetrecherchen erarbeiteten die jungen Frauen und Männer die kulturellen und

religiösen Hintergründe dieses frauenverachtenden, lustfeindlichen Brauchtums. Und sie gingen der Frage nach, warum international für verbindlich erklärte Menschenrechte im Alltag oft unbeachtet bleiben und auch in Europa Frauen noch keine wirkliche Sicherheit vor solchen Angriffen auf ihre körperliche Unversehrtheit besitzen.

Die Veranstaltungsreihe setzte auf die Erarbeitung von einzelnen Themen in eigenständigen Projekten der jungen Leute. Erstellt wurde etwa eine Seminarzeitung mit Definitionen, Interviews, eigenen Anschauungen und graphischen Darstellungen, mit der die jungen Leute am Wettbewerb der Bundeszentrale für politische Bildung „Von Karrierefrauen und Quotenmännern“ teilnahmen. „... Was haben die Bundesrepublik Deutschland und Indien gemeinsam?“, „... Gegensätze ziehen sich an“ oder „Gleich und Gleich gesellt sich gern ...“ hießen Beiträge in der Zeitung, die – ansprechend journalistisch gestaltet – der Vorstellung des Projekts und der Projektbeteiligten diente. Mit Unterstützung eines theaterpädagogischen Teams hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, das Erarbeitete und Erlernete im Improvisationstheater umzusetzen. Nach anfänglicher Scheu, vor den anderen Kursteilnehmenden auf die Bühne zu gehen, arbeitete die Projektgruppe intensiv und begeistert mit. Sie entwickelte szenische Sequenzen, die am Tag der Abschlusspräsentation des Projektes vor einem breiten Publikum aufgeführt werden sollten.

Vielfalt der Praxis

Auch abseits solch besonderer Projekte ist das Thema Geschlechtergerechtigkeit im Angebot des Programmbereichs Zweiter Bildungsweg (ZBW) der Volkshochschule Bochum fest verankert. Hier wird berücksichtigt, dass sich Lebens- und Berufswirklichkeit von Frauen und Männern in vielerlei Hinsicht unterscheiden. Grundsätzlich werden die Belange des Gender Mainstreaming in alle Prozesse der Schulabschluss-Lehrgänge des ZBW einbezogen. Genderbezogene Lehr- und Lernformen werden eingesetzt

und sensibilisierte Dozentinnen und Dozenten leiten die Angebote. Der Aspekt wird in den eingesetzten Arbeitsmaterialien berücksichtigt und auch in allen berufsqualifizierenden Modulen.

Die Schulabschlusslehrgänge des ZBW der Volkshochschule Bochum werden von Jugendlichen und jungen Erwachsenen besucht, die aus unterschiedlichen Bildungszusammenhängen und Lebenswelten kommen. Festzustellen ist, dass immer mehr männliche Jugendliche ohne Abschluss im ZBW ihre Chance sehen, eine Qualifizierung zu erlangen und im Durchschnitt weniger junge Frauen in den Kursen vertreten sind. Um dieser Situation Rechnung zu tragen – und im Hinblick auf die neueren Befunde zu der Frage, ob Jungen die Bildungsverlierer unserer Zeit sind –, hat die VHS besondere Initiative ergriffen. Neben der gezielten Förderung junger Frauen steht auch geschlechterreflektierende Jugendarbeit – Thema: Jungensozialisation – auf der Tagesordnung, da die Erfahrungen in den letzten Jahren die dringliche Notwendigkeit der Bearbeitung so genannter sozialer Jungenprobleme angezeigt haben. Die heutige

Arbeitswelt erfordert, dass Menschen unterschiedlichen Geschlechts, ethnischer und sozialer Herkunft zusammenarbeiten und gemeinsam handlungsfähig sind. Dies bedeutet auch, die Verschiedenheit der Geschlechter durch die bewusste Wahrnehmung eigener Rollenbilder und Rollenverständnisse und der vorhandenen Ressourcen kreativ zu nutzen. Es gilt, überkommene Rollenklischees zu überdenken und Möglichkeiten für zukünftiges partnerschaftliches Zusammenleben und -arbeiten zuzulassen.

„Man muss die Teilnehmenden ansprechen, wann immer es geht“

Sozialpädagogin Ute Vielhaber-Jesse zur Gender-Bildungspraxis in der VHS Bochum

DVV: Ist es heute leichter geworden, Bildungsveranstaltungen zur Frage der Geschlechtergerechtigkeit durchzuführen?

Vielhaber-Jesse: Bei den Bildungseinrichtungen, bei den pädagogischen Fachkräften gibt es natürlich eine bewusste Entscheidung, das Thema in den Blick zu nehmen; auch in der Gesellschaft findet man





allgemein eine höhere Sensibilität. Aber man trifft auch immer wieder auf ganz traditionelle Rollenvorstellungen, so etwa auch zum Teil bei den Teilnehmenden in den Schulabschlusskursen des Zweiten Bildungswegs (ZBW). Dort melden sich z.B. auch junge Männer an, die konservative Rollenklischees im Kopf haben und es selbstverständlich finden, dass das Verhältnis der Geschlechter nach ihren Vorstellungen geregelt wird. Sie wissen dann für sich genau, was Frauen zusteht oder welche „Frauenarbeiten“ sie als Männer nicht zu übernehmen brauchen...

DVV: *Können Sie denn Menschen mit solchen rückwärtsgewandten, oft fest gefügten Vorstellungen erreichen?*

Vielhaber-Jesse: Man muss die Teilnehmenden ansprechen, wann immer es geht. Wir im Zweiten Bildungsweg haben ja den Vorteil, dass Jugendliche und junge Erwachsene kontinuierlich als Teilnehmerkreis der VHS vor Ort sind, dass dann eben auch in den Schulabschlusskursen solche Fragen regelmäßig zur Sprache kommen und sich einschlägige Auseinandersetzungen aus der Gruppensituation ergeben. Das wird den jungen Leuten nicht aufoktroziert. So etwas kann sich immer ergeben, es kann bei familienpolitischen Fragen, beim Wahlverhalten, aber auch bei der Beschäftigung mit Arbeitswelt und Wirtschaftspolitik der Fall sein. Das verstehen wir eben unter dem Querschnittsthema Gender.

DVV: *Das setzt natürlich eine Qualifizierung Ihres pädagogischen Personals voraus.*

Vielhaber-Jesse: Ja, unser Team befindet sich in einem ständigen Prozess der Konzeptentwicklung, wobei wir uns auch daran orientieren, was in der fachlichen Debatte an neuen Entwicklungen stattfindet oder was in anderen Feldern, z.B. der Arbeitswelt, läuft. In Unternehmen, in betrieblicher Bildung und Beratung hat sich ja in den letzten Jahren eine Menge getan. Hier findet das Thema ganz neue Aufmerksamkeit und hier müssen sich junge Menschen darauf einstellen, dass Gender Mainstreaming eine Leitlinie ihres späteren Berufslebens wird.

DVV: *Gender ist aber bei Ihnen nicht nur ein Querschnittsthema, das eigens darauf zugeschnittene Veranstaltungen überflüssig macht?*

Vielhaber-Jesse: Nein, wir bieten auch eigene Bildungsprojekte dazu an. „Girls World – Boys World“ ist ja ein Beispiel dafür, wie wir so etwas realisieren – natürlich nicht immer in dieser aufwändigen Form. Neben dem projektorientierten Lernen, welches kontinuierlich den Unterricht begleitet, haben wir eine Projektwoche durchgeführt, die sich explizit mit dem Rollenverständnis und der Rollenzuschreibung bei Männern und Frauen auseinandersetzt. Ein besonderer Schwerpunkt war in diesem Kontext das Erarbeiten neuer, partnerschaftlicher Kommunikationsformen. Das Thema gewaltfreie Kommunikation spielte hier ebenfalls eine Rolle, aber auch ganz alltägliche Fragen danach, wie die Geschlechter ihr Verhältnis von Beruf und Familie regeln. Wir hatten dazu ein Ehepaar eingeladen, das Rede und Antwort stand: sie Kopftuchträgerin, die berufstätig war, er war als Hausmann zuhause geblieben und kümmerte sich um die „Familienarbeit“. Das war ein Aha-Erlebnis für die Teilnehmenden. Wir haben viel gelernt – und viel gelacht. Das ist eben unsere Stärke, dass wir nicht Unterricht nach Schema F machen, sondern mit vielen Dingen experimentieren können, gegenseitig unsere Erfahrungen austauschen und voneinander lernen.

Die Sozialpädagogin Ute Vielhaber-Jesse ist im Team der Schulabschlusskurse im Zweiten Bildungsweg der VHS Bochum tätig.

Kontakt:

Ute Vielhaber-Jesse
 Stadt Bochum
 SchulabschlussPlus /Junge VHS
 Baarestraße 33
 44793 Bochum
 Tel. 0234 910 - 1529
 E-Mail: UVielhaber@bochum.de
 Internet: www.vhs-bochum.net

I will
be
heard!

Partizipation statt Zuschauerdemokratie!



SOS



Unterwegs zum „Demokratieführerschein“

Junge Menschen für die Demokratie zu interessieren, sie an kommunalpolitische Zusammenhänge und Entscheidungsabläufe heranzuführen und so die Distanz zum „politischen System“ zu überwinden, zumindest zu verringern – wie geht das? Wenn die Zielgruppe eher in einem benachteiligten Stadtgebiet lebt, der Anteil an Zuwanderern über dem ortsüblichen Durchschnitt liegt und die Schulbildung zu wünschen übrig lässt, gelten die Voraussetzungen gemeinhin als ungünstig. Dann ist die Rede von „bildungs-“ oder „politikfernen“ Bevölkerungsgruppen, mit denen sich Politik und Pädagogik schwer tun. Dass das Unterfangen dennoch klappen kann, zeigt mittlerweile eine ganze Reihe von Projekten an Volkshochschulen. Das Stichwort heißt „Demokratieführerschein“ (nähere Informationen zum Projektansatz im Netz unter: www.demokratiefuehrerschein.de).

Beim Stichwort Führerschein denkt man an theoretische und praktische Prüfungen, mit denen die Anwärter ihre Verkehrstauglichkeit unter Beweis zu stellen haben. Ganz falsch ist die Assoziation nicht, aber in der außerschulischen Bildung geht es natürlich anders zu als bei Fahrschulen und staatlich beglaubigten Prüfungen. Das Vorgehen der Volkshochschulen bei diesen Workshops orientiert sich grundsätzlich an der Projektmethode. Jugendliche sollen ihre ei-

genen Interessen und Anliegen zur Sprache bringen und daraus ein Vorhaben entwickeln, das sie dann in einem überschaubaren Rahmen (die VHS rechnet mit 30 „Unterrichtseinheiten“) bearbeiten. Das schließt einen dialogischen Themenfindungs- und kollektiven Entscheidungsprozess ein. In ihrer eigenen Gruppe müssen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer also bereits lernen, wie man demokratische Spielregeln praktiziert, um mit ihrem Anliegen dann nach außen, in den lokalpolitischen Raum hinein, als Akteure des demokratischen „Spiels“ zu wirken.

Der Bildungsprozess orientiert sich im Besonderen an dem Dreischritt Wissen – Urteilen – Handeln, der aus der Tradition der Jugendverbandsarbeit kommt. Als Erstes muss auch hier gelernt werden, was Stand der Dinge ist, welche „Verkehrsordnung“ in der Kommunalpolitik gilt. Aber es ist Sache der Jugendlichen selbst, das benötigte Wissen zu recherchieren, zu sortieren, auszutauschen, anzuwenden – jeweils in dem Umfang, wie er für die schrittweise Realisierung des Projektziels sinnvoll ist. Als Zweites geht es darum, Urteilsbildung anhand unterschiedlicher Positionen wie konkreter Situationen in der Anwendung zu erproben und zu diskutieren. Gelegenheiten zur Wahrnehmung und Präsentation unterschiedlicher Positionen, zu Diskurs, Argumentation, Aushandlung und Entscheidung gibt es im Projekt immer wieder, wobei natürlich auch die Rolle der Medien für die öffentliche und eigene Meinungsbildung thematisiert



wird. Drittens sollen Handlungsoptionen gewonnen und ausprobiert werden. Das von den Jugendlichen gewählte Vorhaben soll ja so weit vorangetrieben werden, dass sie selbst zu Akteuren ihres Anliegens in einer „Echtsituation“ werden. Das kann eine Diskussion mit Entscheidungsträgern, das Vorbringen eines Bürgerantrags oder eine gesellschaftliche Eigeninitiative sein. Wichtig ist, dass das Unternehmen einem „Realitäts-Check“ unterworfen wird, um den Ernstcharakter der Projektsituation, aber auch die realen demokratischen Möglichkeiten junger Bürgerinnen und Bürger deutlich zu machen.

Mit der Präsentation bzw. Dokumentation und einem gemeinsamen Auswertungsgespräch (zusätzlich gibt es auch einen Multiple-Choice-Test – so viel Ähnlichkeit zur Führerscheinprüfung muss sein) erwerben die Beteiligten dann den Demokratieführerschein. Dieser ist nicht nur ein schön gestaltetes Blatt Papier der Bildungseinrichtung. Das Projekt wurde nämlich durch einen Beirat begleitet, dem neben Praktikern und Wissenschaftlern auch je eine Vertretung des Westdeutschen Handwerkskammertages und der Vereinigung der Industrie- und Handelskammern angehörten. Der Führerschein stellt also ein Zertifikat dar, das von wichtigen Einrichtungen der beruflichen Bildung beglaubigt ist. So kann auch die „non-formale“ politische Bildung, die sich vom „formalen“ Bildungsbetrieb der Schulen und Hochschulen dadurch unterscheidet, dass hier nicht für Noten und

Prüfungen gelernt wird, eine Art Abschlusszeugnis ausstellen. Sie bleibt dabei ihren Prinzipien der Freiwilligkeit, Mitbestimmung und Offenheit des Bildungsprozesses treu und berücksichtigt gleichzeitig die Tatsache, dass Jugendliche heute immer stärker auf die beruflichen Konsequenzen ihrer Bildungsbemühungen achten (müssen) – eine Notwendigkeit, die gerade für die Gruppe der so genannten Bildungsbenachteiligten gilt. Dass solche Jugendlichen anhand politischer Themen lernen können, Kompetenzen wie Team- oder Konfliktfähigkeit zu entwickeln, die sich auch im Berufsleben nutzen lassen und deren Nachweis für das berufliche Fortkommen förderlich ist, macht eine zusätzliche Attraktivität des Angebots aus.

Das Konzept: Mitmischen!

Entwickelt wurde das Projekt im Rahmen der Initiative „demokratie leben“ der Landeszentrale für politische Bildung NRW vom Landesverband der Volkshochschulen als Kursangebot für Jugendliche und junge Erwachsene zur „Demokratiekompetenz“ und ging 2008 an den Start. Der „Demokratieführerschein – Der Führerschein zum Mitmischen in deiner Stadt!“ sollte das Interesse der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Kommunalpolitik wecken, sie in diese Thematik einführen und ihnen helfen, ihre politischen Anliegen zu erkennen, zu artikulieren, zu vertreten und – zumindest in Ansätzen – durchzusetzen.

zen. Dafür baut das Bildungskonzept darauf, dass Jugendliche anhand eines selbstgewählten Anliegens kommunalpolitische Zusammenhänge erfahrungs- und handlungsgestützt kennenlernen.

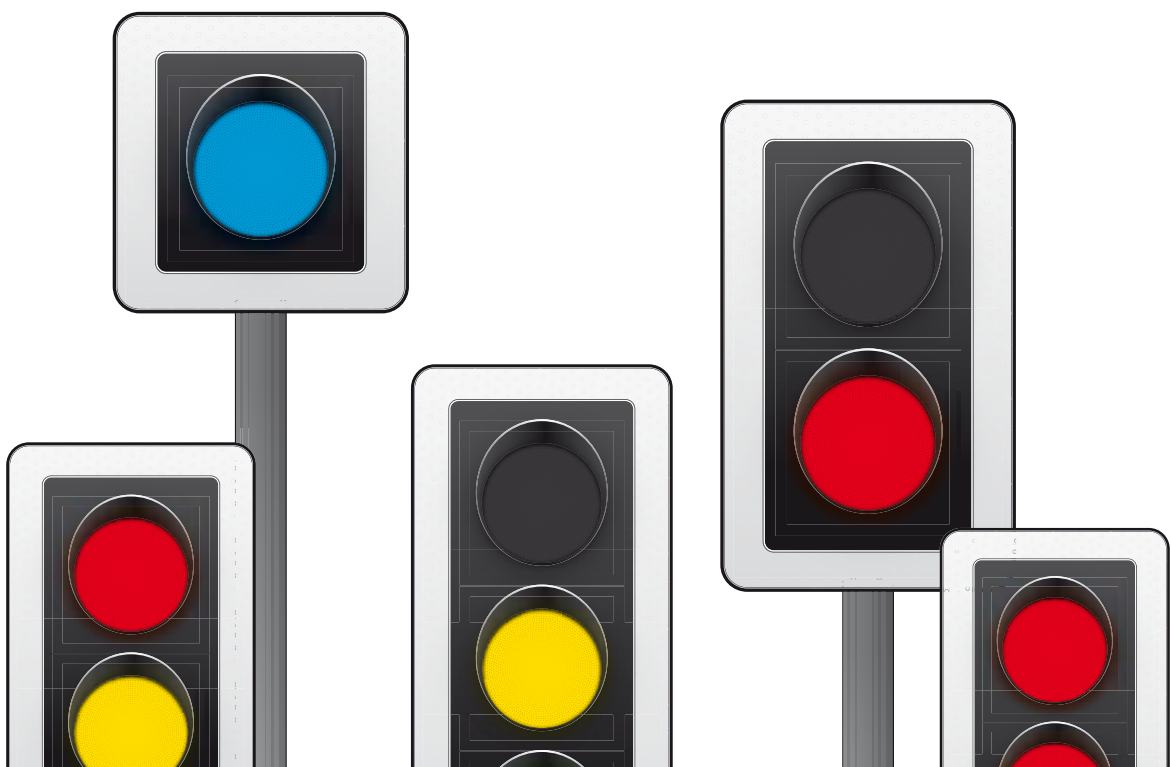
Der Reader zum Demokratieführerschein ist vom Deutschen Volkshochschul-Verband neu aufgelegt worden und kann dort gegen Portogebühren bestellt werden. Weitere Informationen unter www.materialien.politischejugendbildung.de

Um auf die verschiedenen Interessen und Bedürfnisse der jugendlichen Teilnehmenden, auf ihren Wissensstand, ihre Lerngeschwindigkeit und die sich jeweils einstellende Gruppendynamik flexibel eingehen zu können, wurde das Curriculum inhaltlich offen und didaktisch flexibel angelegt. Es gibt den Rahmen für sechs Bausteine (so genannte Module) und sorgt damit auch für eine Vergleichbarkeit der unterschiedlichen Projekte, vor allem im Blick auf den zu vergewöhnenden standardisierten „Führerschein“. Zugleich ist es prozessoffen, damit den Interessen und den Voraussetzungen der Jugendlichen Rechnung getragen werden kann.

- Modul 1: Lebenswelt Stadt/Gemeinde/Arbeitsplatz. Hier geht es zunächst um die Fragen: Wie sehe ich meine Stadt oder Gemeinde? Welche

historische Entwicklung kenne ich? Was stört mich? Wo würde ich mich gerne einmischen? Wer lebt hier und wie? Wem gehört die Stadt?

- Modul 2: Demokratie – Ich mache mit!? Einschlägige Fragen lauten: Wie funktioniert Kommunalpolitik und welche Politikfelder gibt es? Dazu zählen viele Bereiche wie Arbeit, Wirtschaft, Soziales, Jugend, Menschenrechte oder Umweltschutz. Um mitmischen zu können, sollte man außerdem gewisse „Strukturen“ verstehen.
- Modul 3: Verhandeln und Reden. Sprache ist das A und O, wenn man gehört werden will. Man sollte also wissen: Wie und unter welchen Bedingungen werden Interessen ausgehandelt? Welche Sprache ist wann angemessen? Wie kann man Konflikte bearbeiten und dabei seine Ziele erreichen?
- Modul 4: Demokratie-Kompetenz oder Politisches ABC. In der Politik stehen immer aktuelle Themen auf der Tagesordnung. Diese zu kennen, ist wichtig für die eigenen Interessen. Warum – das wird hier gelernt. Und: Wie kann ich mich einbringen und diese Themen nutzen? Welche Rolle haben die Medien und wie nutze ich sie für mein Anliegen?
- Modul 5: Meine Fragen an die Politik – Gespräch mit Mentor/-innen. Im Mittelpunkt stehen fol-



gende Fragen: Welche Werte bestimmen politisches Handeln? Was bedeutet Kommunalpolitik im Rahmen der Globalisierung? Warum ist die „kommunalpolitische Arbeit“ wichtig?

- Modul 6: Demokratie-Perspektiven. Der Kurs soll nicht nur ein interessantes Erlebnis ermöglichen, sondern für die Teilnehmer auch später von Nutzen sein. Deshalb wird ein gemeinsamer Blick in die Zukunft gewagt: Welche Möglichkeiten der Mitbestimmung gibt es sonst noch? Woher bekomme ich Informationen? Was will ich noch wissen?

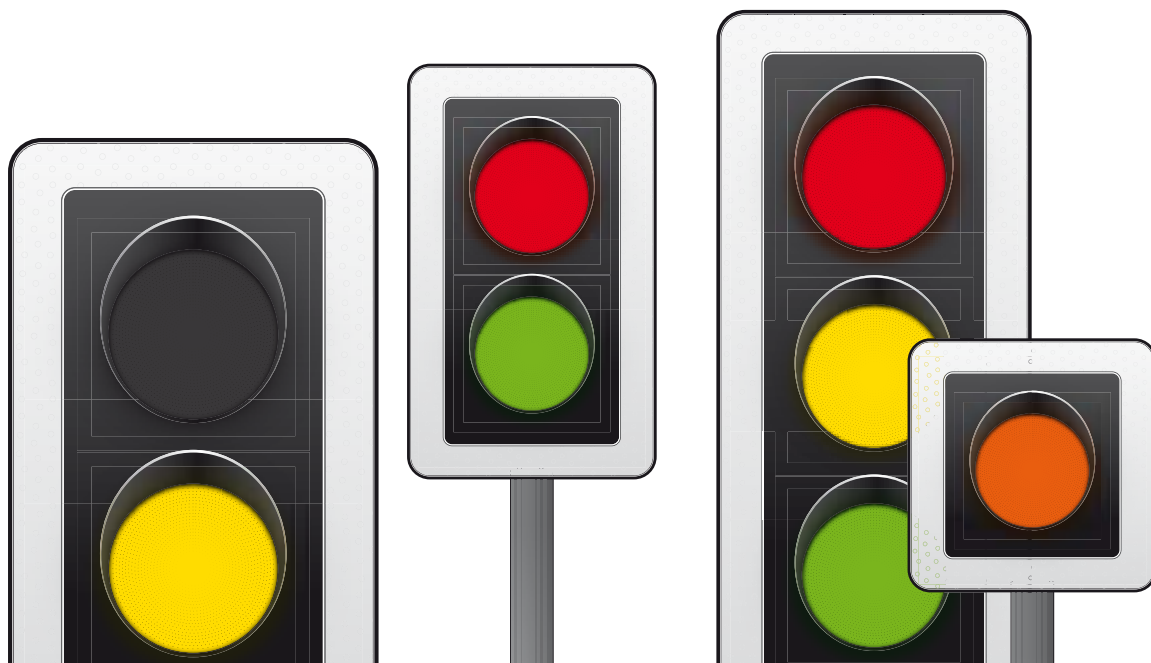
Vielfältige Erfahrungen

Das Projekt startete 2008 an fünf Volkshochschulen in Nordrhein-Westfalen. Pilotstandorte waren die VHS Nordkreis Aachen, die Bergische VHS, die VHS Essen, die VHS Herten und die VHS Münster. Es gab zugleich eine Begleitung von fachwissenschaftlicher Seite, die sich mit den Chancen, Schwierigkeiten und Wirkungen befasste. Die neue Idee stieß demnach auf eine hohe Resonanz: Anhand offener Ausschreibungen und in Zusammenarbeit mit Schulen wurden erfolgreich Teilnehmerinnen und Teilnehmer geworben, davon hatten übrigens 40 % einen Migrationshintergrund. Die fachwissenschaftliche Auswertung bescheinigte dem

Gesamtprojekt dabei einen durchschlagenden Erfolg. Bemerkenswert war die große Zufriedenheit der jugendlichen Teilnehmer mit dem Ablauf. So sagten die allermeisten, dass im Projekt eine „gute Stimmung“ geherrscht habe, „respektvoller Umgang“ oder „gute Zusammenarbeit“ bestimmend gewesen seien.

Wichtig für das Lernen im Rahmen des Projekts: Von den Teilnehmenden wurde es als effektiver wahrgenommen, als es meist in der Schule möglich sei. Als Kompetenzgewinn nannten die Teilnehmenden vor allem „Moderieren“, „Kompromisse eingehen“ und „politisches Handeln beeinflussen“. Interessant sind diese Aussagen vor dem Hintergrund, dass die Jugendlichen als Eingangsmotivation für ihre Teilnahme zu 84 % „Spaß haben“, zu 78 % „interessante Leute kennenlernen“ sowie zu 64 % „meine Situation auf dem Ausbildungs-/Arbeitsmarkt verbessern“ nannten. Das änderte sich im Laufe der Projekte. Am Ende waren 48 % der Meinung, dass sie sich künftig „sicher“ politisch engagieren werden. Die offenen Methoden, so das Ergebnis der Evaluation, hätten die Motivation erhöht bzw. dazu geführt, dass aus einem „Reinschnuppern“ Interesse an aktivem Mitmachen wurde.

Heute können die Volkshochschulen festhalten, dass sich die positiven Erfahrungen aus der Startphase voll und ganz bestätigt haben. Mittlerweile wird das



Projekt „Demokratieführerschein“ an zahlreichen VHS-Standorten umgesetzt. Es liegen vielfältige Erfahrungen mit unterschiedlichen Möglichkeiten zum Mit- und Einmischen junger Menschen vor. Da werden der Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit samt kommunalpolitischer Reaktion thematisiert (VHS Soest), die Wahlen zum Kinder und Jugendparlament vorbereitet (VHS Castrop-Rauxel), die Neugestaltung von Jugendtreffpunkten in Angriff genommen (VHS Köln), die Einrichtung eines kommunalen Jugendausschusses (VHS Höxter-Marienmünster) oder eines Jugendbüros (VHS Bad Driburg, Brakel, Nieheim und Steinheim) betrieben.

Einen Einblick in die konkrete Praxis können Beispiele aus Lingen (Ems) vermitteln. Jugendliche setzten sich hier für den Ausbau von Freizeitangeboten ein und überzeugten die Verantwortlichen im Rat und in der Verwaltung von ihrem Anliegen. Die Ausgangslage: Drängende Enge auf dem Abenteuerspielplatz mit Begegnungszentrum im Stadtgebiet Goosmannstannen, am Rande Lingens gelegen. Hier leben viele Migrantinnen und Migranten aus arabischen Staaten, zunehmend auch aus Osteuropa. Die Infrastruktur ist überschaubar, es gibt kein Lebensmittelgeschäft, keine Gaststätte und der letzte Kiosk hat auch schon vor Jahren geschlossen. Eigentlich existiert in der Nähe nur der Abenteuerspielplatz mit dem Ein-Raum-Begegnungszentrum. 50 bis 70 Kinder, Jugendliche und Erwachsene geben sich täglich die Klinke in die Hand, nur ein ausgeklügeltes Belegungssystem verhindert das Chaos. Ein Integrationskurs der VHS steigert die Enge zusätzlich.

Aufgrund dieser Lage war die Entscheidung der Jugendlichen, sich im Rahmen des „Demokratieführerscheins“ mit der Situation in ihrem Begegnungszentrum zu befassen, nur logisch: Sie erarbeiteten ein Konzept für ein Begegnungszentrum, das den Bedürfnissen der Nutzerinnen und Nutzer entspricht. Der Kurs fand 2011 statt. Zu Beginn war die Skepsis der Jugendlichen groß: „Das wird nichts, auf uns hört ohnehin niemand, unser Ruf ist so schlecht“, fand Gino (15 Jahre). „Ein Anbau kostet Geld, das die

da oben für uns nie aufwenden werden“, war sich Mahmoud (16) sicher. „Wir können unsere Zeit auch sinnvoller nutzen“, rebellierte Mohammed (17). Die Ermutigungen von Daniel Sielaff, Sozialpädagoge im Begegnungszentrum, führten dann aber doch dazu, dass eine Gruppe von neun Jugendlichen zwischen 14 und 20 Jahren das Seminar besuchte und gemeinsam eine Präsentation über die aktuelle Situation und ihre Wünsche erstellte. Groß war dann die Überraschung, als an der Abschlusspräsentation sowohl der Oberbürgermeister der Stadt als auch Vertreter dreier Ratsfraktionen teilnahmen und sichtlich beeindruckt waren. Gleich wurden die nächsten Umsetzungsschritte ins Auge gefasst: die Vorstellung des Vorhabens im Jugendhilfeausschuss, ein Gespräch mit der Stadtkämmerin, die Abstimmung in den Fraktionen, die Einbeziehung des Planungsamts.

Nach dem Kurs geht's weiter

Die Idee des „Demokratieführerscheins“ ist es, Jugendliche zum weiteren Mitmachen zu ermuntern und zu befähigen. Mit dem Kursangebot soll das Interesse an Politik geweckt werden, die Teilnahme soll Ausweis einer Kompetenz sein, die dann auch im späteren Leben eine Rolle spielt. Dass die politischen Bildungsangebote der Volkshochschulen Konsequenzen haben sollen, kann aber auch bedeuten, dass man in die Verlängerung gehen muss. In Lingen z.B. wurde das Demokratieführerschein-Angebot im darauffolgenden Jahr wiederholt. Der Ausbau des Begegnungszentrums, der 2011 erfolgen sollte, verzögerte sich nämlich wegen Konflikten um die institutionelle Zuständigkeit. Auch dies war eine Lehrstunde anderer Art für die Jugendlichen: Beschlüsse und Umsetzung müssen viele Hürden überwinden. Noch am Abschluss des ersten Kurses zeigten die Jugendlichen Einsatz und engagierten sich durch öffentliche Aktionen für „ihren“ Abenteuerspielplatz.

Das war dann auch der Anlass für den zweiten Kurs, der im Herbst 2012 in Lingen startete. Es bildete sich dazu eine feste Gruppe von fünf Mädchen und vier Jungen. Die Besonderheit war, dass sich die neuen



Kursteilnehmenden von den Älteren informieren – und auch motivieren – lassen konnten, einen solchen Versuch zu starten. So entstand, alles in allem, ein kontinuierliches Engagement Jugendlicher in eigener Sache: Sie kümmerten sich um „ihr“ Begegnungszentrum und überließen nicht einfach den Zuständigen aus Kommunalpolitik, Verwaltung und von den Trägern die Entscheidung, was an Freizeitmöglichkeiten angeboten werden soll. Ob das vor Ort jeweils zum vollen Erfolg führt, ist dabei natürlich offen. Aber für die Jugendlichen sind die gesammelten Erfahrungen wichtig und nicht zuletzt der Erwerb des „Führerscheins“. Sie haben ihr Engagement gezeigt und ihre Kompetenzen erweitert.

Kontakt:

Jürgen Blohm
 Volkshochschule Lingen
 Am Pulverturm 3
 49808 Lingen (Ems)
 Tel. 0591-91202-300
 E-Mail: j.blohm@vhs-lingen.de
 Internet: www.vhs-lingen.de

Iris Witt
 Landesverband der Volkshochschulen von NRW e.V.
 Bismarckstr. 98
 40210 Düsseldorf
 Tel. 0211-54214118
 E-Mail: witt@vhs-nrw.de
 Internet: www.demokratiefuehrerschein.de



Stadt – Land – Quartier





„Heimaten“: ein Thema für die politische Jugendbildung

Die Lebensphase Jugend gilt seit Ende des 19. Jahrhunderts, seitdem sich die moderne Industriegesellschaft flächendeckend durchgesetzt hat, als eine im Prinzip prekäre, störungsanfällige, dringend der Aufsicht bedürftige Größe. Die damals entstandene Jugendpflege widmete sich dem Problem der Verwahrlosung, dem Auftrag der Versittlichung und dem Schutz der Jugend vor schädlichen Zivilisationseinflüssen. Die sich etablierende Entwicklungspsychologie richtete das Augenmerk auf die vielfältigen Brüche und Barrieren, die das Hineinwachsen der jungen Generation in die Erwachsenenwelt begleiten oder behindern. Auf der anderen Seite stellte sich eine Jugendbewegung auf, die etwa in Form des Wandervogels explizit die Autonomie der Jugend zum Programm erhob: „Lass doch der Jugend, der Jugend, der Jugend ihren Lauf...“

In der heutigen außerschulischen Jugendbildung sind die paternalistischen Tendenzen passé. Es geht nicht mehr darum, Jugendliche im Sinne eines prohibitiven Jugendschutzes vor dem Schmutz und Schund des modernen Kulturbetriebs zu bewahren, Jugend als Schonraum von der Gegenwartsgesellschaft abzusichern oder die Exklave einer pädagogischen Provinz zu pflegen. Aus der Tradition von Jugendpflege, -arbeit und -psychologie hat die moderne Bildungsarbeit aber die Notwendigkeit übernommen, die Identitätssuche junger Menschen zum Thema zu machen. Für Jugendbildung ist das eine Aufgabe, die auf die Mündigkeit ihrer Adressatinnen und Adressaten abzielt und die nicht darauf hinausläuft, diese auf ein bestimmtes, von außen vorgegebenes Leitbild einzuschwören.

Die Frage nach der eigenen Identität hat natürlich viele Facetten, es geht um die kulturelle, ethische oder sexuelle Dimension, es geht um das Verhältnis zum



eigenen Körper, zur Herkunft oder zur sozialen Umwelt. Bei den sozialen Aspekten kommt die politische Jugendbildung ins Spiel. Es geht um „Heimaten“ – verstanden nicht als Sammlung und Verklärung geographischer Einzelheiten, also einer nostalgisch ausgerichteten Heimatkunde, sondern als die Frage „Bin ich hier am richtigen Platz?“ Zum Thema wird gemacht, wie Jugendliche in ihrer sozialen Umgebung – in Stadt, Land und Quartieren der Großstadt – eine politische Identität entwickeln können und welche Bildungsprozesse ihnen dabei helfen, sich als Akteure und nicht als passiver Teil eines sozialen Ensembles zu verstehen.

Mein Quartier

Die künstlerisch-kreative Beschäftigung mit der eigenen Rolle im lokalen Zusammenhang kann dabei einen ersten Schritt darstellen. Ob Fotografie, Theater, Musik oder Graffiti – durch Verbindung mit Kunst





können Jugendliche einen leichteren Zugang zur Politik vor Ort finden. Erfahrungen mit der Nutzung von künstlerischen und medialen Methoden für den Zugang zum Thema hat zum Beispiel die VHS Oberhausen gesammelt. „Mein Quartier“ – unter diesem Titel wurden dort 2012 junge Menschen für einen Fotografie-Workshop angesprochen, in dem auch die Themen Stadtplanung, Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung auf den Tisch kamen. Hier ging es um die Rolle, die die Jugendlichen in der Stadt einnehmen. So „eroberten“ sie ihr Quartier mit den Mitteln der Kunst und eigneten es sich auf diese Weise neu an. Anhand von Fototouren durch Quartiere der Großstadt wurden gemeinsam Stadterleben und Lebensumgebung entdeckt und besprochen. Vierzig Fotos aus dem Kurs wurden im Rahmen der großen Ausstellung „At Home“ in der Ludwiggalerie im Schloss Oberhausen gezeigt, in der das örtliche Museum einen Blick durch das Schlüsselloch, ins Private von Menschen aus dem Ruhrgebiet warf. Ein Foto schaffte es sogar in den großen Ausstellungskatalog.

Ziel des Kursprogramms war es, dass die Jugendlichen ihre eigene soziale, politische und räumliche Lebensumgebung definieren, sie mit vielfältigen Möglichkeiten in den Blick nehmen und einen Bezug dazu finden. Sie thematisierten Kritisches und Gewünschtes und formulierten eigene Anforderungen an die Politik. „Über die Kunst finden die Jugendlichen eine Sprache, um sich auszudrücken“, betont Dr. Gesa Reisz von der VHS Oberhausen. „Sie fangen an, die Stadt als ihre Stadt wahrzunehmen und begreifen sich selbst als Akteure – als Bürgerinnen und Bürger, die sich einbringen können. Damit überwinden sie eine erste Schwelle zu politischer Beteiligung.“ Die Angebote der VHS sind prinzipiell ergebnisoffen. Ein Thema wird gestellt – wie es konkret angegangen und aufbereitet wird, dabei lässt die VHS den Jugendlichen große Freiheit. Für 2013 ist bereits eine Jugendredaktion geplant: Jugendliche sollen eine lokale Jugendredaktion für Text, Bild und Film gründen, um zu thematisieren, welche Orte und Kulturmöglichkeiten für sie in Oberhausen existieren.

Regionale Identitätssuche

Auch in einem Projekt der VHS Marzahn-Hellersdorf ging es um „Heimaten“ in der Großstadt – und auch hier wurde mit dem Mittel Fotografie gearbeitet. „Selbstinszenierung und fotografische Experimente“ hieß ein fünftägiges Angebot 2012, das bei den 14- bis 18-jährigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine Reflexion über die eigene Identität, über Selbst- und Fremdwahrnehmung und die individuelle Positionierung zum soziokulturellen Lebensumfeld anregen wollte. In einem einführenden theoretischen Teil wurden Begriffe wie Identität und Selbstinszenierung geklärt und anhand von Beispielen zeitgenössischer Fotografie veranschaulicht. Darüber hinaus machten sich die Teilnehmenden mit dem Medium Fotografie – von der Dokumentation bis zur Inszenierung der Wirklichkeit einschließlich experimenteller Möglichkeiten – an konkreten Beispielen der Ausstellung „Geschlossene Gesellschaft“ zur künstlerischen Fotografie in der DDR 1949-1989 in der Berlinischen Galerie vertraut. In dem darauf folgenden Praxisteil konnte der Blick auf sich selbst und den Anderen an verschiedenen Orten in der Stadt fotografisch umgesetzt und der kreative Prozess durch die Aneignung von Fotolaborkenntnissen bis zum Endergebnis selbst gesteuert werden.

Ähnliche Ansätze verfolgte die VHS auch mit Angeboten zu Themen wie „Politik in der Gegenwartskunst“ oder „Öffentliche Intervention“. Beim ersten Workshop konnten die beteiligten Jugendlichen anhand von künstlerischen Vorbildern – von Joseph Beuys bis Ai Weiwei – Formen einer öffentlichen Inszenierung studieren und für sich selbst adaptieren. Beim zweiten Angebot ging es um die Kultur des Öffentlichen sowohl in ihrer historischen Entwicklung als auch im Hinblick auf verschiedene theoretische Konzeptionen. Methodische Basis war auch hier wieder ein handlungsorientierter Ansatz, der Theorie und Praxis miteinander verband. Die Jugendlichen entwickelten eigene Ansätze von Intervention und Partizipation und erprobten diese durch eigene Aktionen im öffentlichen Raum.



Das Stadtbild verändern

„Wir haben eine Idee – wir möchten uns einbringen, teilhaben, das Stadtbild verändern durch die Gestaltung des öffentlichen Raums.“ So lautete das Motto von zahlreichen Veranstaltungen, die die VHS Suhl in den letzten Jahren durchgeführt hat. Einschlägige Titel lauteten etwa: „Gestalten und Mitgestalten“, „Meine Stadt und ich“, „Street Art“ oder „Aero Suhl“. Vor allem mit den beiden zuletzt genannten Projekten, die sich an junge Sprayerinnen und Sprayer oder Graffiti-Künstler bzw. -Interessierte wandten, erreichte die VHS zahlreiche Jugendliche und erregte auch in der Lokalpresse große Aufmerksamkeit. „Graffiti-Bunt gegen Beton-Grau“ hieß eine Schlagzeile in der Tageszeitung. Dort wurde ausführlich über das bunte Treiben der Kursteilnehmenden berichtet, wobei auch einiges von der Irritation der kommunalen Öffentlichkeit spürbar wurde, dass Jugendliche gewissermaßen das Heft in die Hand nahmen und das Stadtbild (mit-)gestalteten. Es wurden nämlich Betonwände an Plätzen, Straßen und öffentlichen Gebäuden mit farbenfrohen Wandbildern verziert – was sonst nur

heimlich und meist zum Ärger der „ordentlichen“ Bürger geschieht.

Das Street Art-Projekt mit jungen Sprayern hat die VHS bereits mehrmals erfolgreich durchgeführt. Ausgangspunkt war die Feststellung, dass junge Menschen im öffentlichen Raum wahrgenommen werden möchten. Dabei reiben sich oft tradierte Kunstvorstellungen und Sichtweisen von Jugendlichen aneinander. Kunst und Kultur spiegeln aber unsere Wirklichkeit wieder – bewusst oder unbewusst. So lautete der Standpunkt der VHS: Hier soll etwas mitgeteilt werden. Nämlich: Wir sind da und wir sehen die Welt anders. Hier muss man also miteinander ins Gespräch kommen – am besten anhand konkreter Arbeiten und Aktionen. In Suhl machten sich viele Partner dazu auf den Weg. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendhilfevereins Fähre e.V. und die VHS wollten bürokratische Hürden zur Seite schieben, wenn junge Menschen der Öffentlichkeit künstlerisch etwas zu sagen haben. Die pädagogisch Verantwortlichen waren von den kreativen Potenzialen junger Leute überzeugt, die oft viel unmittelbarer als etablierte Künstler auf die



Verwerfungen ihrer Zeit reagieren. Und es ging ja nicht nur um ein paar neu gestaltete Wände, sondern um das Bewusstmachen von stadtgestalterischen Vorgängen als einem langwierigen Prozess.

Eine Besonderheit des Projekts war, dass Leute jeden Alters zum Mit-Erleben der Kunstaktion eingeladen waren. Ziel war es, der Lebenswelt der Jugendlichen, dem „jungen Suhl“, in der schrumpfenden und überalterten Stadt öffentliche Aufmerksamkeit zu geben. Man sah die Gruppe der Sprayer „bei der Arbeit“, wie sie sich untereinander berieten, um eine gute Lösung zu finden. Es war ein Abenteuer und Experiment, allerdings mit intensiver Vorbereitung. Monate vorher wurde bereits in kleinen Gruppen über ein bildhaftes Konzept diskutiert und man näherte sich gemeinsam einer Lösung. Über die konkrete Gestalt wurde dann in letzter Konsequenz erst vor Ort entschieden. Das war spannend, für die Akteure wie für die Zuschauer. Natürlich konnten alle Interessenten in Workshops das Graffiti-Gestalten auf vorbereiteten Leinwänden ausprobieren oder Holzarbeiten unter Anleitung von Holzgestaltern in Angriff nehmen. Und wichtiger als das Produkt war

das gemeinsame Tun, die Möglichkeit, ins Gespräch kommen. Kunst, Musik, Rap und Bratwürste passten gut zusammen!

Ohne die Hilfe von Partnern wäre ein solches breit gefächertes Vorhaben nicht zu steuern gewesen. Neben der VHS und dem Jugendhilfeverein waren hier zahlreiche Unterstützer beteiligt. Das Kulturamt der Stadt mit der Galerie und der Sternwarte organisierten mit. Unterstützer waren die evangelische und katholische Kirche, die Jugendklubs, der Stadtjugendring, eine Gerüstbaufirma und andere Initiativen sowie engagierte Einzelpersonen. Das zeitgeschichtliche Museum zeigte Interesse an den Produktionen und Ideen der jungen Sprayer. Alles das macht auch deutlich, wie die Volkshochschule im lokalen und regionalen Verbund als wichtiger Partner wahrgenommen wird, so dass sie ihre Ermunterung junger Menschen, die Möglichkeiten des sozialen Umfelds zu nutzen, glaubwürdig an den Mann und die Frau bringen kann.



Kontakt:

Gotthard Hänisch
VHS Marzahn-Hellersdorf in Berlin
Mark-Twain-Str. 27
12627 Berlin
Tel. 030-902932584
E-Mail: gotthard.haenisch@ba-mh.verwalt-berlin.de
Netz: www.vhs-marzahn-hellersdorf.de

Dr. Gesa Reisz
Volkshochschule Oberhausen
Langemarkstraße 19-21
46045 Oberhausen
Tel. 0208-825-21 28
E-Mail: gesa.reisz@oberhausen.de
Netz: www.vhs.oberhausen.de

Dr. Margot Metzner
Volkshochschule Suhl
Ziegenbergweg 1
98528 Suhl
Tel. 03681-743119
E-Mail: margot.metzner@vhs-th.de
Web: www.vhs-suhl.de



Netzwelten und Netzgänger



Bildungsarbeit in der Mediengesellschaft

Ob in Privatleben, Berufswelt oder Schule – digitale Medien sind längst allgegenwärtig und prägen auch die Darstellung wie Wahrnehmung von Politik. Daher wird eine medienpädagogische Bildung Jugendlicher immer wichtiger, denn diese sind zwar im Gebrauch von Computern, Internet und nachfolgenden Innovationen meist technisch versiert, zeigen sich jedoch weniger kompetent, wenn es um das kritische Verständnis der medialen Aufbereitung von Realität und um den angemessenen sozialen Umgang mit den vielseitigen Werkzeugen geht. Von pädagogischer Seite wird immer wieder betont, dass hier durchaus ernst zu nehmende Gefahren wie Computerspielsucht, Belästigung in Chatrooms oder durch Cyber-Mobbing lauern. Ebenso weiß über die rechtliche Situation bei der Nutzung von Daten aus dem Internet kaum jemand wirklich Bescheid. Auch „Digital Natives“ – also die in einer digitalisierten Welt aufwachsenden Jugendlichen – sind eben oft „Digital Naives“. Ihre Geübtheit im technischen Umgang mit den neuen Medienwerkzeugen geht nicht unbedingt mit einem Bewusstsein für die dadurch entstehenden sozialen Folgen einher.

Die digitale Welt ist zudem längst zu einem Politikum erster Güte geworden. Die Mediengesellschaft, die „Mediokratie“, wie sie der Politikwissenschaftler Thomas Meyer nannte, bestimmt unübersehbar das politische Leben. Sie vermittelt für das Publikum den Zugang zur Politik und bietet eine Überfülle an politischen Informationen, die – scheinbar – zu einem allseitigen Informiertsein führt. Sie stellt aber auch für die Politiker einen entscheidenden Bezugspunkt dar. Und nicht nur das. Sie verändert das politische Geschehen selber. Sie zieht in die institutionalisierte Politik ein und verschafft der Zivilgesellschaft neue Aktionsformen und Aktionsfelder – E-Government oder Social Networking heißen einschlägige Stichworte. Andere Schlagworte, mit negativer Bedeutung, lauten „Überwachungsstaat“ oder „gläserner Bürger“.

Nicht zu vergessen ist der enorme Wirkungsgrad, den rechtsradikale und rechtspopulistische Propaganda über das Internet erreicht. Oft wird den social media eine per se demokratische Qualität zugeschrieben; die Arabellion, in der der Einsatz der globalisierten sozialen Netzwerke ein wichtiges Hilfsmittel darstellte, schien solche Hoffnungen zu bestätigen. Doch können das Internet, die Blogs, die zahlreichen elektronischen Mitteilungsdienste, die dem herkömmlichen Medienbetrieb den Rang abzulaufen scheinen, auch zur Verbreitung von Gegenaufklärung genutzt werden. Rechtsextremisten haben sich im Internet feste Bastionen erobert, propagandistische Manöver zur Desorientierung können leicht auf den Weg gebracht werden, und Verschwörungstheorien aller Couleur finden hier ihr ideales Milieu, ja machen das Worldwide Web zum Ort von globalisierten Stammtischparolen.

Peers vermitteln Medienkompetenz

Dass die neuen Medien gleichzeitig die pädagogische Welt verändern, machte das Projekt „Netzgänger“ deutlich, das die Franken-Akademie in Kooperation mit der Universität Bamberg und zwei Schulen 2009 startete (www.netzgaenger.org). Sein Untertitel lautete: „Peers vermitteln Medienkompetenz“. Jugendliche sollten nicht von Lehrern und Fachleuten, sondern von älteren Mitschülerinnen und Mitschülern unterrichtet werden, um die Vorbildfunktion dieser als medientechnisch kompetent wahrgenommenen „Peers“ (Jugendliche, die maximal drei bis vier Jahre älter sind) gezielt zu nutzen. Das Projekt basierte damit auch auf einer pädagogischen Erweiterung und Erneuerung, um die sich Volkshochschulen schon seit einiger Zeit bemühen, nämlich auf der Kooperation schulischer und außerschulischer Bildung.

Die Grundidee der Netzgänger besteht in Folgendem: Das Projektteam bildet Schülerinnen und Schüler höherer Jahrgangsstufen zu Multiplikatoren (Peers) an der teilnehmenden Schule aus. In einem zweiten Schritt führen die geschulten Peers das Netzgänger-Konzept bei den Jüngeren durch. Dabei werden sie

vom Projektteam unterstützt. Thematisch besteht es aus drei Bausteinen und einem Zusatzangebot:

1. Modul: Computer- und Online-Spiele
 - Zeitmanagement
 - Computer spielen: Mit Faszination, aber ohne Sucht
 - Mein Avatar und Ich: Eigene Stärken erkennen
2. Modul: Soziale Netzwerke
 - Kontakt mit Freunden und Internetfreunden
 - Selbstdarstellung im Internet
 - Kompetenter Umgang mit privaten Daten im Netz
3. Modul: Cyber-Mobbing
 - Cyber-Mobbing erkennen und vorbeugen
 - Respektvolle Kommunikation im Internet
 - Auf Kränkungen im Internet selbstsicher reagieren
4. Zusatzmodul: Technik & Recht
 - Technische und rechtliche Grundkenntnisse
 - Sich vor Betrug schützen

Außerschulische Bildung setzt Akzente

Wichtiger Impulsgeber des Projekts, an dem sich mittlerweile rund 30 Schulen beteiligt haben, war Schloß Schney, das Tagungs- und Bildungszentrum der Franken-Akademie. Der 2.500 Einwohner-Ort Schney ist ein Stadtteil der Kreisstadt Lichtenfels in Oberfranken. Als Mitglied des Bayerischen Volkshochschulverbandes und des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten ist die Franken-Akademie als unabhängiger Träger bereits seit fast 60 Jahren in der Jugend- und Erwachsenenbildung tätig. Sie startete die Kooperation mit der Universität Bamberg und stellte die Fortbildung der Peers durch Mittel des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP) über die Zentralstelle des DVV sicher. Die Akademie setzte auch da Akzente, wo es um die besonderen Chancen des außerschulischen Lernens ging. Der Bereich der so genannten non-formalen Bildung außerhalb des formalen Bildungsbetriebs ist ja durch die Prinzipien der Freiwilligkeit, Teilnehmerorientierung und Partizipation bestimmt.

Entsprechend trugen die Jugendlichen – wie die Akademieverantwortlichen in ihrer Projektreflexion festhielten – die Hauptverantwortung für das Gelingen der Veranstaltungsreihen. Somit war auch auf Seiten der Peer-Tutoren ein nicht zu unterschätzender Lerneffekt zu verzeichnen, da sie sich in Kooperation mit der Universität fachlich qualifiziert vorbereiten und in einer realistischen Ernstsituation bewähren mussten. Sie sammelten wichtige Erfahrungen für weitere Bildungsmaßnahmen und ihre berufliche Zukunft. Die Jüngeren zeigten sich oft begeistert. „Ich war vorher schon bei Facebook, aber jetzt werde ich wohl einiges ändern müssen“, lachte ein Siebtklässler, der gerade ein Chat-Gespräch geübt und sich dabei wacker geschlagen hatte. Doch auch die „Großen“ profitierten von dem Lernprozess: „Ich lerne hier noch genauso dazu“, betonte eine 18-jährige Teamerin der Oberstufe. Und die zuständige wissenschaftliche Mitarbeiterin der Universität Bamberg fügte hinzu: „Durch die Mitarbeit im Netzgänger-Projekt setzen sich auch die Peers intensiv mit den Merkmalen eines kompetenten Internetgebrauchs auseinander. Dabei stehen die Nutzung von Chancen, die Abschätzung von Risiken und die Vermittlung sozialer Kompetenzen im Vordergrund.“

Das Friedrich-Rückert-Gymnasium in Ebern, das von Anfang an am Netzgänger-Projekt mitwirkte, sorgte auch für eine breite mediale Resonanz der Projektergebnisse (www.frg-eborn.de). So gelang es den jungen Menschen, den bayerischen Rundfunk für ihre Auseinandersetzung mit dem Gesellschaftsproblem „Cybermobbing“ zu interessieren. Im Mai 2011 drehte ein Fernseherteam des BR im Eberner Gymnasium einen Beitrag über dieses Thema und das Engagement der Jugendlichen in eigener Sache. Dies war auch eine wichtige Erfahrung für die beteiligten Peers; sie erlebten, wie sich eigene Erfahrungen in die Öffentlichkeit bringen und dabei weitere Interessenten zum Mitmachen motivieren lassen.

Virtuelle Lebenswelten

Die City-VHS Berlin Mitte bietet regelmäßig Veranstaltungen mit Heranwachsenden und jungen Erwachsenen, in denen sie Medienbildung und

politische Fragestellungen unmittelbar miteinander verknüpft. Sie macht hierbei die wenig überraschende Erfahrung: Für fast alle Teilnehmenden sind PC und Internetzugang selbstverständliche, effiziente Instrumente der Information und Kommunikation, in einzelnen Kursen nutzt heute rund die Hälfte der Teilnehmenden Facebook für den privaten Austausch. Das Web 2.0 – also die Vernetzungs- und Interaktionsleistung der modernen Online-Kommunikation, mit der im Grunde der Siegeszug des Internets begann – ist für die junge Generation eine vertraute Größe. Der Konsum der einschlägigen Film- oder Musikangebote im Internet ist für die meisten eine Selbstverständlichkeit; auch die Spielerszene hat diese Möglichkeiten entdeckt, und Computerspiele werden heute weltweit vernetzt durchgeführt.

Die Kursangebote der Volkshochschulen setzen hier an. Sie wollen zeigen, dass das Netz ein „gewaltiges

Fenster nach außen“ sein kann, dass es kulturelle Diversität, soziale Kontakte oder politische Statements ermöglicht. Kursangebote der Berliner VHS heißen z.B. „Politisches Publizieren: Weblogs im Netz“ oder „Social Networking: Eigenöffentlichkeit oder Unterhaltung“. Diskussionsplattformen im Netz sollen hier als konkrete Möglichkeiten einer politisch-sozialen Intervention erfahren werden. Auf einem Blog veröffentlichte Texte, Fotos, Songs oder Videos können denjenigen eine Stimme geben, die sonst kaum eine Sprache im öffentlichen Raum finden. Wichtig ist hier gerade der Schritt über die privat-persönliche Kommunikation, über Klatsch und Tratsch hinaus.

Wenn es gelingt, Jugendliche auf diesem Weg mitzunehmen, führt dies zur Beteiligung an einem argumentativen, dialogischen Austausch. Für die außerschulische Jugendbildung ist hier natürlich von zentraler Bedeutung, den Teilnehmerinnen und



Teilnehmern nicht nur kognitiv solche Möglichkeiten bekannt zu machen, sondern sie in praktische Teilhabeprozesse einzubeziehen und Eigenproduktionen zu entwickeln. Jugendliche erarbeiten Präsentationen und Produkte. Sie haben die Möglichkeit, anhand ihrer Resultate, die sie auch einer kleineren Öffentlichkeit von Mitschülerinnen und Mitschülern, Freunden, Verwandten vorführen, ihre Lernprozesse zu überprüfen. Noten und Zeugnisse, also fremdbestimmte Bewertungsmaßstäbe, stehen nicht am Ende solcher Bildungsbemühungen. So werden z.B. Clips für YouTube in den Kursen produziert. Dabei geht es den Kursleitenden darum, die Jugendlichen zum Aufgreifen sozialer und politischer Themen zu ermuntern.

Aber auch bei Themenstellungen wie „Spielsucht & Netzabhängigkeit“ kommen die politischen und gesellschaftlichen Bedingungen der modernen Telekommunikation zur Sprache. Es ist nicht das Anliegen der Volkshochschulen, im Sinne des früheren Jugendmedienschutzes, der Jugendliche von bestimmten Inhalten der Massenkommunikation fernhalten oder abschirmen wollte, „prohibitiv“ zu agieren. Jugendliche Teilnehmende steigen in einen Kurs z.B. damit ein, dass sie ihre Lieblingsspiele oder Favoriten im Social Networking vorstellen. Die Reflexion beginnt damit, dass sie Bedingungen und Zwänge des Mitmachens zum Thema machen. Wichtig ist es auch, auf genderspezifische Momente zu achten, gerade bei Egoshoooter-Spielen oder in Chatrooms verfestigen sich Rollenklischees, was in den Kursen dann zur Diskussion gestellt wird. Mit der Offenlegung von Erlebtem und der Verbalisierung von Netzerfahrungen beginnt die Suche danach, welche politischen Vorurteile etwa über kulturelle Unterschiede kursieren, wo man sich ihnen angeschlossen hat, wo man zum Opfer entsprechender Ressentiments geworden ist und welche Gegenstrategien zur Verfügung stehen.

Man kann im Netz auch „Behördengänge“ absolvieren. Jugendliche an der VHS Berlin-Mitte werden angeregt, Ämter, Behörden und Verwaltungseinrichtungen im Netz zu besuchen und sich so ein eigenes Bild von dem zu machen, was mit dem Schlagwort

E-Government bezeichnet wird. Die Teilnehmenden begeben sich z.B. in die virtuelle Welt der Sicherheitsbehörden, der Bürgerämter und Jobzentren und bringen dort ein im Voraus bestimmtes „Bürgeranliegen“ (Ausstellen einer Unbedenklichkeitsbescheinigung, Auskunft über eigene Daten) vor. Bei den Veranstaltungen geht es stets auch um die Frage, was mit den Informationen des Einzelnen im Netz passiert. Wie kann sich die Gesellschaft vor einer extensiven Verwertung von persönlichen Daten schützen? Ist Datenschutz noch aktuell oder ein Ideal aus einer vergangenen Epoche? Indem die Volkshochschulen solche Fragen aufwerfen, stärken sie die öffentliche Debatte in einem Politikbereich, der oftmals dem Vorwurf ausgesetzt ist, der technischen Entwicklung hinterherzuhinken.

Neue Lernmethoden

Direkt auf politisches und soziales Lernen bezogen bietet das Netz natürlich auch zahlreiche Möglichkeiten. Für politisches, gesellschaftlich aktives Handeln gibt es viele Online-Präsenzen und Portale, Bildungslehrgänge und Informationsquellen. Oft werden sie auf Lernplattformen (LMS) angeboten. Sie setzen aber einen mehr als intuitiven Umgang mit Browsern, Wikis und LMS-Systemen voraus: Das Suchen, Interagieren, Dokumentieren und Verwerten muss eingeübt, Ergebnisse in den Lern- oder Aktionszusammenhang eingebracht und abschließend zur Präsentation eines Ergebnisses oder einer Veröffentlichung genutzt werden. VHS-Kurse besuchen z.B. virtuelle Lerngänge im Bereich der politischen Bildung oder testen Informations-Websites. Lernmethoden online werden gemeinsam erörtert. Denn für jeden Schwerpunkt der sozialen und politischen Intervention (Ökologie, gerechtes Teilen und Verteilen, Menschenrechte, Demokratie, Frauenemanzipation, Antirassismus...) gibt es zahlreiche Wege der gesellschaftspolitischen Beteiligung und ein reichhaltiges Angebot an Möglichkeiten, Beispielen und Hilfen im Netz.

Das Schlagwort vom Web 2.0 hat in den letzten Jahren die Runde gemacht. Immer wieder wurden damit



die Vorstellungen einer Revolutionierung des politischen Lebens oder des institutionalisierten Bildungswesens verbunden. Vieles davon war einer – auch von kommerziellen Interessen geleiteten – Netzeuphorie geschuldet. Doch ist für die Volkshochschulen eines klar: Das Worldwide Web ist elementarer Bestandteil jugendlicher Lebenswelten und damit auch ein wichtiger Bereich der politischen Jugendbildung. Chancen und Nachteile unterschiedlicher Medien und Instrumente sind jeweils im Lernprozess abzuwägen. Für die VHS Berlin Mitte lautete das Fazit im letzten Bericht Ende 2012 positiv: „Globale Instrumente wie das WWW können die vorhandene kulturelle Vielfalt der Migrationsgesellschaft zusätzlich entfalten und Toleranz fördern. Es geht dabei darum, bei der Zielgruppe der Jugendlichen eine persönliche und politische Identität in der Vielfalt der kulturellen Konsumgüter hervorzubringen und Diversität als gesellschaftliches Kulturgut zu pflegen.“

Kontakt:

Klaus Hamann
Franken-Akademie Schloß Schney e.V.
Schloßplatz 8
96215 Lichtenfels
Tel. 09571-9750-0
E-Mail: info@franken-akademie.de
Netz: www.franken-akademie.de

Christine Bartels
City-VHS Berlin Mitte
Linienstraße 162
10115 Berlin
Tel. 030- 9018 37413
E-Mail: Christine.Bartels@ba-mitte.berlin.de
Netz: www.city-vhs.de

Baumpflanzpartys und Bildung im Biotop





Umweltschutz und Nachhaltigkeit in der Jungen VHS

Internationale Vereinbarungen und Versprechungen haben zu Beginn des 21. Jahrhunderts den Ernst der Lage in Sachen Umweltschutz in vielfältiger Weise deutlich gemacht. Hier geht es wahrhaftig um Millenniumsziele, um weit reichende, globale Veränderungen, die ein Land oder eine Generation allein nicht schultern kann. Die vielen Felder, auf denen man tätig werden muss, vom Klimawandel bis zum Schutz von Flora und Fauna, die tief greifenden Schäden, die bereits eingetreten sind, von der atomaren Belastung der Kontinente bis zur Vermüllung von Meeren oder

Weltraum, die langen Zeiträume, in denen Verbesserungen nachhaltig zur Wirkung kommen – all das wirkt oft lähmend auf den Beobachter.

Der Sache nach beleuchtet es aber gerade die Dringlichkeit des Themas im politischen wie im pädagogischen Kontext. Insofern ist Umweltbildung heute eine vorrangige Aufgabe, deren Notwendigkeit auch in der Standortbestimmung des deutschen Volkshochschulverbandes „Bildung in öffentlicher Verantwortung“ (2011) hervorgehoben wird: „Die Volkshochschulen treten ein für ein nachhaltiges Lernen, das über Nahziele hinaus den Schutz der natürlichen Ressourcen und das Wohl der kommenden Generationen im



Blick behält. [...] Volkshochschulen halten es für ihre besondere Pflicht als öffentliche Einrichtung, Fragen wie die des Ressourcenerhalts, des Klimawandels sowie der Bildungs- und Generationengerechtigkeit auf der Agenda zu halten“.

Dabei gehört ökologische Bildungsarbeit eher zu den jüngeren pädagogischen Ansätzen. In der außerschulischen Bildung etablierte sie sich, nach Studentenprotest und antiautoritärer Revolte, im Zuge der Neuen Sozialen Bewegungen. In den 1970er Jahren wurden – so von Wolfgang Beer, der heute im Bundesausschuss Politische Bildung mitwirkt – konzeptionelle Grundlagen einer handlungsorientierten „Ökopädagogik“

entwickelt. In Westdeutschland wurde aus diesem zunächst rand- und widerständigen Engagement nach und nach eine anerkannte Bildungsaufgabe, die sich auf ein breites Geflecht von Organisationen und Initiativen stützt und einen eigenen Kreis von Experten herangezogen hat. In der DDR wurde das ökologische Engagement ebenfalls als oppositionelle Bestrebung verstanden, wobei von staatlicher Seite einige Versuche unternommen wurden, diese Bewegung zu domestizieren. Doch es entstanden, gerade unter dem Dach der Kirche, aktive Umweltgruppen, die auf die regionalen Probleme aufmerksam machten und auch eine wichtige Rolle bei der Entwicklung der DDR-Bürgerbewegung spielten.



Die ökologische Bildungsarbeit hat mit dem Beginn des 21. Jahrhunderts einen neuen Stellenwert erhalten. Seit der Konferenz von Rio (1992) mit ihrer Agenda 21 und den entsprechenden Folgekonferenzen werden Umweltschutz, Frieden und Entwicklung zunehmend als eine zusammenhängende Aufgabe verstanden. So gewinnt in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit, dem „globalen Lernen“, die ökologische Dimension an Bedeutung. Für den Status der Umweltbildung im Gesamtbereich der außerschulischen Bildung hat dies Konsequenzen. Ähnlich wie beim Querschnittsthema „Gender“, das seinen Ursprung ja auch in einer oppositionellen Bewegung hat, wird der ökologische Aspekt in die Befassung mit zahlreichen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen oder kulturellen Fragen eingebracht; man denke etwa an die Debatten über Lebensstile und Konsumgewohnheiten, über Wirtschafts- und Handelspolitik, über Forschung und Technologie. So eröffnet sich die Möglichkeit, über Umweltfragen in vielen Kontexten nachzudenken und sie zum Thema zu machen.

Ernährung, Fischfang, Klimaschutz, oder: Ist das Fischstäbchen noch zu retten?

Den Zusammenhang zwischen den eigenen Lebens- und Konsumgewohnheiten und globalen Zusammenhängen aufzeigen – das möchte etwa die Bremer Volkshochschule in ihren Bildungsangeboten. „Wir fragen nach unseren persönlichen Ernährungsgewohnheiten oder dem Umgang mit dem eigenen Handy und überlegen uns, was das mit Umweltzerstörung und mit den Lebensbedingungen von Menschen in ganz anderen Teilen der Erde zu tun hat“, erläutert Andreas Ebert, Verantwortlicher für den Fachbereich Politik, Umwelt und Naturwissenschaften der Volkshochschule. „Das dient dazu, die globalen Prozesse, die oft als anonyme, ungreifbare Vorgänge erscheinen, auf konkrete Zusammenhänge oder Interessenlagen zu beziehen und sie so der Reflexion, aber auch einer möglichen Veränderung zugänglich zu machen.“

Rund um die Themen Meer und Fisch drehte sich beispielsweise eine dreitägige Projektfahrt mit 14- bis 16-jährigen Jugendlichen im November 2012. Ausgehend von der Geschichte, der Gegenwart und der Zukunft des Fischereistandorts Bremerhaven wurden unter anderem Exkursionen in den Fischereihafen und



ins Aquarium im Museum Atlanticum unternommen. Unter dem Stichwort „Hightech auf den Weltmeeren“ lernten die Jugendlichen dort modernste Fischfangtechniken kennen. Auch das Thema Aquazucht wurde thematisiert. Beim Besuch des Seekochstudios wurde dann die Perspektive gewechselt – von den Weltmeeren in den eigenen Kochtopf. Nach einem Kochkurs zur gesunden Zubereitung von Seefischen konnten die Jugendlichen das leckere Fischbuffet genießen.

In Kooperation mit dem Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung und dem Klimahaus wurde schließlich der Bogen zur Erderwärmung gespannt. Die Wissenschaftler aus dem Institut erläuterten allgemeine und anthropogene Klimafaktoren – was der Klimawandel für den Lebensraum Wattenmeer vor der Haustür und für die Fischbestände weltweit bedeutet, wurde dann im örtlichen Erlebnis-Museum, dem Klimahaus, erkundet. Wichtig war es den Jugendlichen aber auch, zum Abschluss Handlungsoptionen zu diskutieren – und dies sowohl auf der individuellen als auch auf der politischen Ebene. Dr. Lutz Fischer vom Klimahaus ging auf die Umweltpolitik der Bundesregierung ein. Die Jugendlichen überlegten sich, was jeder einzelne tun kann, um die Klimabilanz zu verbessern.

Lernort Museum

Auch ein weiterer Workshop 2012 drehte sich rund um das Thema Ernährung; und auch hier bewährte sich das Klimahaus als interessanter Lernort und Kooperationspartner. „Hunger satt“ – unter diesem Titel forschten Jugendliche an mehreren Stationen im örtlichen Museum zur globalen Ernährungssituation. Am Beispiel des Tschad-Sees beschäftigte sich eine Kleingruppe so etwa mit den Ursachen und Auswirkungen schwindender Ökosysteme auf den Lebensraum und die Ernährungssituation der Menschen. In der Abteilung Ozeanien und Asien arbeitete ein anderes Team hingegen zum Thema „traditioneller Maisanbau“ und setzte sich dabei kritisch mit der Problematik von Biosprit auseinander. Kontrovers wurde es im Schau-magazin „Verzehr von Insekten – ein Nahrungstabu“. Verglichen wurden die Nährwerte von Fleisch und Insekten und diskutiert wurde die Frage, ob letztere als Nahrungsquelle für die Menschen weltweit dienen könnten. Die Zusammenstellung eines Rezepts

mit nahrhaften Insekten als Hauptzutat bot Anlass zu überprüfen, inwieweit sich die Anwesenden auf eine derartige Mahlzeit einlassen könnten. In der Abschlussrunde bewährte sich eine moderierte Show, in der die Gruppen die jeweiligen Ergebnisse präsentierten. Expertinnen und Experten aus den Bereichen Klimaforschung, Menschenrechtsarbeit, Biologie und Ökologie sowie ein Sternekoch fassten mit Hilfe ihrer Assistentinnen und Assistenten aus dem Publikum die Erfahrungen, Beobachtungen und Informationen zusammen. Nach einer lebhaft geführten Diskussion ließ sich festhalten, wie fruchtbar die Verbindung des Lernorts Museum mit einer Talkrunde sein kann.

Im Jahr zuvor bot die Bremer Volkshochschule ein ganzes Spektrum von Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche zum Thema Wald an. 2011 war von den Vereinten Nationen zum Internationalen Jahr der Wälder erklärt worden. Ziel war es, das Wissen um die Erhaltung und nachhaltige Entwicklung aller Arten von Wäldern zum Nutzen heutiger wie künftiger Generationen zu fördern und auf die besondere Bedeutung des Waldes und einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung auch im Rahmen der Bekämpfung der Armut und des Klimawandels hinzuweisen. Über 1.000 Aktionen fanden in ganz Deutschland rund um den Wald statt. Das Spektrum reichte von Bildungsveranstaltungen, Fachtagungen, Diskussionsforen bis hin zu Schulwettbewerben. Zum Jahresthema Wald gab es auch eine Abschlusskonferenz von dvv international, dem internationalen Institut des Deutschen Volkshochschul-Verbandes. Als Folge des Aufrufs an alle Volkshochschulen, sich am Internationalen Jahr der Wälder in Form von Veranstaltungen und Projekten im Rahmen des Globalen Lernens zu beteiligen, bilanzierte die Konferenz für 2011 95 Veranstaltungen.

Die Bremer Volkshochschule veranstaltete in Kooperation mit dem örtlichen Übersee-Museum Ferienprogramme, aber auch Führungen mit Schulklassen zum Thema „Wälder der Erde“. Hier sollten Kenntnisse über verschiedene Wald-Öko-Systeme, Nutzungsformen und Bedrohungsfaktoren vermittelt und auf die eigenen Handlungsmöglichkeiten übertragen werden. Insgesamt 140 Kinder und Jugendliche zwischen sieben und 14 Jahren nahmen an den Veranstaltungen teil. Bei den Ferienworkshops

„Regenwaldforscher unterwegs“ wurden zunächst grundlegende Abläufe im Ökosystem Wald behandelt. Bei einem Quiz und einer Fotorallye im Museumswald sollten die jungen Teilnehmenden selbständig Tiere und Pflanzen entdecken. Sie sammelten Anregungen über den Stockwerkaufbau und die Artenvielfalt des Regenwaldes, um dann im Werkraum ihr eigenes kleines Modell vom Regenwald im Schuhkarton zu basteln. Andere Veranstaltungen wie die Ferienworkshops „Frühling im Wald“ und „Herbst im Wald“ waren stärker auf den heimischen Wald bezogen und schlossen auch Exkursionen in die Natur im Bremer Bürgerpark mit ein.

„Lasst uns Millionen Bäume pflanzen...“

Auch die VHS Duisburg machte zum Internationalen Jahr der Wälder verschiedene Angebote. Unterstützt vom Amt für Umwelt und Grün der Stadt Duisburg und der Naturwerkstatt e.V. realisierte die VHS zum Internationalen Jahr der Wälder eine Reihe von „Waldakademien“. Die fünftägigen Veranstaltungen, die in Kooperation sowohl mit Jugendzentren als auch mit Schulen durchgeführt wurden, zielten darauf ab, das Umweltbewusstsein der partizipierenden Kinder und Jugendlichen zu fördern und diese zu motivieren, Verantwortung für die Umwelt zu übernehmen und Nachhaltigkeit in der Praxis umzusetzen. Im Vordergrund stand die ökologische Dimension des Waldes verbunden mit dem Aspekt Klimawandel. Dabei wurden insbesondere auch die Folgen des Klimawandels für die Länder des Südens und damit verbunden die Frage der Klimagerechtigkeit thematisiert. Über 120 Kinder und Jugendliche zwischen sechs und 20 Jahren nahmen an den Angeboten teil und auch die Eltern der Kinder und Jugendlichen wurden mit einbezogen.

Mit unterschiedlichsten Methoden wurde bei der Waldakademie gelernt. Eine Filmvorführung zum Ökosystem Wald wurde so ergänzt durch die Beobachtung lebendiger Käfer und Bergmolche. Mit einem Regenwaldkoffer konnten die Mädchen und Jungen die ursprüngliche Lebensweise indigener Völker kennenlernen und ein Quiz bot den Zugang zum Thema Klimagerechtigkeit. Selbstverständlich wurde bei der Duisburger Waldakademie aber auch im Freien gelernt. Teil des fünftägigen Programms war der

Ausflug ins Gelände – in diesem Fall der Duisburger Wald. Hier konnte die VHS auf die Unterstützung des zuständigen Försters zählen. Mit einer Karte, einem Fragenkatalog und einem Kompass ausgestattet beantworteten die Kinder und Jugendlichen bei einer Waldralle Fragen zum Thema Wald, Natur- und Umweltschutz. Anschließend konnten sie nach einer Einführung selbstständig den Waldboden erforschen. Und nicht zuletzt wurde dann auch direkt Hand angelegt. Über 400 Bäume pflanzten die Kinder und Jugendlichen. Im Anschluss an die Pflanzaktion wurde gemeinsam am Lagerfeuer bei einem kleinen Imbiss gefeiert. Diese „Baumpflanzparty“ stellte den krönenden Abschluss einer rundum gelungenen Aktion dar. Bei der Aktion lernten die Kinder und Jugendlichen, die gepflanzten Bäume zu benennen, ihren Nutzen für die Forstwirtschaft zu erkennen und den Boden als Lebensraum zu verstehen. Der Begriff der Nachhaltigkeit wurde nicht aus dem Lehrbuch doziert, sondern vor Ort gelebt. Die Leiter der Jugendzentren berichteten im Anschluss von der Begeisterung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und von der Entwicklung des Interesses an Umweltfragen. „Die Kids hatten dabei so viel Spaß, dass viele von ihnen ihren Bäumen eigene Namen gegeben haben und sie später auch besuchen wollen“, stellte Projektleiter Aydin Sayilan fest. Und auch die VHS wird ihr Engagement im Bereich Umweltbildung fortsetzen. Die jährlichen Duisburger Umwelttage im Sommer bieten einen Anlass dafür.

Kontakt:

Andreas Ebert
Bremer Volkshochschule
Faulenstraße 69
28195 Bremen
Tel. 0421 361- 3636
E-Mail: Andreas.Ebert@VHS-Bremen.de
Netz: www.vhs-bremen.de

Dr. Aydin Sayilan
VHS Duisburg
Steinsche Gasse 31
47051 Duisburg
Tel. 0203/283-3220
E-Mail: a.sayilan@stadt-duisburg.de
Netz: www.vhs-duisburg.de



Erinnerung lebendig halten





Historisch-politische Bildung zum Nationalsozialismus

„Jeder Fünfte unter 30 kennt Auschwitz nicht“, so titelten die deutschen Tageszeitungen anlässlich des Holocaust-Gedenktages 2012. Eine Forsa-Umfrage hatte ergeben, dass 21 Prozent der Erwachsenen zwischen 18 und 30 Jahren nichts mit dem Begriff Auschwitz anfangen konnte. Auf solch erschreckende Ergebnisse muss die Jugendbildung reagieren. Gleichzeitig fordert der demografische Wandel einen Wandel der Erinnerungskultur. Zum einen geht es dabei um das Älterwerden und Sterben der letzten Zeitzeugen des Nationalsozialismus. Zum anderen muss die Geschichtsbildung aber auch auf die Erfordernisse der Einwanderungsgesellschaft reagieren. Wie gelingt es, das Erinnern an die Geschichte des Holocaust lebendig zu halten? Mit vielseitigen Ansätzen zeigen die Volkshochschulen, dass dies möglich ist.

Das heutige Deutschland kann mit einer umfänglichen Erinnerungs- und Gedenkkultur aufwarten. Was in den ersten Jahrzehnten der Nachkriegszeit eher Mangelware war, findet sich heute in einem breiten Spektrum: Gedenkstätten und Denkmale, Stätten der Erinnerung an Täter- und Opfer-Orten, Hinweise an Gebäuden oder im Gelände, herausragende Orte wie das Holocaust-Mahnmal in Berlin oder unscheinbare Stolpersteine im Straßenpflaster zahlreicher Städte und Gemeinden. Neue Institutionen wie die ehemalige Zwangsarbeiter-Stiftung, die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, oder die zur Bildungsstätte umfunktionierte frühere NS-Ordensburg Vogelsang in der Nordeifel sind in den letzten Jahren hinzugekommen. Zudem bestehen umfangreiche Kooperationen mit ausländischen Einrichtungen und es werden regelmäßig bundesweite Gedenktage abgehalten.



Das Wachhalten der Erinnerung bedarf allerdings der konkreten, persönlichen Auseinandersetzung, sonst führen die offiziellen Gedenkstätten und -akte zu nicht viel mehr als einer staatlich inszenierten Geschichtspolitik, welche die dunklen Kapitel in den Annalen der deutschen Nation zur historischen Reminiszenz herabsetzt. Eine ernsthaft und konsequent betriebene historisch-politische Bildungsarbeit bringt eine Auseinandersetzung gerade auch über die Gründe und Triebkräfte der nationalistischen (Fehl-)Entwicklung auf den Weg, damit Jugendliche heute nicht – neben dem pflichtgemäß genossenen Schulunterricht – allein auf das massenmediale Ausschlachten der Zeitgeschichte, auf reißerische, desorientierende, ja geschichtsrevisionistische Aufbereitungen angewiesen bleiben oder innerlich unbeteiligt dem ‚Staatstheater‘ der Vergangenheitsbewältigung folgen.

Im Zentrum der historisch-politischen Jugendbildung stehen dabei Fragen nach den Triebkräften und Herrschaftstechniken des Nationalsozialismus oder nach dem Verhältnis von Gewalt und Gewaltfreiheit im Zeitalter moderner Nationalstaaten. Es soll das Bewusstsein dafür geweckt werden, dass in den offiziell der Gewaltherrschaft abschwörenden, hochrational organisierten Gemeinwesen unserer Breitengrade irrationale und destruktive Doktrinen hegemonial werden können, dass also unsere Zivilisation die Kräfte zu ihrer Pervertierung in sich barg – und birgt?

Spuren der Verfolgung

Neue Wege der historisch-politischen Bildung geht zum Beispiel die Volkshochschule Gelsenkirchen. Mit einer Gruppe von 17 Jugendlichen, allesamt mit Zuwanderungsgeschichte, wagte die Volkshochschule Gelsenkirchen ein anspruchsvolles Experiment: die



Verbindung der lokalen NS-Geschichte mit Methoden des Educachings. Beim Educaching geht es um die Verbindung von Erlebnispädagogik und politischer Bildung. Erstellt wird eine Art „moderne Schnitzeljagd“ – eine Route durch die Stadt mit mehreren Orten, die mit Hilfe eines GPS-Empfängers gesucht werden können. Für das Gelsenkirchener Projekt beschäftigten sich die Jugendlichen mit den Biografien von 13 Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, von Politikern und von Kirchenleuten aus ihrer Stadt nach 1933. Dabei stellte sich schnell heraus: Nicht alle Teilnehmenden wussten über die Verfolgung von Andersdenkenden im Nationalsozialismus Bescheid. Um ihr Wissen auch an andere Gelsenkirchener Bürgerinnen und Bürger weitergeben zu können, erstellten die Jugendlichen dann die Caches, die über die Stadt verteilt wurden. „Spuren der Verfolgung“ – so der Titel des Projekts – wurden im heutigen Gelsenkirchen verortet und festgehalten. Ergebnis ist eine Geschichts-Route durch den Gelsenkirchener Nordstern-Park, die Interessierte an die Orte von Widerstand und Verfolgung der Gelsenkirchener NS-Geschichte führen und das Leben der Opfer des Nationalsozialismus vor Ort erzählen.

Freilich war für die Umsetzung des Projekts zuvor eine umfangreiche Einführung in die Technik des Geocaching notwendig gewesen. Die Jugendlichen und begleitenden Erwachsenen hatten keinerlei praktische Erfahrung mit der Methode. Die Jugendlichen zeigten sich von der Arbeit mit den GPS-Geräten begeistert, waren allerdings weniger glücklich bei der Aussicht, sich über mehrere Stunden bei Schnee im Freien bewegen zu sollen. Zudem war auch zu klären, wer die Patenschaft für die Caches übernehmen sollte – schließlich müssen diese auch nach der Erstellung gepflegt werden. Deutlich wurde, dass wohnortnahe Stationen diese Aufgabe erleichtern können.

Die Educaching-Erstellung war Teil eines umfassenden Projekts der Volkshochschule in Kooperation mit „Arbeit und Leben“ (öAG DGB/VHS) und dem Institut für Stadtgeschichte in Gelsenkirchen. Die Informationen über das Leben der vorgestellten Gewerk-

Mobiles Lernen?!

Unter diesem Titel hat der Deutsche Volkshochschul-Verband (DVV) in Kooperation mit dem Gustav Stresemann Institut in Niedersachsen 2012 eine Fortbildung zur Erlebnispädagogik gestartet. Wer mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen Veranstaltungen zur politischen Bildung durchführt, arbeitet zumeist in geschlossenen Räumen oder an entsprechenden Lernorten. Welche Möglichkeiten dagegen bestehen, mit erlebnispädagogischen Methoden „draußen zu lernen“, demonstriert die Fortbildung am Beispiel Geocaching. Beim Geocaching werden mit Hilfe von GPS-Geräten so genannte Bildungsrouten geplant und „abgelaufen“. Dies bietet die Möglichkeit, ganzheitliche Bildungsangebote auch für politische Themen zu realisieren. Im November 2013 wird die Fortbildung fortgesetzt.

schafter stammen überwiegend aus den Akten der NS-Justiz. Im Rahmen der Kooperation wurde auch eine Ausstellung konzipiert, die 2013 zu sehen ist.

Gewalt gestern und heute

Ein groß angelegtes Projekt zur nationalsozialistischen Geschichte vor Ort führte auch die VHS Bremerhaven in Kooperation mit dem Kulturamt Bremerhaven, der Landeszentrale für politische Bildung Bremen und der Ortspolizeibehörde Bremerhaven durch. Rund um die Ausstellung „Polizei.Gewalt. – Bremerhavener und Bremer Polizei im Nationalsozialismus“, die vom 15. bis 28.11.2012 in der Volkshochschule Bremerhaven gezeigt wurde und 1350 Besucherinnen und Besucher anzog, fand ein breites Spektrum an Vorträgen, Lesungen und Seminaren statt. Die Ausstellung und das Rahmenprogramm standen im Kontext der Aktion „Wir in Bremerhaven für Respekt, Toleranz und Demokratie“. Ein besonderes Ziel war es dabei, auch die anzusprechen, die ansonsten lieber unbeteiligt bleiben.

Die Seminare im Rahmenprogramm verfolgten grundsätzlich den Ansatz, zur Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Machtstrukturen anzuregen. Aufbauend auf der historischen Reflexion der Entgrenzung der Polizeigewalt im Nationalsozialismus wurde die Rolle der Polizei im heutigen Rechtsstaat

thematisiert. Die Einzelprojekte der VHS wandten sich an ganz unterschiedliche Zielgruppen. Eine der zweitägigen Veranstaltungen wurde z.B. Polizei-beamtinnen und -beamten angeboten, die in den verschiedensten Aufgabenschwerpunkten (Schule, Prävention, häusliche Gewalt, Kriminalität von Jugendlichen) tätig waren; viele arbeiteten auch ehrenamtlich mit Jugendlichen. Dann gab es Teilnehmende aus Schulen – sowohl Jugendliche aus der gymnasialen Oberstufe als auch aus der Hauptschule wurden angesprochen. Für einige Jungen und Mädchen war dabei die konkrete Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Gewaltregime ein ganz neues Erlebnis. Bei einem anderen Kurs bestand der Teilnehmerkreis aus Soldaten, die ihren Wehrdienst ableisteten und in Bremerhaven an der Marineoperationsschule stationiert waren. Zunächst schien das Thema Gewalt die Gruppe nicht anzusprechen, sie schien ein verklärtes Bild von der Rolle militärischer Gewalt zu haben. Doch nach Eingewöhnung in das außerschulische Lernformat zeigte sich die Gruppe sehr offen und an der Diskussion interessiert.

Völkermord an Sinti und Roma

Bereits 2010 hatte die Volkshochschule Bremerhaven positive Erfahrungen damit gesammelt, eine Ausstellung zur NS-Geschichte mit Workshops zu verbinden, bei denen der aktuelle Bezug der Thematik zur Alltagswelt von jungen Menschen hergestellt wurde. Eingebettet in die Ausstellung „Der nationalsozialistische Völkermord an den Roma und Sinti“ des Kulturzentrums Heidelberg bot die VHS auch hier eine ganze Reihe an Veranstaltungen an. Kooperationspartner waren die Landeszentrale für politische Bildung Bremen und der Bremerhavener Sinti-Verein. Insgesamt sieben Workshops richteten sich explizit an Jugendliche. Über 200 Teilnehmende wurden erreicht. Dabei wurde mit ganz unterschiedlichen Methoden gearbeitet – von der Film- und Musikanalyse über das persönliche Gespräch mit Sinti-Vertretern bis zu szenischen Lesungen reichte das Spektrum der Möglichkeiten. Ziel der Workshops war es, vor dem Hintergrund der historischen Erfahrung den Blick der

Jugendlichen für Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit in der heutigen Zeit zu schärfen. Der Umgang mit Sinti und Roma in Deutschland und Europa war ebenso Thema wie die Alltagserfahrungen der Jugendlichen mit Rassismus und Antiziganismus. Viele der Teilnehmenden hatten einen Migrationshintergrund, und die meisten – ob mit oder ohne einen solchen Hintergrund – konnten von Diskriminierungserfahrungen berichten.

Die Beispiele aus Gelsenkirchen und Bremerhaven zeigen eines: Die außerschulische Jugendbildung ist für eine lebendige Erinnerungskultur unverzichtbar. Volkshochschulen erreichen mit ihren Formaten gerade auch diejenigen, die bislang nur bruchstückhaftes Wissen über die nationalsozialistische Vergangenheit Deutschlands besitzen. Sie setzen dabei insbesondere auf lokale oder regionale Bezüge und aktivierende Methoden. Die Geschichte von Straßennamen, Mahn- und Denkmälern, deren Bedeutung den Vorübergehenden oftmals nicht bekannt ist, werden ebenso erfahrbar wie die „kleinen Orte des Erinnerns“, an denen dem Leben ganz normaler Leute in ihrer Zeit gedacht wird.

Humanismus und Barbarei

Die Volkshochschule im Weiterbildungszentrum Ingelheim führt regelmäßig Seminare durch, die sich vom heimischen Standort in Rheinland-Pfalz fortbewegen und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf eine ungewöhnliche Reise in die neuen Bundesländer mitnehmen. Im Jahr 2012 ging es bei der Veranstaltung um das Kennenlernen von ausgewählten Stationen und Personen der deutschen Politik- und Geistesgeschichte, die sich mit dem Namen Weimar verbinden. Damit wollten die VHS-Verantwortlichen zur Auseinandersetzung mit den ethischen Grundlagen des deutschen Humanismus und seiner Perversion im Nationalsozialismus anregen und somit gleichzeitig zur Auseinandersetzung mit der Ambivalenz des menschlichen Sozialverhaltens beitragen. Dies sollte zur Schärfung eines

ethisch fundierten Bewusstseins und zum Wecken von sozialer Engagementbereitschaft führen.

Das Seminar nahm die Orte Weimar und Buchenwald zum Ausgangspunkt für seine Befassung mit der Polarität Humanismus – Barbarei. An den „Originalschauplätzen“, beim Besuch der Stadt und durch die Aufarbeitung ausgewählter Literatur von Goethe, Schiller und Lessing wurden die Ideale der deutschen Klassik herausgearbeitet, die vielfach als Synonym für den aufgeklärten Humanismus stehen. Der Besuch von Buchenwald konfrontierte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit der Barbarei des Nationalsozialismus, die auf erschreckende Weise verdeutlicht, wie dünn das Eis ist, auf dem sich die Menschheit in ihrem Bemühen um Humanität befindet. Diese Erfahrung gehörte zu den besonders beeindruckenden Erlebnissen für die teilnehmenden Jugendlichen. „Der Besuch dort war für uns Schüler kein einfacher, aber ein sehr wichtiger Tag, da sind wir uns einig.“ Das schrieb ein junger Teilnehmer über den Besuch in der Gedenkstätte.

Jährlich nehmen an den Fahrten der VHS nach Weimar und Buchenwald etwa 50 Jugendliche aus Ingelheim und Umgebung teil. Das Programm wird jeweils von zwei Gruppen à 25 Personen zeitversetzt durchgeführt. Im Vorfeld des Gedenkstättenbesuchs wird „Weimar im Nationalsozialismus“ thematisiert, in der Regel im Rahmen von alternativen Stadtführungen, bei denen die Schülerinnen und Schüler einander Bauwerke und Örtlichkeiten der Stadt, darunter einige mit Bezug zum Nationalsozialismus, erläutern und sich dabei gegenseitig geschichtliche Hintergründe klar machen. Durch den Besuch in Buchenwald ergibt sich dann, so das Resümee der VHS, ein „Erfahrungsraum, den Bücher nicht ersetzen können“.



Kontakt:

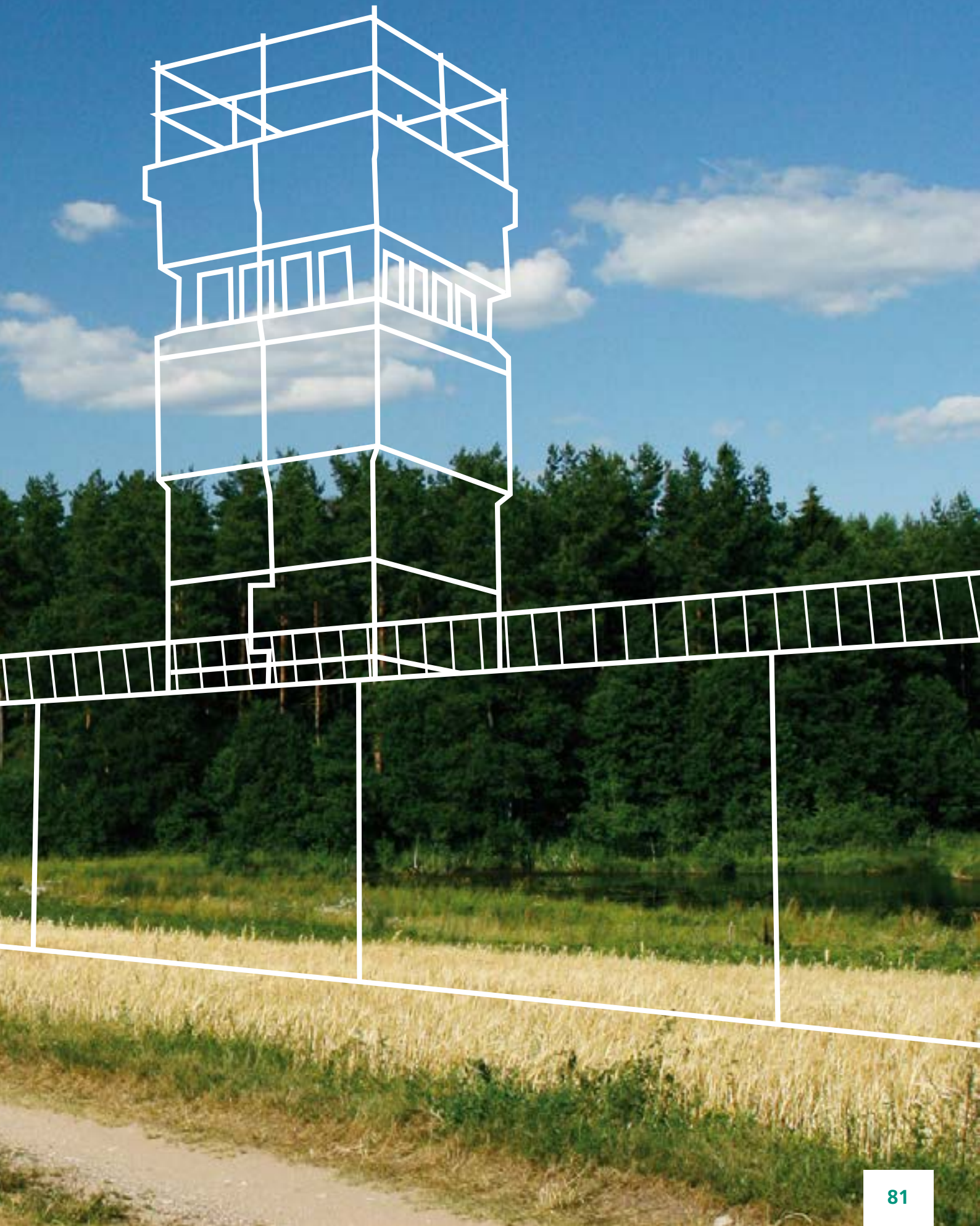
Jutta Redlich
VHS Bremerhaven
Lloydstr. 15
27568 Bremerhaven
Tel. 0471-590 4739
E-Mail: jutta.redlich@vhs.bremerhaven.de
Netz: vhs-bremerhaven.de

Brigitte Schneider
Volkshochschule Gelsenkirchen
Bildungszentrum
Ebertstraße 19
45875 Gelsenkirchen
Tel. 0209-1692422
E-Mail: brigitte.schneider@gelsenkirchen.de
Netz: www.vhs-gelsenkirchen.de

Dr. Florian Pfeil
Weiterbildungszentrum Ingelheim
Wilhelm-Leuschner-Str. 61
55218 Ingelheim am Rhein
Tel.: 06132/ 7900320
E-Mail: f.pfeil@wbz-ingelheim.de
Netz: www.wbz-ingelheim.de

Was hat das mit mir zu tun?





Historisch-politische Bildung zur deutschen Teilung

Kalter Krieg, SED, Mauerfall. Junge Menschen kennen diese Begriffe nur noch aus dem Geschichtsbuch. Wer heute 15 bis 20 Jahre alt ist, weiß aus eigener Anschauung nicht mehr, welche Rolle die West-Ost-Schnittstelle in Deutschland einmal für die Menschen hier und für die Welt überhaupt gespielt hat. Das heißt auch: Für Jugendliche rückt diese Phase der Zeitgeschichte mehr und mehr in den Hintergrund – in eine ferne Zeit, die sie sich nicht mehr vorstellen, geschweige denn politisch auf den Begriff bringen können. „Was hat das mit mir zu tun?“ war deshalb auch das Motto einer Veranstaltungsreihe des Deutschen Volkshochschul-Verbands (DVV) zum Thema „20 Jahre Friedliche Revolution 1989“ in den Jahren 2008 und 2009. Volkshochschulen im gesamten Bundesgebiet nahmen das Jubiläum zum Anlass, um neue Konzepte in der Beschäftigung mit der jüngsten deutsch-deutschen Vergangenheit zu entwickeln.

Für die außerschulische Jugendbildung ist das Thema hochinteressant: Ein reichhaltiger Fundus an Quellen und Erinnerungen liegt direkt vor der Tür. Eltern und Großeltern, Lehrerinnen und Lehrer, Nachbarn: Sie alle haben spannende deutsch-deutsche Geschichten zu erzählen. Projekte, wie sie die Volkshochschulen durchführen, können einen Rahmen bieten, diese Erinnerungen festzuhalten und sie in die allgemeinen politischen und gesellschaftlichen Vorgänge der Zeit einzuordnen. Eine besondere Chance besteht außerdem darin, junge Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem Osten und dem Westen zusammenzubringen. Volkshochschulen östlich und westlich der ehemaligen Grenze haben enge Kontakte geknüpft, die in gemeinsamen Projekten gemündet sind. Der Ost-West-Gegensatz – mit seinem Verlauf vom Kalten Krieg über die Entspannungsära bis zur erneuten Spannungsphase, die dann in der osteuropäischen „Wende“ ihren Schlusspunkt fand – wird so von ganz unterschiedlichen Seiten beleuchtet.





Ein sehr bewährter Praxisansatz ist das Lernen am authentischen Ort (vgl. auch Kapitel 8). Junge Leute gehen auf Spurensuche, indem sie an die konkreten Hinterlassenschaften des vergangenen politischen Zeitalters anknüpfen. Exkursionen zu den ehemals bedeutsamen Schauplätzen und Gebäuden, Besuche in Gedenkstätten, die Besichtigung von Mahnmalen oder landschaftlichen Ensembles – all das kann dazu dienen, ohne vorgeschaltete aufwändige Wissensvermittlung ein Stück weit auf Zeitreise zu gehen und so mit der historischen Reflexion den Horizont für die aktuellen Problemlagen zu erweitern. Wer etwa am konkreten Fall einen Eindruck davon erhält, was seinerzeit die Ära des Ost-West-Gegensatzes mit ihrer permanenten Weltkriegsdrohung bedeutete, wird auch besser die modernen Konfliktlinien einordnen können, die sich in West- und Osteuropa und in der globalisierten Welt aufgebaut haben.

Für das Verständnis dessen, was Diktatur und Demokratie ausmacht und was sie voneinander unterscheidet, übernimmt die außerschulische historisch-politische Bildung eine enorm wichtige Aufgabe: „Sie kann unabhängige, lebensweltbezogene Angebote entwickeln, die abseits der engen Lehrpläne eine aktive und persönliche Auseinandersetzung mit der Geschichte befördern“, betont Dr. Robert Grünbaum in seinem Vorwort der Dokumentation zu den VHS-Projekten „20 Jahre Friedliche Revolution“. Er ergänzt: „Das historische Lernen über die DDR in diesem Feld vermittelt den jungen Menschen so unverzichtbare Kompetenzen und bietet ihnen Orientierung in ihrer gegenwärtigen Lebenswelt.“

Popmusik in Ost und West

Was habt ihr eigentlich so gehört? Und wie war das mit der Westmusik? Mit einem ungewöhnlichen Ansatz regte die Kreisvolkshochschule Mansfeld-Südharz 2011 bei einem mehrtägigen Workshop die Auseinandersetzung der jugendlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit der deutsch-deutschen Geschichte an. „Zwischen Agitation und freier Meinung“ – so der Titel der Veranstaltung, bei dem die jungen

Menschen dem Musikmachen und Musikhören in der DDR nachspürten. Zielgruppe waren Fachober-schülerinnen und -schüler berufsbildender Schulen, also Jugendliche, für die die Geschichte der beiden deutschen Staaten schon in weitere Ferne gerückt ist, für die aber auch die musikalischen Produktions-, Dis-tributions- und Konsumbedingungen der 1960er bis 1980er Jahre kaum noch nachvollziehbar sind. Heute ist ja ein Musikstück eine mp3-Datei, die man sich, oft kostenlos, aus dem Internet herunterlädt und per Player überall abspielen kann. Dass die populäre (Ju-gend-)Musik einmal ein Zankapfel zwischen Staaten in Ost und West war, dass Platten geschmuggelt, Kassetten mühselig bespielt werden mussten, ist da kaum mehr nachvollziehbar.

Auch das Musikerleben in der DDR mutet von heute aus seltsam an. Einerseits garantierte der SED-Staat Lohn und Brot für ausgebildete Sänger und Instru-mentalisten, andererseits wurden Musikveröffent-lichungen zensiert, Kritik an Staat und Partei war unerwünscht. Wer sich dennoch kritisch artikulieren wollte, musste seine Texte verklausulieren. Das Er-gebnis: Während Komponisten stramme Propagan-dalieder schufen, bildete sich gleichzeitig eine rege alternative Musikszene. Angeregt von der US-Folk-Welle der 60er Jahre fand hinter dem Eisernen Vor-hang eine Liedermacherszene ein schnell wachsen-des Publikum. Und die DDR-Bürger fanden kreative Lösungen, wenn es darum ging, Musik zu verbreiten, die eigentlich unerwünscht war. Besonders in der Re-gion Südharz, auf DDR-Seite unweit der Grenze zu Niedersachsen gelegen, konnten die Menschen mü-helos Radio- und Fernsehsendungen aus der Bundes-republik empfangen und aufzeichnen. So kursierte viel Westmusik...

„Zwischen Agitation und freier Meinung“ – dazu erstell-ten die jugendlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der KVHS Mansfeld-Südharz zwei Radiobeiträge. Auf CD oder im Internet können die Beiträge als Diskussions-grundlage für Schulunterricht und für die außerschulische Bildung genutzt werden. Die Beiträge finden Sie unter www.materialien.politischejugendbildung.de

Die jungen Leute wandelten im Seminar – angelei-tet von Mitarbeitern des Radio Harz-Börde-Welle e.V. – auf den Spuren ihrer Eltern und Großeltern und setzten sich mit der seltsamen Gemengelage ausein-ander, in der sich das musikalische Leben der DDR zwischen Ost-Auftrag und West-Infiltration, zwis-chen kulturpolitischer Steuerung und alltagsprakti-scher Duldung befand. Die Befassung mit der zeit-geschichtlichen Realität verblieb aber nicht auf der theoretischen Ebene. Die Schüler und Schülerinnen erstellten im Rahmen des Projekts zwei Radiobeiträ-ge. Fokus der Beiträge: ein bewusster Vergleich zwis-chen den eigenen Musikgewohnheiten und denen der älteren Generation(en) im Blick auf die politischen Rahmenbedingungen. Die Ausstrahlung der Beiträge auf 92,5 radio hbw stellte einen gelungenen Ab-schluss der Workshops dar (siehe Kasten).

Prora im Spiegel der Zeit

Eine Exkursion zu einem besonderen Erinnerungsort bot die Kreisvolkshochschule Ludwigslust-Parchim, für den größten und bevölkerungsreichsten Land-kreis in Mecklenburg-Vorpommern zuständig, im Jahr 2012 für junge Menschen an. „Prora im Spiegel der Zeit“ hieß ein Seminar, das mit einer Fahrt zum gleichnamigen Seebad auf der Ostseeinsel Rügen verbunden war. Das Seebad wurde zwischen 1935 und 1939 geplant und in der Nazizeit nur zum Teil fertig gestellt. Es sollte später der NS-Organisation Kraft durch Freude (KdF) zur Verfügung stehen. Zur Zeit der SBZ und DDR wurden die weitläufigen Anla-gen in unterschiedlicher Weise, u.a. militärisch, ge-nutzt. In den 1980er Jahren waren in Prora bis zu 500 Bausoldaten, d.h. DDR-Kriegsdienstverweigerer, stationiert, die am Bau des in der Umgebung gelege-nen Fährhafens Mukran mitarbeiteten. Der südlich-ste Teil der Anlage stand Angehörigen von NVA und Grenztruppen als Erholungsheim und Ferienort zur Verfügung.

Das Seminar der KVHS, das sich an Schüler und Schü-lerinnen im Zweiten Bildungsweg richtete, machte die wechselvolle Geschichte dieses Baudenkmals zum



Thema. Zum Programm gehörten Gruppenarbeit zur DDR-Zeit (Bausoldaten in Prora) und eine Diskussion „Von der Wehrpflicht zum Freiwilligendienst“. Die Aufarbeitung zweier deutscher Diktaturen und die Vermittlung demokratischer Kompetenzen standen dabei im Mittelpunkt. Die Veranschaulichung

Im Schatten der Macht

Der programmatische Schwerpunkt zur DDR-Geschichte in der Jugendbildung hat an der Kreisvolkshochschule Ludwigslust-Parchim Tradition. 2010 etwa bot die VHS Parchim einen Projekttag für



zeitgeschichtlicher Überlegungen am authentischen Schauplatz wurde als gelungene Unterstützung beim Erwerb der theoretischen Kenntnisse aufgenommen. Die Prora-Anlage ist ja ähnlich wie die ehemalige NS-Ordensburg Vogelsang oder das Reichsparteitagsgelände in Nürnberg keine neutrale Baulichkeit, sondern ein architektonisch umgesetztes ideologisches Programm der nationalsozialistischen Inszenierung von Volksgemeinschaft und Führerstaat.

Auszubildende der Stadtverwaltung unter dem Titel „Schicksale im Schatten der Macht“ an. Die 14 Teilnehmerinnen und Teilnehmer setzten sich mit Verwaltungshandeln und Verwaltungsakten in zeitgeschichtlicher Perspektive auseinander. Sie lernten, nach dem „Warum“ einer bestimmten Sachlage zu fragen. Dabei ging es vor allem um Menschen in Parchim, die Repressalien durch die sowjetische Besatzungsmacht und die Staatssicherheit der DDR

erdulden mussten, wobei dies oftmals auf die Denunziation von Mitbürgern zurückzuführen war. Ein Historiker der Universität Rostock begleitete den Kurs. Anhand von Filmdokumenten und Textquellen wurden die damaligen Ereignisse aufgearbeitet. Ein Rundgang durch Parchim illustrierte die diskutierten

war das Seminar so konzipiert, dass sich die jugendlichen Teilnehmenden aus Wittenburg und Hagenow in Mecklenburg-Vorpommern selbstständig im Lernkontext bewegten: Mittels Zeitzeugen-Interviews, Exkursionen, Besichtigungen, Internetrecherchen, Filmsichtungen und gemeinsamen Diskussionen setz-



Punkte an den zeitgeschichtlich relevanten Örtlichkeiten der Stadt.

Auch an der thematischen Schwerpunktsetzung des DVV zum 20. Jahrestag des Mauerfalls hatte sich die Kreisvolkshochschule beteiligt. Das Bildungsvorhaben „Grenzinteressen 2009“ thematisierte mit dem innerdeutschen Grenzregime die Aspekte „Herrschaft und Repression“ der DDR-Geschichte. Methodisch

ten sie sich aktiv mit der Geschichte der deutschen Teilung auseinander. Besonderes Interesse galt dabei den politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Aspekten der Entwicklung der Grenzregion zwischen Boizenburg und Zarrentin. Diese war zu DDR-Zeiten vor allem durch die innerdeutsche Grenze und die mit ihr für die Bevölkerung einhergehenden Einschränkungen und Auflagen geprägt. Die Sperrgebiete und der Todesstreifen selbst belasteten die Bewohner der

Region. Kontrolle, Überwachung und die dauernde Präsenz von bewaffneten Grenztruppen dominieren den Alltag. Das isolierte Leben der Menschen im Schatten des „Eisernen Vorhangs“ unterlag nicht nur ständigen Einschränkungen, viele Menschen in der Region verloren durch Enteignung und Umsiedlung ihre Heimat und manche wurden beim Versuch, die Grenze zu überwinden, getötet oder verletzt.

Das historisch-politische Bildungsprogramm der KVHS Ludwigslust-Parchim war eine Fortentwicklung des 2007/08 durchgeführten Projekts „Grenzerfahrungen“, das aufgrund seiner besonderen methodischen Ausrichtung als Modellprojekt vom DVV gefördert wurde. Jugendliche wurden in Planung und Durchführung miteinbezogen, die Dokumentation ihrer Auseinandersetzung mit der jüngsten Geschichte der Grenzregion kann in Schule und politischer Bildung als Lehr- und Lernstoff genutzt werden, die jungen Menschen wurden so selbst zu Akteuren der Geschichtsvermittlung.

Der heißeste Punkt im Kalten Krieg

Ein gelungenes Beispiel für die Fruchtbarkeit einer Kooperation von Volkshochschulen direkt am ehemaligen Grenzzaun ist ein Projekt der Volkshochschule des Landkreises Fulda in Hessen und der Volkshochschule Wartburgkreis in Thüringen. Bereits 2005 arbeiteten die Volkshochschulen im Bereich der Jugendbildung zur deutsch-deutschen Geschichte zusammen. In der Gedenkstätte Point Alpha, auf der Grenze beider Bundesländer gelegen, boten die Volkshochschulen in Zusammenarbeit mit dem pädagogischen Personal der Gedenkstätte Wochenendseminare für Jugendliche aus beiden Ländern an, die sich mit der deutsch-deutschen Geschichte an diesem besonderen Ort beschäftigten.

Die Gedenkstätte Point Alpha, ehemals der „heißeste Punkt im Kalten Krieg“, liegt zwischen Rasdorf und Geisa in der Rhön, mitten im Biosphärenreservat Rhön mit seinen verschiedenen Naturschutzgebieten. Der historische Ort mit seinen Gebäuden und

Anlagen erinnert an die Teilung Deutschlands und an die bedrohlichen Perspektiven des Kalten Krieges. Der Gesamtkomplex ist ein einmaliges Zeitzeugnis des Machtkampfes, der zwischen den beiden verfeindeten politischen Systemen tobte: Hier standen sich über vier Jahrzehnte die Vorposten von NATO und Warschauer Pakt gewissermaßen Auge in Auge gegenüber, stets bereit, den Schritt vom kalten zum heißen Krieg zu tun. An diesem Punkt lässt sich auch gut die Geschichte des Grenzregimes studieren.

Point Alpha, bis 1989 einer der markantesten Beobachtungsstützpunkte der US-Streitkräfte in Europa, lag im Zentrum der NATO-Vorneverteidigungslinie Fulda-Gap (Fulda-Senke), in der im Ernstfall ein Angriff der Truppen des Warschauer Paktes befürchtet wurde. Drei Schwadronen eines US-Panzeraufklärungsregiments mit Stationierung in Fulda, Bad Hersfeld und Bad Kissingen übernahmen 1952 hier die komplette Grenzüberwachung, in deren Verlauf auch taktische Nuklearwaffen an der Grenze disloziert wurden. Jede Schwadron richtete eine oder mehrere Beobachtungsstationen entlang der Grenze zur DDR ein. 1965 wurde der US Army das Gelände um Point Alpha vom Bundesvermögensamt zur Nutzung zur Verfügung gestellt. Nach und nach wurden dann bis in die 1980er Jahre feste Gebäude zur Unterbringung der Soldaten und der heute noch vorhandene Betonturm erbaut. Nach der Wende räumte die US Army den „BOP Alpha“, der 1995 unter Denkmalschutz gestellt wurde. Der im selben Jahr gegründete Verein Grenzmuseum Rhön Point Alpha e.V. begann mit dem Aufbau der heutigen Mahn-, Gedenk- und Begegnungsstätte.

Die Video-DVD und CD-Rom „Grenzspuren – Das Leben vor 1989 beiderseits der Grenze“ kann beim DVV bestellt werden. Weitere Informationen finden Sie unter www.materialien.politischejugendbildung.de

„Leben vor 1989 beiderseits der deutschen Grenze“ hieß das Projekt, bei dem die beiden Bildungseinrichtungen aus Ost und West zusammenarbeiteten. Sie wandten sich an Schüler und Schülerinnen der

umliegenden Region und griffen Diskussionszusammenhänge auf, die an den kooperierenden Schulen bestanden. Im Vorfeld wurden an den Schulen Arbeitsgemeinschaften gebildet, die anhand unterschiedlicher Aufgabenstellungen das Thema eigenständig bearbeiteten. Die Veranstaltungen waren projekt- und produktorientiert angelegt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erstellten während des Kurses, aber auch in gemeinsamer Vor- und Nachbereitung Dokumentationen über das Leben der Bürgerinnen und Bürger vor 1989 beiderseits der damaligen innerdeutschen Grenze.

Kontakt:

Torsten Werle
Kreisvolkshochschule Mansfeld-Südharz
Karl-Liebknecht-Straße 31
06526 Sangerhausen
Tel. 03464-572407
E-Mail: service@vhs-sgh.de
Netz: www.vhs-msh.de

Günter Möller
Kreisvolkshochschule Ludwigslust-Parchim
Ziegendorfer Chaussee 11
19370 Parchim
Tel. 03871-444208
E-Mail: g.moeller@ludwigslust.de
Netz: www.vhs-parchim.de

Michael Friedrich
Volkshochschule des Landkreises Fulda
Gallasiniring 30
36043 Fulda
Tel. 0661-2519940
E-Mail: vhs-leitung@landkreis-fulda.de
Netz: www.vhs-fulda.de

Hartmut Kliem
Volkshochschule Wartburgkreis
Karl-Liebknecht-Str. 23
36433 Bad Salzungen
Tel. 03695-553711
E-Mail: hartmut.kliem@vhs-wartburgkreis.de
Netz: www.vhs-wartburgkreis.de





Mach den Mund auf!



Active Citizenship in Deutschland und Europa

Politische Bildung zielt nicht nur darauf ab, Interesse für politische Vorgänge zu wecken und die Kompetenzen zu fördern, die man für Kenntnisse und Urteile über gesellschaftliche Sachverhalte braucht. Sie will auch – und hier liegt eine besondere Chance des außerschulischen Feldes – ihre Adressaten und Adressatinnen dazu befähigen, sich ins politische Geschehen einzubringen und einzumischen. Dies gilt von den großen Themen der Globalisierung bis zu den unmittelbaren Alltagsfragen, wie die vorstehenden Kapitel an vielen Beispielen deutlich gemacht haben. Dabei nehmen die Volkshochschulen immer Rücksicht auf die Besonderheiten der Zielgruppen und regionalen Bedingungen, bemühen sich gerade auch, diejenigen als Teilnehmende zu gewinnen, die dem Bildungsbetrieb eher distanziert gegenüber stehen oder von ihm vernachlässigt worden sind.

Die EU hat Active Citizenship – neben der Employability, der Beschäftigungsfähigkeit – zum wichtigsten Ziel europäischer Bildungspolitik erklärt. Und diese allgemeine Zielsetzung gilt natürlich auch für die politische Bildung. Die „Aktivbürgerschaft“ umfasst neben der rechtlichen Ebene des deutschen Begriffs „Bürgerschaft“ auch die zivilgesellschaftlichen Aspekte der englischen „Citizenship“, die eher das soziale Miteinander betont. Eine solche Aktivierung im Sinne der Auseinandersetzung mit drängenden Fragen einer Zeit voller Umbrüche muss kein unerreichbares Ideal bleiben. Gerade die Zukunftsängste, die Jung und Alt in Europa umtreiben, lassen erkennen, dass die angeblich vorherrschende Politikferne, die Distanz zu dem, was in Brüssel oder Berlin passiert, nicht das letzte Wort ist.

Bundesweiter Bürgerdialog 2012

Anfang 2012 rief Bundeskanzlerin Merkel einen „Dialog über Deutschlands Zukunft“ ins Leben. Auf der



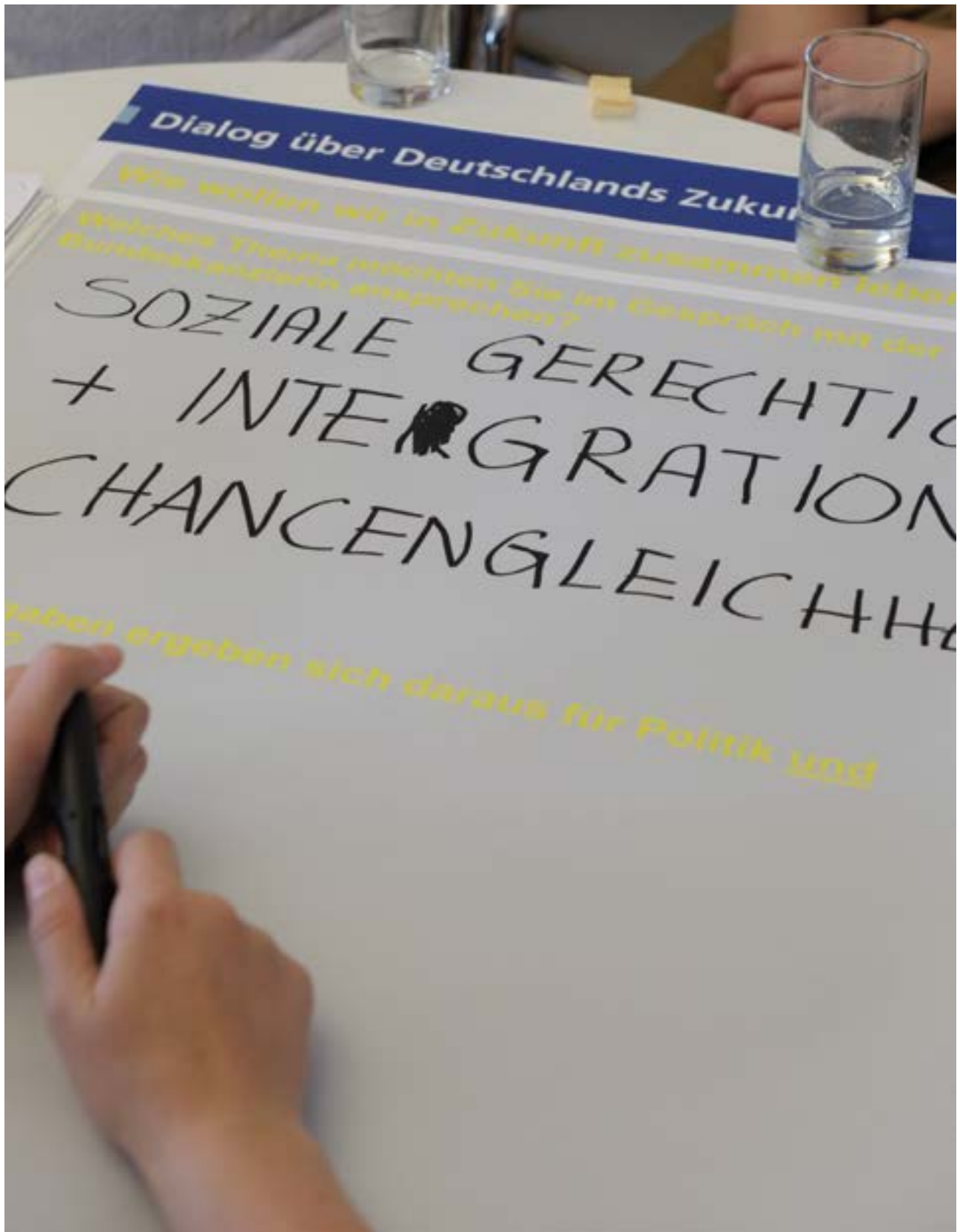


Internet-Plattform www.dialog-ueber-deutschland.de hatten Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, konkrete Vorschläge an die Politik einzustellen und zur Diskussion zu stellen. Intensiv wurde dort debattiert, mehr als 11.000 Handlungsvorschläge und über 74.000 Kommentare konnten gezählt werden.

Die Volkshochschulen ergänzten diesen Online-Dialog um ein Format, durch das die Menschen vor Ort in ihrer Volkshochschule miteinander ins Gespräch kamen. Unter dem Motto „Mach den Mund auf!“ fanden parallel zum Online-Dialog der Kanzlerin in rund 50 deutschen Städten regionale Bürgerdialoge statt. Die Initiative war von den beteiligten Volkshochschulen, dem DVV und der Bertelsmann Stiftung ausgegangen. Von Stralsund bis Radolfzell kamen in den beiden Aktionswochen im März an den Volkshochschulen ca. 3000 Menschen zusammen, um sich darüber auszutauschen, welche Zukunft sie sich für unser Land vorstellen. Mehr als die Hälfte der Teilnehmenden war unter 20 Jahre alt. Sie brachten dabei nicht nur ihre persönlichen Perspektiven und Ideen ein, sondern erarbeiteten auch gemeinsam konkrete Vorschläge, die anschließend in den bundesweiten Diskussionsprozess eingespeist wurden.

Dr. Angela Merkel zum Bürgerdialog der Volkshochschulen

„Wie wollen wir in Zukunft zusammen leben?“, „Wovon wollen wir in Zukunft leben?“ und „Wie wollen wir in Zukunft lernen?“ Zu diesen Leitfragen diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer – in manchen Städten bis zu 120 Personen – an mehreren Tischen über drei Runden. Nach dem Format des World-Café wechselten dabei die Gruppenzusammensetzungen von Runde zu Runde. Die konkrete Fragestellung kristallisierte sich dabei immer stärker heraus. Am Ende der drei- bis vierstündigen Veranstaltungen stand an jedem Tisch ein gemeinsamer Vorschlag an die Politik.



So bekam zwar nicht jeder seinen Willen, doch jeder merkte, dass es auch lohnend sein kann, „Kompromissthemata“ zu diskutieren und dass das gemeinsam erarbeitete Ergebnis mehr ist als die Summe der Einzelgedanken.

Interkultureller und intergenerationeller Dialog

Die junge Generation war in den Veranstaltungen besonders stark vertreten. Schüler und Auszubildende, Studentengruppen oder Aktive aus Jugendparlamenten diskutierten mit Teilnehmenden von Integrationskursen, aus Kirchengemeinden oder auch Seniorengruppen. Der interkulturelle und intergenerationelle Dialog stellte sich als besonders bereichernd für die Diskussionen heraus.

Diese Erfahrung machte z.B. die VHS Diepholz. Hier kamen etwa 70 junge Erwachsene aus dem Zweiten Bildungsweg, Menschen aller Altersgruppen mit und ohne Migrationshintergrund, Realschüler der 10. Jahrgangsstufe und Teilnehmer aus Integrationskursen miteinander ins Gespräch. Frank Jakob, der den Bürgerdialog organisierte und moderierte, zeigte sich angetan über den respektvollen Umgang der Teilnehmenden untereinander: „Der Prozess, der sich während der Konsultation entwickelte, war eine positive Überraschung. Trotz oder vielleicht wegen der sprachlichen Barrieren und kulturellen Unterschiede entwickelte sich eine Arbeitsweise, die von gegenseitiger Unterstützung und Respekt geprägt war. Das Engagement der sonst eher als politikfern eingestufteten Teilnehmer lässt sich auch darauf zurückführen, dass sie ohne eng gesteckten Rahmen und Vorgaben ihre Probleme diskutieren und ihre konkreten Bedürfnisse formulieren konnten.“ „Es war sehr harmonisch“, bestätigte auch ein junger Teilnehmer. „Es waren so viele unterschiedliche Kulturen hier und alle haben sich gut verstanden.“

In jedem regionalen Bürgerdialog wurden zu den drei Zukunftsfragen in der Regel jeweils zwei konkrete Bürgervorschläge erarbeitet. Bei rund 50 Veranstaltungen im gesamten Bundesgebiet macht das an

die 300 Vorschläge, die fast alle Bereiche des Lebens und Zusammenlebens umfassen. Dabei wurde offensichtlich, dass sich die drei Bereiche Soziales („Wie wollen wir in Zukunft zusammenleben?“), Wirtschaft („Wovon wollen wir in Zukunft leben?“) und Bildung („Wie wollen wir in Zukunft lernen?“) nicht trennen lassen, sondern häufig in einem engen Zusammenhang stehen. So wird beispielsweise durch schulische und berufliche Bildung das Fundament bereitet, um im Arbeitsleben erfolgreich agieren und so den eigenen Lebensunterhalt verdienen zu können. Und ein verantwortungsvolles Wirtschaften ist nicht möglich ohne einen gesellschaftlichen Konsens über die Grundlagen des Zusammenlebens. Auch wenn die Breite an diskutierten Themen sehr groß war, so kristallisierten sich doch einige zentrale Schwerpunkte heraus, die bei fast allen regionalen Bürgerdialogen als besonders relevant erachtet wurden.

Von Ein-Euro-Jobs bis zum Bildungsföderalismus

Im Bereich Soziales ging es vielerorts um die Vielfalt an Lebensformen. Vorgeschlagen wurden beispielsweise Mehrgenerationen- und Mehrnationenhäuser: Alt und Jung, Einheimische und Zugezogene könnten voneinander lernen und profitieren, gleichzeitig würden Vorbehalte und Vorurteile abgebaut. Interessant ist die Idee, solche Wohnkonzepte mit konkreten Vorteilen und Vergünstigungen für die Bewohner zu verknüpfen, z. B. mit niedrigeren Mieten oder gemeinsamen Fortbildungsmöglichkeiten. Das Thema Soziale Gerechtigkeit stand ebenso auf der Agenda – gleiche Lebensbedingungen in einer solidarischen Gesellschaft sind das Ziel: in Stadt und Land, in Ost und West, für Männer und Frauen, für Einheimische und Migranten. Dahinter standen Forderungen wie gleiches Gehalt für gleiche Arbeit, mehr Solidarität der Vermögenden, Aufbrechen des Föderalismus und Verbesserung der sozialen Infrastruktur für den ländlichen Raum. Und nicht zuletzt ging es um mehr Bürgerbeteiligung und transparente Politik: Das bedeutet mehr direkte Demokratie, bspw. durch Direktwahl des Bundespräsidenten, eine offene, frühzeitige und verlässliche politische Kommunikation sowie Vortei-

le für politisch und sozial engagierte Menschen, die aufgrund ihres Engagements ganz konkret Förderung erfahren.

Bei der Frage „Wovon wollen wir leben“ stand die Umsetzung beruflicher und sozialer Gerechtigkeit im Vordergrund: „Unbefristete Arbeitsverträge: Keine 1-Euro-Jobs, keine Leiharbeit. Deutschland ist ein soziales Land und soll es in Zukunft auch bleiben.“ Das forderten etwa die Teilnehmenden des Bürgerdialogs in Diepholz, die vielfach kurz vor dem Übergang von der Schule in das Berufsleben standen. Aber auch das Thema Nachhaltiges Wirtschaften stand in der Liste der Bürgervorschläge ganz weit vorne. Der verantwortungsvolle Umgang mit den natürlichen Ressourcen, aber auch der „Ressource Mensch“ wurde hervorgehoben und es wurde klargestellt, dass dazu ein grundlegender gesellschaftlicher Wertewandel und eine Änderung des Konsumverhaltens erforderlich sei. Die Bedeutung von Innovationen im Bereich von Umweltschutz und Ressourcenschonung, aber auch mit Blick auf die medizinische Versorgung, wurde gleichsam betont. Nur so könne für die jungen Leute ein gutes Leben in der Zukunft gesichert werden.

Die dritte Fragestellung „Wie wollen wir in Zukunft lernen?“ hatte einen besonders starken Bezug zur Lebenswelt der jungen Teilnehmenden, die sich zum größten Teil noch in der Ausbildung befanden. Dementsprechend konkrete Forderungen wurden hier aufgestellt. In Diepholz wurde eine „lebensnahe“ Schulbildung gefordert. Für die Motivation sei es wichtig zu wissen, wofür der Unterrichtsstoff später gebraucht würde. Zudem sprachen sich die Beteiligten für kleinere Klassen mit maximal 16 Schülern aus. In zahlreichen Veranstaltungen wurde außerdem der Bildungsföderalismus kritisiert. Durch ein einheitliches Bildungssystem mit vergleichbaren Lehrplänen und Abschlüssen solle mehr Chancengleichheit sichergestellt werden. Aber auch die berufliche Bildung und das lebenslange Lernen waren Gegenstand der Beratschlagung der Bürgerinnen und Bürger an den Tischen. Eine Bildungskultur, die den Betrieb als lernende Organisation begreift und Weiterbildung fest

im Unternehmen verankert, wurde ebenso gefordert wie ein Rechtsanspruch auf Weiterbildung und mehr Förderung in Form von Bildungsurlaub. Generell besteht der Wunsch, durch gezielte Maßnahmen auch sozial Benachteiligten und Menschen mit Migrationshintergrund echte Bildungserfolge zu ermöglichen. Damit einher geht die Forderung, neben reiner Wissensvermittlung stärker auf soziale Kompetenzen und individuelle Stärken abzielen.

Gespräch mit der Kanzlerin

Der Abschluss des Bürgerdialogs in Berlin war für alle Beteiligten ein besonderes Erlebnis: 140 Bürgerinnen und Bürger aus dem gesamten Bundesgebiet erhielten am 6. Juni 2012 die Gelegenheit, ihren Blick auf Deutschland und dessen Zukunft persönlich mit der Bundeskanzlerin zu diskutieren. Aus Diepholz waren zwei junge Menschen dabei: Yusuf Hatipoglu und Halime Takak hatten Losglück und wurden zu einer Fahrt in die Bundeshauptstadt eingeladen. Auch bei der dortigen Veranstaltung standen die drei Fragen aus den lokalen Dialogen der Volkshochschulen im Mittelpunkt. Zunächst wurde erneut im „World Café“-Format diskutiert. Für die meisten Beteiligten war der eigentliche Höhepunkt allerdings die folgende Begegnung mit der Bundeskanzlerin samt offener Aussprache. Die Kanzlerin lobte die aktive Einmischung der Teilnehmer und dankte den Volkshochschulen für die Initiative.

Dr. Angela Merkel zum Bürgerdialog der Volkshochschulen:

„Besonders gefreut habe ich mich über die Beteiligung der Volkshochschulen. Ihre bundesweit veranstalteten Bürgerforen erwiesen sich als Quellen wertvoller Denkanstöße zur gemeinsamen Gestaltung der Zukunft unseres Landes. Damit unterstrichen die Volkshochschulen einmal mehr ihr Selbstverständnis als Orte gelebter Demokratie.“

Den direkten Dialog mit der Kanzlerin führten sechs mehrheitlich junge Menschen, die aus der Mitte aller Teilnehmer für diese Aufgabe ausgewählt worden waren.





Entsprechend nervös, aber auch stolz waren sie: „Ich war sehr aufgeregt, aber sobald ich die ersten Sätze mit der Kanzlerin ausgetauscht hatte, wurde ich lockerer“, freute sich Lisa Engelbrecht aus Stralsund. Die anderen Teilnehmer hatten ebenfalls die Gelegenheit, ihre Ideen für die Zukunft Deutschlands direkt in die Diskussion einzubringen. Moderatorin Brigitte Büscher, bekannt als Bürgerstimme der ARD-Sendung „Hart aber fair“, und Moderator Dominik Hierlemann von der Bertelsmann Stiftung spielten stellvertretend für das Plenum die Bürgervorschläge in die Debatte ein.

„Das geht mich etwas an“

Alles in allem wurde der Abschluss als eine rundum gelungene Veranstaltung bewertet. „Man kann Demokratie nicht besser leben, als wir es hier und heute gezeigt haben“, fasste eine Teilnehmerin den Bürgerdialog zusammen. Und ein anderer Teilnehmer meinte: „Die Veranstaltung war sehr anregend. Für mich war nicht nur die Kanzlerin das Besondere, sondern auch die Chance, mit anderen gemeinsam etwas bewegen zu können.“ Auch die Initiatoren zeigten sich hoch zufrieden: „Für mich war diese Veranstaltungsform etwas völlig Neues. Es lohnt sich, dass Bürgerinnen und Bürger zeigen: Das geht mich etwas an, das interessiert mich“, brachte Rita Süßmuth, Präsidentin des DVV, das Resultat auf den Punkt.

Nach Abschluss des Dialogs 2012 beschlossen die Volkshochschulen, das Format „Bürgerdialog“ weiterzuführen. Bei einem Auswertungsworkshop sprachen sich die bisher beteiligten Einrichtungen für eine erneute Mitwirkung bei der bundesweiten Aktion aus – 2013 zum Thema Europa. Gerade auch für regionale und kommunale Fragestellungen eignet sich das Format.

Kontakt:

Lisa Freigang
Deutscher Volkshochschul-Verband
Obere Wilhelmstr. 32
53225 Bonn
Tel. 0228-6209475-24
E-Mail: freigang@dvv-vhs.de
Netz: www.dvv-vhs.de

Frank Jacob
VHS Landkreis Diepholz
Nienburger Str. 5
28857 Syke
Tel. 04242 976 4005
E-Mail: frank.jakob@vhs-diepholz.de
Netz: www.vhs-diepholz.de





Wir über uns

Der Deutsche Volkshochschul-Verband

Der Deutsche Volkshochschul-Verband e.V. (DVV) ist der Dachverband der Volkshochschularbeit in Deutschland. Er wurde am 17. Juni 1953 in Berlin gegründet. Im DVV sind die 16 Volkshochschul-Landesverbände in der Bundesrepublik Deutschland mit rund 1.000 Volkshochschulen und mehr als 3.000 VHS-Außenstellen zusammengeschlossen. Die Landesverbände der fünf neuen Bundesländer traten dem Dachverband 1991 bei. Zweck des Verbandes ist es, die Bildungsarbeit in den Volkshochschulen zu fördern und die dafür notwendige Interessenvertretung auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene wahrzunehmen. Der DVV erfüllt diese Aufgaben insbesondere durch

- die Förderung der Zusammenarbeit und des Erfahrungsaustausches der Mitglieder,
- die Entwicklung von Grundsätzen und Leitlinien für die Volkshochschularbeit,
- die Information der Öffentlichkeit über Aufgaben und Leistungen der Volkshochschulen,
- die Förderung der Qualität der pädagogischen Arbeit,
- die Planung und Durchführung von Veranstaltungen,
- die Förderung des globalen Lernens und der internationalen Zusammenarbeit.

Der DVV realisiert in Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Partnern Projekte zu didaktischen und weiterbildungspolitischen Fragen, etwa zur Integration und Migration, zu Alphabetisierung und Grundbildung, zur Ökologie und ländlichen Entwicklung, zur Geschlechtergerechtigkeit, zum interkulturellen und globalen Lernen. Er veröffentlicht Stellungnahmen, Materialien, Berichte; vierteljährlich gibt er *dis.kurs*, das Magazin des DVV, heraus.

Aus der Tradition internationaler Fachkontakte der Volkshochschulen ist das Institut für Internationa-

le Zusammenarbeit des Deutschen Volkshochschulverbandes (dvv international) erwachsen, das heute weltweit Projekte der Entwicklungszusammenarbeit im Feld der Erwachsenenbildung durchführt. Die Zentrale des Instituts hat einen gemeinsamen Sitz mit der Bundesgeschäftsstelle des DVV in Bonn (siehe unten). Der DVV ist Mitglied des Trägervereins des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (siehe unten). Er ist Mehrheits-Gesellschafter des ebenfalls vom DVV gegründeten Adolf Grimme Instituts (siehe unten) und alleiniger Eigentümer der telc GmbH, der früheren Prüfungszentrale des DVV. Eine spezielle Einrichtung zur politischen Jugend- und Erwachsenenbildung im Volkshochschulbereich ist der Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN, der vom Deutschen Gewerkschaftsbund und dem DVV gemeinsam getragen wird (siehe unten).

Die Bundesgeschäftsstelle hat ihren Sitz in Bonn: Obere Wilhelmstr. 32, 53225 Bonn, Tel. 0228/9756920, Fax 0228/9756930, E-Mail: info@dvv-vhs.de, Netz: www.dvv-vhs.de. Die Adressen der deutschen Volkshochschulen, der Landesverbände sowie der Partnerinstitutionen finden sich im Netz unter: www.meine-vhs.de

Zentralstelle Politische Jugendbildung

Der DVV ist Zentralstelle im Rahmen des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP), des wichtigsten Förderinstrumentes für die außerschulische (politische) Jugendbildung, das in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) fällt (siehe unter Kapitel III.2). Aufgabe der Zentralstelle ist die Koordination und Verwaltung der an den Volkshochschulen durchgeführten politischen Jugendbildung, die aus dem KJP gefördert wird. Der DVV schließt mit den Volkshochschulen vor Ort als Letztempfängern der KJP-Mittel einen Kooperationsvertrag ab. Ein Teil der Mittel steht zur Verfügung, um zusammen mit der Zentralstelle Modellkonzepte zu entwickeln.

Als Dachverband der Volkshochschulen verfügt der DVV über interne Informations- und Gremienstrukturen, wodurch sich ein stabiler Rahmen für die Verständigung über Ziele und Profile der politischen Jugendbildung ergibt. Dazu gehört ein Arbeitskreis Politische Bildung, in dem sich die Landesfachreferentinnen und -referenten austauschen und die Ergebnisse ihrer Beratungen zu Konzepten, Zielen oder Programmen politischer Bildung als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in ihre Volkshochschulen weitergeben. Die Zentralstellenreferenten vermitteln den vor Ort verantwortlichen pädagogischen Fachkräften durch vorhandene Vernetzungsstrukturen sowie durch regelmäßige Arbeitstagungen aktuelle Schwerpunkte und führen einen Konsens über Inhalte und Ziele herbei. Darüber hinaus haben sie die Aufgabe, für die VHS-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die jeweiligen Maßnahmen durchführen, entsprechende Kommunikations- und Vernetzungsstrukturen auf der technischen Plattform der Geschäftsstelle zu intensivieren, um den Fachaustausch zu verstetigen.

In der Zentralstelle sind drei Jugendbildungsreferenten beschäftigt. Sie sind für die Initiierung, inhaltliche Planung, Koordinierung, Verwaltung und zentrale Steuerung der an den Volkshochschulen stattfindenden Veranstaltungen zuständig. Sie gestalten diese Aufgabe orientiert an einer verstärkten Kommunikation und Vernetzung der örtlichen Einrichtungen sowie einer inhaltlichen Schwerpunktsetzung innerhalb der politischen Jugendbildungsarbeit. Die Zentralstellenreferenten sind im Kontakt mit benachbarten Arbeitsfeldern und allgemeinen Aufgabenstellungen der Weiterbildung (z.B. E-Learning, Grundbildung und Alphabetisierung) sowie *dvv international*, das im nationalen Rahmen einen besonderen Schwerpunkt auf entwicklungspolitisches und interkulturelles Lernen legt.

Ein wichtiges Arbeitsfeld sind ferner Entwicklung und Erprobung neuer Konzepte für die politische Jugendbildung. Diese Maßnahmen werden in enger Anlehnung an die Themenschwerpunkte des KJP geplant und im Rahmen eines Qualitätssicherungssystems

evaluiert, das sich der Erarbeitung von Qualitätsstandards und dem Ausbau vorhandener Systeme widmet. In Kooperation mit den VHS-Landesverbänden entwickelt die Zentralstelle langfristig zertifizierte Fortbildungsreihen, die den VHS-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aber auch den Mitarbeitenden anderer Träger eine Darstellung ihrer erworbenen Qualifikationen ermöglichen und im Sinne einer zunehmenden Professionalisierung positiv auf die Programmqualität und Methodenkompetenz der politischen Jugendbildung wirken.

Vielerorts wurde die „junge vhs“ als eigener Fachbereich oder eigenständige Abteilung der Volkshochschulen aufgebaut. In diesem Fachbereich sollen die Angebote der politischen Jugendbildung weiter ausgebaut werden. Neben der Steuerung des KJP-Programms hat die Zentralstelle die Aufgabe, die Evaluation der bundesweit durchgeführten Maßnahmen zu intensivieren. Dazu gehören die Auswertung der Erfahrungen und die Reflexion von Einzelergebnissen hin zu verallgemeinerbaren Erkenntnissen, die eine Weiterentwicklung der Jugendhilfe anregen und innovative Konzepte hervorbringen können. Es werden regelmäßige Hospitationen der Veranstaltungen vor Ort durchgeführt und die Praxisreflexion der pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in gemeinsamen Arbeitstagungen koordiniert. Ergebnisse der Beratungen wiederum werden allen Beteiligten durch gemeinsame Planungstagungen zur Verfügung gestellt.

Die Zentralstelle betreut die Aufgaben der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, und zwar in Abstimmung mit dem Informations- und Publikationsreferat im *dvv international* und dem Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des DVV. Zur Publikationspraxis der Zentralstelle gehören neben Broschüren zur politischen Jugendbildung an Volkshochschulen auch Unterrichtsmaterialien, DVDs und das Medienzentrum www.politischejugendbildung.de. Hier werden in einem aktuellen Kalender ein Programmüberblick ermöglicht und Veranstaltungsergebnisse und -dokumentationen veröffentlicht. Diese ermöglichen

es sowohl Volkshochschulen als auch anderen Einrichtungen politischer Jugendbildung, Methoden und Konzepte für ihre Bildungspraxis zu übertragen. Zu den Aufgaben der Zentralstellenreferenten gehört es zudem, sich über die Mitwirkung in der Jugendbildungsinitiative GEMINI (siehe unten) und der programmspezifischen Arbeitsgruppe des Jugendministeriums (BMFSFJ) am Erfahrungsaustausch wie dem Ergebnistransfer in den politischen Raum hinein zu beteiligen und den Austausch mit dem Ministerium zu vertiefen. So findet auch ein Einsatz für die Sicherung und Förderung der politischen Jugendbildung statt.

Kontakt zur Zentralstelle über Sascha Rex, Tel. 0228- 6209475-60, Fax: 0228-6209475-795, E-Mail: rex@dvv-vhs.de
Netz: www.politischejugendbildung.de

Mit seinem Programm „Globales Lernen in der Volkshochschule“ leistet dvv international entwicklungs- politische Bildungsarbeit in Deutschland.

dvv international setzt sich besonders für die Bildung benachteiligter Menschen ein und zielt darauf, Armut durch Bildung zu bekämpfen. Die inhaltlichen Schwerpunkte reichen von Grundbildung und Alphabetisierung, über berufliche Bildung, nachhaltige Entwicklung und Gesundheitsbildung bis zu interkulturellem Lernen und Demokratiebildung.

dvv international beschäftigt Personal in der Bonner Zentrale und als entsandte Regionalleiter/-innen im Ausland, lokale Mitarbeiter/-innen unterstützen die Arbeit vor Ort. dvv international hat seinen Sitz in der Geschäftsstelle des DVV in Bonn, Tel. 0228/97569-0, Fax 0228/97569-55, E-Mail: info@dvv-international.de
Netz: www.dvv-international.de

dvv international

dvv international ist das Institut für Internationale Zusammenarbeit des Deutschen Volkshochschul-Verbandes. Als weltweit agierender Experte der Erwachsenenbildung setzt sich dvv international seit über 40 Jahren für lebenslanges Lernen ein.

Das Institut leistet Unterstützung beim Auf- und Ausbau von Strukturen der Jugend- und Erwachsenenbildung in Entwicklungs- und Transformationsländern. Dazu kooperiert es mit staatlichen, zivilgesellschaftlichen und universitären Partnerorganisationen der Erwachsenenbildung in rund 40 Ländern in Afrika, Asien, Lateinamerika und Europa.

Gemeinsam mit den regional und global wirkenden Fachverbänden der Erwachsenenbildung beteiligt sich das Institut an der international notwendigen Informations- und Lobbyarbeit. Es fördert den europäischen und weltweiten Informations- und Fach- austausch zu Erwachsenenbildung und Entwicklung durch Konferenzen, Seminare und Publikationen.

Kooperationen in der politischen Bildung

Wichtigster Kooperationspartner bei der Förderung der politischen Jugendbildung im Deutschen Volkshochschul-Verband (DVV) ist das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) mit dem Kinder- und Jugendplan des Bundes. Daneben sind die Volkshochschulen in die bundesweiten Kooperationsstrukturen eingebunden, die sich für die Belange der politischen Bildung einsetzen, die weitere Professionalisierung unterstützen und die außerschulische Bildungspraxis koordinieren. Hier ein Überblick:

Kinder- und Jugendplan

Der Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) ist seit 1950 das Instrument auf Bundesebene, mit dem das zuständige Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) auf der Grundlage des SGB VIII – Kinder- und Jugendhilfe – die Tätigkeit der Kinder- und Jugendarbeit, inklusive Jugendbildung, anregt und fördert. Zuwendungen aus dem KJP sollen dazu beitragen, dass junge Menschen ihre Persönlichkeit frei entfalten, ihre Rechte wahrnehmen und ihrer Verantwortung in Gesellschaft und Staat nachkommen können. Sie sollen das Zusammenwachsen der jungen Generation in Deutschland und Europa fördern und zur Verbesserung des Dialogs zwischen den Generationen beitragen. Der KJP schafft damit Rahmenbedingungen für eine leistungsfähige Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe auf Bundesebene.

Laut Richtlinien (I.4.1) gelten als Grundsätze der Förderpolitik des KJP: „Gefördert werden können

a) zentrale Maßnahmen nichtstaatlicher Organisationen, die für das Bundesgebiet als Ganzes von Bedeutung sind und die ihrer Art nach nicht durch ein Land allein wirksam gefördert werden können. Die Aufgaben werden in der Regel durch zentrale Fach-

organisationen und -einrichtungen wahrgenommen, denen qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung stehen; die Fachorganisationen und -einrichtungen unterstützen und begleiten insbesondere die Schaffung, Erhaltung und Verbesserung von Diensten und Einrichtungen, die Entwicklung und Durchführung von Modellvorhaben, die Initiierung von bedarfsgerechten Angeboten, die Qualifizierung von Fachkräften und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die träger- und fachübergreifende Zusammenarbeit;

b) Projekte von bundesweit („gesamtstaatlich“) repräsentativer Bedeutung...“

Im Rahmen dieser Bestimmungen ist die DVV-Zentralstelle für politische Jugendbildung tätig (s.o.).

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 11018 Berlin,
E-Mail: info@bmfsfj.service.bund.de
Netz: www.bmfsfj.de

Bundesausschuss Politische Bildung

Der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) ist eine Arbeitsgemeinschaft, in der rund 30 selbstständige und eigenverantwortliche Träger politischer Jugend- und Erwachsenenbildung bundesweit kooperieren, darunter die Volkshochschulen, die Zusammenschlüsse der konfessionellen oder gewerkschaftlichen Bildung, die Jugendverbandsarbeit oder die parteinahen Stiftungen. Der Deutsche Volkshochschul-Verband (DVV) ist seit Beginn Mitglied. Der Bundesausschuss wurde 1966 von bundeszentralen Trägern und Verbänden gegründet. An den Plenarversammlungen des Ausschusses nehmen neben den stimmberechtigten Mitgliedern auch Vertreter und Vertreterinnen der mit politischer Bildung befassten Bundesbehörden (Jugendministerium, Bundeszentrale für politische Bildung etc.) beratend teil. Sein Selbstverständnis hat der bap in der Erklärung „Außerschulische Politische Bildung ist ein konstitutives Element demokratischer politischer Kultur“ (1997) formuliert.

Gemeinsames Ziel der unterschiedlich orientierten Organisationen im Bundesausschuss ist es,

- sich für die Entwicklung und Verbesserung der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung durch Erfahrungsaustausch und Kooperation zu engagieren,
- die Einsicht in die Bedeutung dieses Bildungsbereichs und die Notwendigkeit seiner öffentlichen Förderung zu verbreiten und durchzusetzen.

Ausgangspunkt ist dabei die Erkenntnis, dass eine demokratische politische Kultur auf die Bereitschaft möglichst vieler angewiesen ist, sich an der Bearbeitung gesellschaftlicher Probleme zu beteiligen. Voraussetzung dafür sind aus Sicht des bap vielgestaltige Foren des gesellschaftlichen Dialogs, wie sie die außerschulische Bildung anbietet. Die Grundsatzerklärung betont, dass die Förderung der politischen Bildung außerhalb der Schule eine unverzichtbare öffentliche Aufgabe ist. Daher müsse die institutionelle Grundsicherung einer Vielfalt von Trägern erreicht werden – eine Aufgabe, die auf längere Frist eine angemessene personelle Ausstattung sowie die für die Veranstaltungen und Innovationen notwendigen Finanzmittel zu gewährleisten hat.

Von den Aktivitäten des bap sind vor allem drei Dinge zu nennen: (1) Interessenvertretung. Er setzt sich im politischen Raum dafür ein, dass die Notwendigkeit politischer Bildung Berücksichtigung findet, und zwar in der Fachöffentlichkeit (z.B. Mitwirkung bei der Evaluation der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung) und im öffentlichen Diskurs (z.B. durch den 2009 ins Leben gerufenen Preis Politische Bildung). Der bap ist auch am Runden Tisch, dem Kooperationsgremium von Bundeszentrale und Trägerszene, beteiligt. (2) Veranstaltungen. Der Bundesausschuss bietet, vornehmlich für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen seiner Mitgliedsinstitutionen, Fortbildungsveranstaltungen an, wobei die Durchführung von einzelnen Mitgliedseinrichtungen übernommen wird. Darüber hinaus beteiligt sich der bap an Konferen-

zen und Kongressen oder an Kampagnen wie den Aktionstagen zur politischen Bildung, die inzwischen regelmäßig stattfinden. (3) Veröffentlichungen. Der Bundesausschuss gibt neben einem Newsletter gemeinsam mit dem Wochenschau-Verlag die Zeitschrift Journal für Politische Bildung heraus, die sich als Forum für die außerschulische politische Bildung versteht.

Kontaktadresse und Geschäftsführung: Bundesausschuss Politische Bildung, c/o AdB, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Tel. 030-40040100, E-Mail: Ina.Bielenberg@bap-politischebildung.de
Die Homepage des bap ist erreichbar unter: www.bap-politischebildung.de

Gemeinsame Initiative der Träger politischer Jugendbildung

Die Gemeinsame Initiative der Träger politischer Jugendbildung, kurz GEMINI, ist ein Zusammenschluss im Rahmen des bap. Der GEMINI gehören folgende Trägerverbände an: Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (AKSB), Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. (AdB), Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN e.V. (AL), Deutscher Volkshochschulverband (DVV), Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung, Verband der Bildungszentren im ländlichen Raum e.V.

Die in der GEMINI kooperierenden Träger sehen es als gemeinsame Herausforderung an, das Interesse von Kindern und Jugendlichen an der Mitgestaltung ihrer eigenen Lebenswelt und des Gemeinwesens zu wecken und ihre Partizipationsfähigkeiten zu fördern. Die Initiative

- versteht sich als Netzwerk eigenständiger, unabhängiger und freier Träger politischer Jugendbildung;
- vertritt die Anliegen politischer Jugendbildung gegenüber politisch Verantwortlichen,

- Ministerien und weiteren Förderern;
- organisiert fachliche Diskurse über aktuelle Herausforderungen und Perspektiven der Arbeit;
- beschäftigt sich mit der Entwicklung von Qualitätsstandards;
- führt überregionale Veranstaltungen durch, um das Profil der politischen Jugendbildung in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen;
- wirkt in bundesweiten Arbeitszusammenhängen mit.

Kontaktadresse und Geschäftsführung: wie bap (siehe oben). Informationen zu GEMINI finden sich auf der Homepage des bap:
www.bap-politischebildung.delgemini

Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN

Der Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN e.V. ist eine Einrichtung der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Träger sind der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und der Deutsche Volkshochschul-Verband (DVV). Durch die Gründung brachten beide Partner ihren Willen zum Ausdruck, mit einer auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bezogenen Weiterbildung deren Stellung in Gesellschaft und Beruf zu verbessern und den demokratischen Neubeginn in Deutschland zu unterstützen. Mit Landesorganisationen in den Bundesländern und ca. 160 lokalen und regionalen Einrichtungen sowie dem Bundesarbeitskreis als gemeinsamem Dach ist ARBEIT UND LEBEN (AL) bundesweit präsent und erreicht jährlich ca. 300.000 Jugendliche und Erwachsene.

Der Bundesarbeitskreis nimmt die weiterbildungspolitischen Interessen von ARBEIT UND LEBEN auf der Bundesebene wahr, ist im Interesse seiner Mitglieder förderungspolitisch tätig und gibt fachliche Impulse durch bundesweite innovative Projekte. So versucht er dazu beizutragen, dass sich Arbeits- und Lebens-

welt der Menschen nach den Prämissen von sozialer Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Solidarität mit dem Ziel einer demokratischen Kultur der Partizipation entwickeln. ARBEIT UND LEBEN will mit Bildungsangeboten Möglichkeiten schaffen, Menschen Wissen zu vermitteln und Urteilsbildung zu fördern, und allgemein zur gesellschaftlichen Mitwirkung anregen. Methodisch-didaktischer Ansatzpunkt der Bildungsarbeit sind die Interessen, die Alltags- und Lebenswelt der Menschen.

ARBEIT UND LEBEN organisiert und begleitet Lernprozesse in Workshops, Seminaren, internationalen Begegnungen, lokalen Initiativen und Projekten. Dabei werden weitere Formate und Themen in Absprache mit Gruppen und Kooperationspartnern entwickelt und die Praxis in einem ständigen Bearbeitungs- und Verbesserungsprozess nach den Maßstäben eines weiterbildungsgerechten Qualitätsmanagements qualifiziert. Gender-Mainstreaming ist für die Bildungsorganisation Auftrag in Planung und Durchführung, Gestaltung von Arbeitsabläufen, Organisations- und Personalentwicklung. AL setzt sich ein für den Bestand und die Weiterentwicklung der politischen Bildung auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene und engagiert sich dafür, dass alle Menschen an Weiterbildung teilhaben können. Dazu gehört auch das Recht auf Bildungsurlaub für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN e.V., Robertstraße 5a, 42107 Wuppertal, Tel. 0202-974040,
E-Mail: info@arbeitundleben.de,
Netz: www.arbeitundleben.de

Deutsches Institut für Erwachsenenbildung

Das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen (DIE), ehemals die Pädagogische Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschul-Verbandes, ist ein zentrales Forum für Wissenschaft und Praxis der Weiterbildung in

Deutschland. Das DIE unterstützt die Forschung zur Weiterbildung, es forscht selbst und setzt Forschungsergebnisse in Dienstleistungen für die Praxis um. Als wissenschaftliches Serviceinstitut vermittelt es zwischen Forschung und Praxis der außerschulischen Bildung, liefert Grundlagen für eine praxisorientierte Forschung und entwickelt innovative Konzepte. Dienstleistung, Entwicklungsforschung, Vernetzung und internationale Aktivitäten sind die Eckpfeiler der Institutsarbeit. Die Serviceleistungen des DIE richten sich an professionelle Weiterbildner/innen und Wissenschaftler/innen im Bereich Weiterbildung. Das Institut gibt zahlreiche Periodica und Publikationen heraus.

Deutsches Institut für Erwachsenenbildung, Heinemannstraße 12-14, 53175 Bonn, Tel. 0228-3294-0, E-Mail: info@die-bonn.de, Netz: www.die-bonn.de

Adolf Grimme Institut

Das Adolf Grimme Institut in Marl zählt zu den renommierten Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen in Europa, die sich mit Fragen der Medienpolitik und Kommunikationskultur befassen und die die Belange der außerschulischen Bildung im Blick haben. Das Institut versteht sich als Forum für die kommunikationspolitische Debatte und leistet medientheoretische und medienpraktische Bildungsarbeit. Seine Aufgaben liegen in der Beobachtung, Analyse und Bewertung von Medienangeboten und -entwicklungen – von Film und Fernsehen über den Hörfunk bis zu den neuen Medien – sowie im Kompetenz- und Wissenstransfer zwischen den gesellschaftlichen Gruppen. Das Adolf Grimme Institut hat die Rechtsform einer gemeinnützigen GmbH, Gesellschafter ist u.a. der Deutsche Volkshochschul-Verband.

Adolf Grimme Institut GmbH, Gesellschaft für Medien, Bildung und Kultur mbH, Eduard-Weitsch-Weg 25, 45768 Marl, Tel. 02365/9189-0, E-Mail: info@grimme-institut.de Netz: www.grimme-institut.de

www.politischejugendbildung.de



V

Literatur

a) Nachschlage- und Grundlagenwerke, Monographien, Sammelbände

Klaus Ahlheim, *Erinnern und Aufklären – Interventionen zur historisch-politischen Bildung*. Hannover 2009.

Klaus Ahlheim/Bardo Heger, *Wirklichkeit und Wirkung politischer Erwachsenenbildung – Eine empirische Untersuchung in Nordrhein-Westfalen*. Schwalbach/Ts. 2006.

Klaus Ahlheim/Matthias Heyl (Hg.), *Adorno revisited – Erziehung nach Auschwitz und Erziehung zur Mündigkeit heute*. Hannover 2010.

Klaus Ahlheim/Johannes Schillo (Hg.), *Politische Bildung zwischen Formierung und Aufklärung*. Hannover 2012.

Wolfgang Beer, *Politische Bildung im Epochenwechsel – Grundlagen und Perspektiven*. Weinheim und München 1998.

Helle Becker, *Bildung in der Europäischen Union – Handbuch zu Projektplanung und -finanzierung*. Weinheim und München 2001.

Helle Becker, *Politik und Partizipation in der Ganztagschule*. Schwalbach/Ts. 2008.

Heidi Behrens/Jan Motte (Hg.), *Politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft – Zugänge, Konzepte, Erfahrungen*. Schwalbach/Ts. 2006.

Heidi Behrens/Paul Ciupke/Norbert Reichling (Hg.), *Lernfeld DDR-Geschichte - Ein Handbuch für die politische Jugend- und Erwachsenenbildung*. Schwalbach/Ts. 2009.

Bertelsmann Stiftung und Deutscher Volkshochschulverband e.V., *Bürgerdialog in 50 Städten zur Zukunft Deutschlands*. Bielefeld 2012.

Anja Besand/Wolfgang Sander, *Handbuch Medien in der politischen Bildung*. Schwalbach/Ts. 2010.

Tanja Betz/Wolfgang Gaiser/Liane Pluto (Hg.), *Partizipation von Kindern und Jugendlichen - Forschungsergebnisse, Bewertungen, Handlungsmöglichkeiten*. Schwalbach/Ts. 2010.

Bildung, Betreuung und Erziehung vor und neben der Schule – 12. Kinder- und Jugendbericht. Hg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin 2005.

Lothar Böhnisch/Wolfgang Schröer, *Politische Pädagogik – Eine problemorientierte Einführung*. Weinheim und München 2007.

Gotthard Breit/Siegfried Schiele (Hg.), *Demokratie braucht politische Bildung*. Schwalbach/Ts. 2004.

Michael Brodowski u.a. (Hg.), *Informelles Lernen und Bildung für eine nachhaltige Entwicklung – Beiträge aus Theorie und Praxis*. Opladen u.a. 2009.

Mart Busche/Laura Maikowski/Ines Pohlkamp/Ellen Wesemüller (Hg.): *Feministische Mädchenarbeit weiterdenken - Zur Aktualität einer bildungspolitischen Praxis*. Bielefeld 2010.

Christoph Butterwegge, *Armut in einem reichen Land – Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird*. Frankfurt am Main/New York 2009.

Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hg.), *Massenmedien, Migration und Integration - Herausforderungen für Journalismus und politische Bildung*. Wiesbaden 2006.

Demokratie stärken – Zukunft denken. Aus der Praxis der politischen Erwachsenenbildung in Nordrhein-Westfalen. Hg. vom Gesprächskreis für Landesorganisationen der Weiterbildung NRW. Dortmund 2005.

Joachim Detjen, Politische Bildung – Geschichte und Gegenwart in Deutschland. München und Wien 2007.

Deutscher Volkshochschul-Verband (Hg.), Bildungschancen – Lebenschancen – Chancen gegen Rechts. Neue Chancen für Jugendliche und junge Erwachsene. Ein Modellprojekt des Deutschen Volkshochschul-Verbands und des Volkshochschulverbands Mecklenburg-Vorpommern. Bonn 2008.

Deutscher Volkshochschul-Verband (Hg.), Geschichte – Geschichten – Gesichter. Ein halbes Jahrhundert Deutscher Volkshochschul-Verband e.V. Bonn 2003.

Deutscher Volkshochschul-Verband (Hg.), Die Volkshochschule – Bildung in öffentlicher Verantwortung. Bonn 2011.

Deutscher Volkshochschul-Verband (Hg.), Partizipation, Respekt, Demokratie, Integration – Politische Jugendbildung in Volkshochschulen. Bonn 2006.

Deutscher Volkshochschul-Verband (Hg.), Was hat das mit mir zu tun? Politisch-historische Jugendbildung in Volkshochschulen zum Thema „20 Jahre Friedliche Revolution 1989“. Bonn 2010.

Ulrich Dovermann (Hg.), Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 1135. Bonn 2011.

Joachim Faulde/Birgit Hoyer/Elmar Schäfer (Hg.), Jugendarbeit in ländlichen Regionen – Entwicklungen, Konzepte und Perspektiven. Weinheim 2006.

Eva Feldmann-Wojtachnia (Hg.), Aktiv eintreten gegen Fremdenfeindlichkeit – Seminarbausteine zur bewussten Auseinandersetzung mit Identität und Toleranz. Schwalbach 2008.

Rolf Frankenberger/Siegfried Frech/Daniela Grimm (Hg.), Politische Psychologie und politische Bildung. Schwalbach/Ts. 2007.

Siegfried Frech/Ingo Juchler (Hg.), Bürger auf Abwegen? Politikdistanz und politische Bildung. Schwalbach/Ts. 2011.

Karsten Fritz/Katharina Maier/Lothar Böhnisch, Politische Erwachsenenbildung – Trendbericht zur empirischen Wirklichkeit der politischen Bildungsarbeit in Deutschland. Weinheim und München 2006.

Richard Gebhardt, Anne Klein, Marcus Meier (Hg.), Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft – Beiträge zur kritischen Bildungsarbeit. Weinheim/Basel 2012.

Gemeinsame Initiative der bundeszentralen Träger politischer Jugendbildung im bap (Hg.), „Demokratie ist nie bequem, macht aber richtig Spaß“ – Aktuelle Projekte der politischen Jugendbildung. Essen/Berlin 2012.

Gemeinsame Initiative der bundeszentralen Träger politischer Jugendbildung im bap (Hg.), „Ich fand's Hammer“ – Benachteiligte Jugendliche und Politische Jugendbildung. Essen/Berlin 2012.

Gemeinsame Initiative der bundeszentralen Träger politischer Jugendbildung im bap (Hg.), „Unter die Haut“ – Politische Jugendbildung gegen Rechtsextremismus. Essen/Berlin 2012.

Rolf Gloël/Kathrin Gützlaff, Gegen Rechts argumentieren lernen. Hamburg 2005.

Michael Görtler/Fritz Reheis (Hg.), Reifezeiten – Zur Bedeutung der Zeit in Bildung, Politik und politischer Bildung. Schwalbach/Ts. 2012.

Renate Grasse/Bettina Gruber/Günther Gugel (Hg.), Friedenspädagogik – Grundlagen, Praxisansätze, Perspektiven. Reinbek 2008.

Benno Hafener (Hg.), Handbuch Außerschulische Jugendbildung. Grundlagen – Handlungsfelder – Akteure. Schwalbach/Ts. 2011.

Wilhelm Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände – Folge 1-10. Frankfurt/M. und Berlin 2002 - 2012.

Thomas Hellmuth/Cornelia Klepp, Politische Bildung - Geschichte, Modelle, Praxisbeispiele. Wien, Köln, Weimar 2010.

Wolfgang Heuer, Couragiertes Handeln. Lüneburg 2002.

Klaus-Peter Hufer, Argumentationstraining gegen Stammtischparolen – Materialien und Anleitungen für Bildungsarbeit und Selbstlernen. Schwalbach/Ts. 2000.

Klaus-Peter Hufer, Argumente am Stammtisch - Erfolgreich gegen Parolen, Palaver und Populismus. Schwalbach/Ts. 2006.

Klaus-Peter Hufer/Kerstin Pohl/Imke Scheurich (Hg.), Positionen der politischen Bildung 2 - Ein Interviewbuch zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Schwalbach/Ts. 2004.

Hella Huntemann/Elisabeth Reichart, Volkshochschul-Statistik 2011. 50. Folge, Arbeitsjahr 2011, Bonn 2012.

Institut für Internationale Zusammenarbeit des Deutschen Volkshochschul-Verbandes e.V. (Hg.), History and Identity – Insights into the dvv international History Network. Bonn 2010.

Institut für Internationale Zusammenarbeit des Deutschen Volkshochschul-Verbandes e.V. (Hg.), Globales Lernen in der Volkshochschule. „Wald“ - Abschlusspublikation des Jahresthemas 2011. Bonn 2012.

Peter Krug/Ekkehard Nuissl (Hg.), Praxishandbuch Weiterbildungsrecht – Fachwissen und Rechtsquellen für das Management von Bildungseinrichtungen. München/Unterschleißheim 2004.

Alexander Lahner, Bildung und Aufklärung nach PISA – Theorie und Praxis außerschulischer politischer Jugendbildung. Wiesbaden 2011.

Landesinstitut für Qualifizierung NRW/Landesverband der Volkshochschulen von NRW (Hg.), Die nächste Generation – Junge Erwachsene als Teilnehmende der Weiterbildung von morgen. Bielefeld 2003.

Landesverband der Volkshochschulen von NRW (Hg.), Reader Politische Bildung an Volkshochschulen – Grundlagen und Praxisbeispiele. Düsseldorf 2012.

Dirk Lange/Ayça Polat (Hg.), Unsere Wirklichkeit ist anders – Migration und Alltag. Perspektiven politischer Bildung. Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Nr. 1001. Bonn 2009.

Ulrike Leikhof (Hg.), Außerschulische Bildung für innerschulische Demokratie – SV-Arbeit als Schwerpunkt außerschulischer politischer Bildung. Schwalbach/Ts. 2007.

Jochen Leyhe (Hg.), Europas Zukunft – Unsere Aufgabe. Aktionen, Standpunkte, Materialien. Institut für Internationale Zusammenarbeit des Deutschen Volkshochschul-Verbandes (IIZ/DVV). Bonn 2005.

Bettina Lösch/Andreas Thimmel (Hg.), Kritische politische Bildung – Ein Handbuch. Schwalbach/Ts. 2010.

Peter Massing/Klaus-Bernhard Roy (Hg.), Politik – Politische Bildung – Demokratie. Schwalbach/Ts. 2005.

Janne Mende/Stefan Müller (Hg.), Emanzipation in der politischen Bildung. Theorien – Konzepte – Möglichkeiten. Schwalbach/Ts. 2009.

Barbara Menke/Manfred Jastrzemski/Klaus Waldmann/Peter Wirtz (Hg.), Ermutigung zur Zivilcourage – Beiträge der politischen Bildung zu einer Kultur der Anerkennung und Vielfalt. Schwalbach/Ts. 2003.

Barbara Menke/Klaus Waldmann/Peter Wirtz (Hg.), Kulturelle Vielfalt – Diskurs um die Demokratie. Politische Bildung in der multireligiösen und multiethnischen Gesellschaft. Schwalbach/Ts. 2006.

Oskar Negt, Der politische Mensch - Demokratie als Lebensform. Göttingen 2010.

Heinrich Oberreuter (Hg.), Standortbestimmung Politische Bildung. Schwalbach/Ts. 2009.

Bernd Overwien/Hanns-Fred Rathenow (Hg.), Globalisierung fordert politische Bildung – Politisches Lernen im globalen Kontext. Opladen 2009.

Heike Radvan, Pädagogisches Handeln und Antisemitismus. Eine empirische Studie zu Beobachtungs- und Interventionsformen in der offenen Jugendarbeit. Bad Heilbrunn 2010.

Roland Roth, Bürgermacht – Eine Streitschrift für mehr Partizipation. Hamburg 2011.

Karsten Rudolf, Bericht politische Bildung 2002 – Was wollen die Bürger? Eine Marktanalyse zur außerschulischen politischen Bildung in Deutschland. Büdigen 2002.

Karsten Rudolf/Melanie Zeller-Rudolf, Politische Bildung - gefragte Dienstleisterin für Bürger und Unternehmen. Bielefeld 2004.

Wolfgang Sander (Hg.), Handbuch politische Bildung. 3., völlig überarbeitete Auflage, Schwalbach/Ts. 2005.

Barbara Schäuble: „Anders als wir“ – Differenzkonstruktionen und Alltagsantisemitismus unter Jugendlichen. Anregungen für die politische Bildung. Berlin 2012.

Achim Schröder/Nadine Balzter/Tommy Schroedter, Politische Jugendbildung auf dem Prüfstand. Weinheim 2004.

Klaus Seitz, Bildung in der Weltgesellschaft - Gesellschaftstheoretische Grundlagen Globalen Lernens. Frankfurt/M. 2002.

Gerd Steffens (Hg.), Politische und ökonomische Bildung in Zeiten der Globalisierung – Eine kritische Einführung. Münster 2006.

Benedikt Sturzenhecker/Werner Lindner (Hg.), Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit - Vom Bildungsanspruch zur Bildungspraxis. Weinheim und München 2004.

Bernhard Sutor, Politisch Lied – ein garstig Lied? 25 Essays zur politischen Ethik. Schwalbach/Ts. 2011.

Udo Vorholt, Institutionen politischer Bildung in Deutschland - Eine systematisierende Übersicht. Frankfurt/M. u.a. 2003.

Benedikt Widmaier/Gerd Steffens (Hg.), Weltbürgertum und Kosmopolitisierung – Interdisziplinäre Perspektiven für die Politische Bildung. Schwalbach/Ts. 2010.

Benedikt Widmaier/Frank Nonnenmacher (Hg.), Active Citizenship Education – Internationale Anstöße für die Politische Bildung. Schwalbach/Ts. 2010.

Benedikt Widmaier/Frank Nonnenmacher (Hg.), Partizipation als Bildungsziel – Politische Aktion in der politischen Bildung. Schwalbach/Ts. 2011.

Georg Weißeno u.a. (Hg.); Wörterbuch Politische Bildung. Schwalbach/Ts. 2007.

Christine Zeuner, Antje Pabst, „Lesen und Schreiben eröffnen eine neue Welt!“ Literalität als soziale Praxis – Eine ethnographische Studie. Bielefeld 2011.

b) Aufsätze in Sammelbänden und Zeitschriften

Falko von Ameln, „Die Heimat des Lernens“ unter der Lupe – eine Studie zu Profil und gesellschaftlichem Nutzen der Heimvolkshochschulen in Niedersachsen, in: Außerschulische Bildung, 2-3/12.

Heino Apel, Zur Geschichte der „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ – Entwicklungspolitische Wurzeln und umweltpolitische Blüte, in: DIE – Zeitschrift für Erwachsenenbildung, 4/05.

Bernd Arnold/Sandra Fuchs, DQR – Was geht mich das an? Der Deutsche Qualifikationsrahmen und seine Chancen für die Volkshochschulen, in: dis.kurs, 3/12.

Ulrich Ballhausen, Soll sich politische Bildung am neuen Linksextremismusprogramm beteiligen? Anmerkungen zur aktuellen Debatte, in: Journal für politische Bildung, 1/11.

Nadine Balzter/Achim Schröder, Biographische Nachhaltigkeit politischer Jugendbildung – Eine Wirkungsstudie, in: Journal für politische Bildung, 2/11.

Helle Becker, Baby you can drive – „Demokratieführerschein“ in nordrhein-westfälischen Volkshochschulen, in: Praxis Politische Bildung, 2/10.

Helle Becker, Mehr als Behauptungen – Empirische Erkenntnisse für die politische Bildung, in: Journal für politische Bildung, 2/11.

Wolfgang Beer, Zukunft ist gestaltbar! Gesellschaftliche Bedingtheit und Gestaltungskraft neuer Technologien als Herausforderung der politischen Bildung, in: Journal für politische Bildung, 1/11.

Susanne Benzler, Interkulturelle Bildungsarbeit mit Haupt- und Berufsschüler/innen – Differenz ohne Festlegung anerkennen, in: Jugendstile, 3/05.

Jürgen Blohm, Sich einmischen lohnt – mit dem Demokratieführerschein der VHS in der Tasche setzen sich Jugendliche für politische Entscheidungen ein, in: dis.kurs, 4/11.

Lothar Böhnisch/Karsten Fritz, Ein Bericht für die Politische Bildung – Anregungen und verarbeitete Anmerkungen zum Abschlussbericht „Evaluation der Politischen Bildung“, in: Außerschulische Bildung, 2/05.

Guido Brombach, Vom Geo- zum Educaching – Das Web 2.0 bietet neue didaktische Chancen, in: Praxis Politische Bildung, 2/10.

Sigrid Busse, Manager für Migranten – Volkshochschule Hannover qualifiziert und koordiniert Integrationslotsen, in: dis.kurs, 4/12.

Christoph Butterwegge, Soziale Unsicherheit in der „Hartz-Gesellschaft“ – Jugendliche als Betroffene des Risikokapitalismus, in: Journal für politische Bildung, 1/12.

Paul Ciupke, „Selten war es still im Haus“ – Zur Kulturgeschichte der Heimvolkshochschulen, in: Außerschulische Bildung, 2/05.

Karin Derichs-Kunstmann, Frauenbildungsarbeit in der zweiten Hälfte der 90-er Jahre, in: Praxis Politische Bildung, 1/97.

Günter Ebbrecht, Heimvolkshochschulen und Akademien – Orte, wo Bildung Raum und Zeit hat, in: Außerschulische Bildung, 2/05.

Bianca Ely, Zur pädagogischen Praxis in deutsch-israelischen Jugendbegegnungen - Anschlussstellen für eine diversitätsbewusste Pädagogik und eine historisch orientierte Menschenrechtsbildung, in: Journal für politische Bildung, 1/11.

Monika Engel, Argumentationstraining gegen Stammtischparolen, in: Barbara Menke u.a. (Hg.), Ermutigung zur Zivilcourage - Beiträge der politischen Bildung zu einer Kultur der Anerkennung und Vielfalt. Schwalbach/Ts. 2003.

Friedrun Erben, Das Prinzip Nachhaltigkeit in der politischen Bildung, in: Außerschulische Bildung, 1/12.

Peter Faulstich, Ressourcen für die politische Bildung, in: Praxis Politische Bildung, 1/04.

Peter Faulstich, Ressourcenprobleme Lebenslangen Lernens und die Perspektiven politischer Bildung, in: Praxis Politische Bildung, 4/04.

Uwe Findeisen, Die mehr oder weniger pragmatische Generation – Was leistet die empirische Forschung der 16. Shell-Jugendstudie?, in: Journal für politische Bildung, 2/11.

Peter Fricke, Fit machen fürs 21. Jahrhundert - Zur Bedeutung der politischen Bildung für die demokratische Entwicklung, in: Praxis Politische Bildung, 1/05.

Karsten Fritz/Katharina Maier, Zur Evaluation der politischen Erwachsenenbildung, in: Praxis Politische Bildung, 1/05.

Wolfgang Gaiser u.a., Jugend und Politik – Entwicklungen in den 90-er Jahren, in: Politische Bildung, 4/01.

Michael Götz/Titus Möllenbeck, Miteinander, voneinander und übereinander lernen – Politische Bildung intergenerationell, in: Journal für politische Bildung, 2/12.

Benno Hafener, Fließende Grenzen. Jugend- und Erwachsenenbildung – Zusammenhänge und Herausforderungen, in: Erwachsenenbildung, 1/05.

Benno Hafener, Politische Bildung in der außerschulischen Jugendbildung, in: Wolfgang Sander (Hg.), Handbuch politische Bildung, Schwalbach/Ts. 2005.

Benno Hafener, Jugendproteste im Jahr 2011 – Ein Rückblick, in: Journal für politische Bildung, 2/12.

Klaus-Peter Hufer, Veränderungen am Arbeitsplatz VHS: mehr Betriebswirtschaft, weniger Pädagogik?, in: Praxis Politische Bildung, 2/01.

Klaus-Peter Hufer, Ein Paradigmenwechsel in der politischen Bildung?, in: Praxis Politische Bildung, 3/04.

Klaus-Peter Hufer, Zwischen den Stühlen - Politische Bildung und die neue Bürger- und Protestbewegung, in: Journal für politische Bildung, 1/11.

Martin Kaiser, Das Team lernt mit – Diversity in der Leitung internationaler Projekte, in: Journal für politische Bildung, 4/12.

Ulrich Klemm, Politische Erwachsenenbildung im Horizont der Bürgergesellschaft - Aspekte einer bürgerschaftlichen Kultur politischer Bildungsarbeit, in: Praxis Politische Bildung, 2/04.

Ernst Küchler, Plattform für gesellschaftliche Teilnahme und Teilhabe, in: Praxis Politische Bildung, 4/04.

Theo W. Länge, Die Evaluation der politischen Jugendbildung - Ein vorläufig letzter Kommentar, in: Praxis Politische Bildung, 4/04.

Alexander Lahner, Über die Notwendigkeit von Aufklärung in der politischen Jugendbildung, in: Journal für politische Bildung, 3/11.

Dirk Lange, Geschichtspolitische Bildung, in: Polis, 2/05.

Jochen Leyhe, Europapolitische Bildung – Aufklären ohne Langeweile, in: dis.kurs, 2/04.

Dieter Lünse, Der Umgang mit Gewalt – Prävention und Vernetzung gegen rechts, in: Praxis Politische Bildung, 2/01.

Klaus Meisel, Perspektiven des Öffentlichen und die öffentlich verantwortete Volkshochschule, in: Hessische Blätter für Volksbildung, 1/11.

Barbara Menke, „Streitfall Kompetenzen“ – Die Profession diskutiert über bildungspolitische Perspektiven, in: Journal für politische Bildung, 3/12.

Astrid Messerschmidt, Perspektivenwechsel in der interkulturellen Erwachsenenbildung – Anmerkungen zu Marginalisierung und Widerständigkeit, in: Hessische Blätter für Volksbildung, 1/02.

Astrid Messerschmidt, Reflektiertes Scheitern – Ausdrucksformen des Holocaust-Gedächtnisses, in: Frauenforschungszentrum (Hg.), Grenzen – Gender in Kunst und Wissenschaft. Darmstadt 2005.

Peter Nick, Herausforderung Migrationsgesellschaft – Zur Programmatik der interkulturellen Öffnung in der Jugend(verbands)arbeit, in: Journal für politische Bildung, 4/12.

Doris Odendahl, Politische Bildung und öffentliche Verantwortung in Europa, in: Praxis Politische Bildung, 3/01.

Mario Peucker, Lernziel „Integrationskompetenz“ - Orientierungskurse für Migranten und Migrantinnen, in: Praxis Politische Bildung (PPB) 4/05.

Julia Pfänder, Die Übersetzung der fernen politischen Bildung in eine authentische Kommunikation, in: Journal für politische Bildung, 4/12.

Elisabeth Reichart, Wer besucht eigentlich die Volkshochschule? Was wissen wir über die Teilnehmerinnen und Teilnehmer?, in: dis.kurs, 1/12.

Norbert Reichling, Ratlose Steuermänner – Bildungspolitische Planwirtschaft und ihre ersten Folgen für die politische Bildung, in: Außerschulische Bildung, 1/04.

Sascha Rex, Wir können sie erreichen! Politische Bildung mit bildungsfernen Zielgruppen, in: dis.kurs, 4/11.

Sascha Rex, Von Teilnehmern lernen? Institutionelle Beteiligung am Beispiel der Volkshochschulen, in: Journal für politische Bildung, 4/11.

Sascha Rex, Innovation aus den Volkshochschulen – Politische Bildung ist mehr als nur ein Vortrag, in: Journal für politische Bildung, 3/12.

Beate Rosenzweig, Emanzipation – oder wer sind wir eigentlich? Die aktuelle geschlechtertheoretische Debatte und ihre Relevanz für die außerschulische politische Bildung, in: Außerschulische Bildung, 4/12.

Uwe Roßbach, Erfolge kopieren? Die Auseinandersetzung mit dem Linksextremismus, in: Journal für politische Bildung, 1/11.

Karsten Rudolf/Alexander Wicker, Jugend im Parteienstaat – Ein Plädoyer für Konzeptvielfalt und einen offenen Prinzipienkatalog bei der Aktivierung Jugendlicher, in: Praxis Politische Bildung, 4/00.

Karsten Rudolf/Alexander Wicker, Abenteuerspielplätze der Politik – Demokratiewerkstätten können Jugendliche in der politischen Bildungsarbeit gut erreichen, in: dis.kurs, 3/11.

Siegfried Schiele, Die politische Bildung ist besser als ihr Ruf – Anmerkungen zum Abschlussbericht „Evaluation der Politischen Bildung“, in: Außerschulische Bildung, 1/05.

Arian Schiffer-Nasserie, Integration – der neue Imperativ in Politik und Pädagogik, in: Journal für politische Bildung, 4/12.

Johannes Schillo, Zivilcourage – Anmerkungen zu einem Leitbild der politischen Bildung, in: Kursiv, 3/02.

Johannes Schillo, Verfassungsschutz und politische Bildung, in: Journal für politische Bildung, 4/11.

Gabriele Schlamann, Stammtischparolen im Argumentationstraining – Bühne frei für Populismus? in: Außerschulische Bildung, 2/03.

Josef Schrader, Bindung, Vertrag, Vertrauen – Grundlagen der Zusammenarbeit in Weiterbildungseinrichtungen, in: Hessische Blätter für Volksbildung, 2/01.

Josef Schrader, Politische Bildung zwischen Staat, Markt, Organisationen und sozialen Gemeinschaften: Diagnosen zur politischen Bildung, in: Report, 4/03.

Achim Schröder/Nadine Balzter/Tommy Schroedter, Evaluation der politischen Jugendbildung, in: Praxis Politische Bildung, 1/04.

Hans Schwab, Strukturen, Institutionen und Förderung der politischen Jugendbildung, in: Benno Hafener (Hg.), Handbuch politische Jugendbildung, Schwalbach/Ts. 1997.

Regina Seibel, Neue Medien im HESSENCAMPUS Main-Taunus – Ein Erfahrungsbericht aus Volkshochschulperspektive, in: Hessische Blätter für Volksbildung, 4/12.

Rita Süßmuth, Das Zuwanderungsgesetz im Dschungel von Desinformation, Intransparenz und Veränderungängsten, in: Kursiv – Journal für politische Bildung, 2/04.

Rudolf Tippelt/Manuela Pietraß, Jugend und Gesellschaft – Etappen der Jugenddebatte in der Bundesrepublik Deutschland, in: Politische Bildung, 4/01.

Thomas Tschöke, Jugendbildungsarbeit auf dem Land - Stationen und Beispiele zur Auseinandersetzung mit dem eigenen Lebensraum, in: Praxis Politische Bildung, 2/05.

Jürgen Turek, Der „Clash of Generations“ ist vermeidbar. Sozialer Wandel – Zukunftsaufgabe politischer Bildung, in: DIE- Zeitschrift für Erwachsenenbildung, 2/03.

Bettina Waldt, Der Vielfalt von Afrika in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit Rechnung tragen, in: Außerschulische Bildung, 4/11.

Angelika Weide, Jugendliche zielgerichtet ansprechen und gewinnen – Feldforschung an der VHS Lengerich, in: dis.kurs, 4/12.

Stefan Will, Was ein bisschen Glas mit Elektronik bedeuten kann – Eine Geschichte von neuer Technik und social media in der Volkshochschule, in: Hessische Blätter für Volksbildung, 4/12.

Rüdiger Winter, Politische Bildung und soziale Stadtteilentwicklung, in: Praxis Politische Bildung, 3/02.

Boris Zaffarana, Wie wollen wir leben? Volkshochschulen und Bertelsmann Stiftung ergänzten den Zukunftsdialo g der Bundeskanzlerin, in: dis.kurs, 2/12.

Christine Zeuner, Entwicklung „zukunftsfähiger Kompetenzen“, in: Hessische Blätter für Volksbildung, 2/04.

